

Er scheint täglich außer Montags... Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Hg., für Vereins- und Berichtsungen 20 Hg. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden...

Verantwortlicher: Amt I. 1508. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 21. Januar 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Eine Utopie.

Herr von Capriovi ist zwar nicht der bestgehaßte, aber vielleicht der falschste beurtheilte Mann seines Jahrhunderts. Die Einen erklären ihn für einen Zwerg an Geist und Wissen...

Herr von Capriovi hat möglicherweise keine Ideen, aber er hat weit mehr: er hat ein Ideal. Sein Ziel ist ein Ideal — das hat die Welt nicht begriffen und darum hat sie ihn nicht verstanden.

Sein Ideal ist die Verwirklichung des Königthums, das über den Parteien steht, des „sozialen Königthums“, das den Klassenkampf und den Klassenstaat beseitigt...

Freilich das Ideal ist kein neues — es haben sich in Frankreich und Deutschland schon verschiedene Staatsmänner ihm hingegeben und mit heiligem Eifer an der Erfüllung gearbeitet...

Inbetracht der Amtsvorgänger hatte für das „soziale Königthum“ geschwärmt. Ehe derselbe in dem Morast seiner Blut-, Eisen- und Goldpolitik versank, und als er noch den Rathschlägen seines geschiedtesten Rathgebers, des Herrn von Wagener-Dumerilh zugänglich war, hatte er das Ideal des sozialen Königthums sich als Herzensbraut erkoren...

des Gneux, des Königs der Bettler und Proletarier, der von Gottes Gnaden und durch hundertjährige Ueberlieferung des Hohenzollerngeschlechts die geschichtliche Mission hat, den Klassegegensatz zu beseitigen...

Wir wissen, was daraus geworden ist. Der moderne Oedipus, der auf dem Boden der Monarchie und des Christenthums das Räthsel der Sphinx: die soziale Frage lösen und sie aus der Welt schaffen wollte, hat sich zum antisemitischen Sozialdemagog und sozialen Kurpfuscher niederster Sorte „gemausert“.

Herr v. Capriovi hat sich durch das Treiben und Ende seines Amtsvorgängers nicht irre machen lassen. Er klammert sich nur um so fester an das Ideal. Wenn Bismarck es nicht erfüllt hat, so trägt nicht das Ideal die Schuld, sondern Bismarck. Gut — Capriovi will die persönlichen und politischen Fehler Bismarck's vermeiden...

Er will niemand Unrecht thun, kein Unrecht dulden. Das Königthum soll über den Parteien stehen, die sozialen Gegensätze verschmähn, der Menschheit den sozialen Frieden geben.

Das Kunststück, Jemanden den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen, ist eine Kleinigkeit gegen das Kunststück, im Klassenstaat eine parteilose Regierung zu schaffen...

Das Fürst Bismarck diesem Ideal so bald und so schönede untreu ward, ist nicht bloß die Schuld seines gewalthätigen und habgierigen Naturells, es war auch, und in erster Linie, die zwingende Logik der Thatfachen. Er sah ein, daß der Klassenstaat mächtiger ist, als das Königthum — daß das Königthum, gleich jeder anderen politischen Einrichtung, nur das Produkt der Verhältnisse und der wirtschaftlichen Entwicklung ist...

Und Bismarck drückte den Stempel des Königthums auf den Schmutz des Klassenstaats.

Das thut Capriovi nicht, und das wird er nicht thun. Er ist ein Idealist, wie er seit den Zeiten des großen Ritters der Mancha nicht wieder gelebt hat. Er glaubt an seine Dame: die lilienreine über den Parteien stehende Monarchie, und bricht Lanzen und Lanzen für sie.

„Est beau mais ce n'est pas de la guerre.“ — Es ist schön, aber es ist kein Krieg, sagte der französische General beim Anblick des englischen Todessritts von Balaclava (im Krimkrieg).

Je schärfer die Klassegegensätze sich zuspitzen, je näher der Entscheidungskampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus herandrückt, desto unbehaglicher und unmöglicher wird die Lage Capriovi's, desto dringender das Werden des Junkervolks — und eines schönen Tags wird Don Quixote in den „Pott“ hineinspringen — nachdem der schlaue, findige Sancho Panja ihm vorgesprungen.

Aus England.

London, 18. Januar 1894. In Leicester, das als ein Centrum der Bekleidungsindustrie es in den letzten Jahren bis auf gegen 180 000 Einwohner gebracht hat, tagt zur Zeit der Jahreskongress der Bergarbeiter-Federation. Aus der durch Sam. Woods erlassenen Ansprache des Präsidenten der Federation, B. Piddar, geht hervor, daß der große Kampf im Sommer und Herbst v. J. der Federation außer den unsicheren Kantonisten in Durham und Northumberland einen District gekostet hat: den von Süd Wales her beeinflussten Forest of Dean District in Gloucestershire...

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Alle Rechte vorbehalten.

Helene.

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Die junge Frau wand die blonde Flechte, die sie gelöst hatte um ihren Kopf und nahm die Nadeln, eine nach der anderen wieder auf, um sie fest zu stecken. Und wieder telegraphirte sie auf diese Weise eine Frage: „A-warten?“

Ein Nicken wie vorher war die Antwort. Sie lächelte, und voll in den Spiegel blickend, grüßte sie den Mann darin mit den Augen.

Der Portier kam herein und rief laut in den Saal: „Schneitzug nach Stuttgart, Straßburg, Paris.“

Sofia Alexandrowna hatte in größter Ruhe ihr Mähdchen wieder aufgesetzt und begab sich auf ihren früheren Platz zurück.

Jetzt wurden die bisher geschlossenen Thüren nach dem Perron wieder aufgemacht und alles drängte dahin.

Helene pockte das Herz; der entscheidende Moment war gekommen. Sie ergriff die Tasche und schloß sich den nach dem Ausgange Zustrebenden an.

Als sie sich umsah, bemerkte sie Sonja noch immer am Tisch stehen, ihre Handtücher anziehen. Es regte sie auf. Warum kam sie nicht? Erwartete sie eine Weisung? Sollte sie zu ihr treten, ihr sagen? Nein, sie mußte thun, was man ihr geheißen, nichts anderes.

Und jetzt rief der Portier ein zweites Mal: „Nach Stuttgart, Straßburg, Paris, höchste Zeit!“

Die Russin rührte sich nicht.

Da trat der Zeitungsvorkäufer an sie heran, ihr ein Blatt überreichend. Sie nahm es, und nun hatte sie es

plötzlich so eilig, daß sie ihn zu bezahlen vergaß und sich ins Gewühl stürzte.

Er schien nicht im Geringsten davon betroffen zu sein, lächelnd sah er ihr nach.

Helene bemühte sich an die Seite der Russin zu kommen und hatte sie bald erreicht.

Es gelang ihr, die noch immer Vormwärtsdrängende am Arme zu fassen, und sie flüsterte ihr ins Ohr: „Sonja.“

Da fühlte sie eine Hand, die nach der ihrigen langte; sie schob ihr die Tasche entgegen.

Jetzt erst sahen sich die beiden Frauen ins Gesicht.

„Grüßen Sie die Freunde von mir,“ flüsterte die Russin, sich Helene zuneigend, „und seien auch Sie gegrüßt und bedankt.“

Helene nickte: „Glückliche Reise.“

Sie waren bei der Thür angelangt und Sofia Alexandrowna Dobukoff trat auf den Perron und stieg in den bereit stehenden Zug.

Als Helene wieder in den Saal zurückkam, war er fast leer, Lazar und Konrad verschwunden.

Der Personenzug nach Holzkirchen, mit der Abzweigung nach Wiesbad-Schiersee, ward angezeigt. Helene wußte, daß sie sofort einsteigen könne und begab sich dahin.

Sie nahm im Koupee Platz, zog ihren Schleier herab und schloß die Augen, der Augenblick, der sie eine rettende That vollbringen ließ, hatte sie über ihr Leid hinweggehoben, jetzt suchte der Schmerz von Neuem auf.

Aber ihre nervöse Energie war verbraucht und sie verbrachte die Stunden der Fahrt regungslos in halber Ohnmacht. Sie hatte keine Ahnung, daß ihr Mann sich in demselben Zuge befand.

Er war in seine Garçonwohnung gekommen, um für den Abend Toilette zu machen, als er von den Portiersleuten erfuhr, daß seine Frau hier gewesen und in seine Wohnung hinaufgegangen sei.

Es erschien ihm undenkbar, aber er fand in der Wohnung hinlängliche Belege dafür.

Ihr Sonnenschirm lag am Schreibtisch und Frau Lermina's Bild am Boden, zugleich mit dem Briefchen, das Helene aus dem Kouvert genommen hatte.

Wobender Zorn brannte in ihm auf.

Gegen sein ausdrückliches Verbot hatte sie gehandelt.

Allein war sie nach München gefahren, und war in seine Wohnung gekommen, wohl nur, um ihre Neugier zu befriedigen.

Er hätte ihr das nicht zugetraut, niemals hätte er das von ihr geglaubt!

Sie mußte ihn auf der Jagd vermuthen, vielleicht war sie so dumm zu glauben, daß er es nicht erfahren werde, daß sie ihn nachgespürt. Und nun hatte sie den Brief gelesen und — ein ängstliches Unbehagen erfaßte ihn — sollte sie errathen haben, daß er von Henriette war? Sie mußte mindestens einen Verdacht haben. Warum hätte sie sonst ihr Bild mit solcher Behemung auf den Boden geschleudert, daß Glas und Rahmen zerbrochen waren?

Er warf sich in einen Stuhl und nagte an seinem Barte.

Es war doch sehr, sehr unangenehm; was sollte er thun, was ihr sagen? Dann fuhr er mit Ungebuld in die Höhe.

Stand er denn wirklich schon unter dem Pantoffel? — Und weil er verheiratet war, sollte er deshalb Beziehungen aufgeben, die für seine Karriere unerlässlich waren? — Hatte er deshalb ein Mädchen ohne Vermögen, ohne Familie geheiratet, um sich vor ihr zu fürchten? — Der Handel wäre zu ungleich.

Mit großen Schritten ging er im Zimmer auf und nieder.

Als ihm aber jetzt das Bild seiner Frau vor die Seele trat, lächelte er.

Distrikte bis zu 30 000 und 40 000 Mark pro Woche an die Zentralfasse abgeliefert haben. Das heißt Organisation und Solidarität!

Widard meint, daß es schwerlich in nächster Zeit zu größeren Kämpfen im Kohlegewerbe kommen wird. Der Lokout habe beiden Parteien so tüchtig zugefügt, daß sie bis auf weiteres genug daran hätten. Er giebt dann einige interessante Zahlen über die Profite der Kohlengruben zur Zeit, als nach Angabe der Unternehmer dieselben nur noch mit Verlust arbeiteten, anerkennt Lord Rosebery's Mitwirkung beim Friedensschluß und empfiehlt, den energischsten Druck auf die Regierung auszuüben, daß sie den Achtstundentag für Bergarbeiter in der nächsten Session als eigene Vorlage auf die Tagesordnung setze.

Der Kongress hat in diesem Sinne auch Beschluß gefaßt mit dem Zusatz, daß wenn die Regierung diesem Verlangen nicht entsprechen sollte, die Bergarbeiter-Abgeordneten ein dringendes Amendement zur Thronrede beantragen sollen. Ein solches Amendement bedeutet nämlich ein Misstrauensvotum und hat, wenn angenommen, den Rücktritt der betreffenden Regierung zur Folge, und da die Bergarbeiter über eine ziemlich große Anzahl Stimmen im Haus verfügen, so ist die Drohung keineswegs bloße Deklamation.

Weiter wurde ein Protest gegen das Verhalten der Lords in bezug auf die Haftpflichtreform beschloffen, sowie eine Resolution, die das Ausschreiten unverhältnismäßig großer Kohlenlager auf den Grubenhöfen verurteilt und die Verhandlungsführer auffordert, Schritte dagegen zu ergreifen. Die Bildung dieser Lager ist in der That ein Unfug, der der schlimmsten Spekulation Vorschub leistet. Da sich die Zahl der schottischen Distrikte, die der Federation beigetreten sind, sehr vermehrt hat, so wurden dieselben aufgefordert, sich als nationaler schottischer Verband unter einander zu verbinden.

Das auf der sog. Rosebery-Konferenz beschlossene Einigungs-Komitee der Unternehmer und Arbeiter des Federationsdistrikts ist schon mehrmals zusammengewesen, indes noch nicht über die vorbereitenden Diskussionen hinausgekommen. Da man sich über den unparteiischen Vorsitzenden nicht einigen konnte, so wird Herr Peel, der Sprecher des Parlaments, dieser Tage einen solchen ernennen. Die Vertreter der Arbeiter bestehen darauf, daß in den zu vereinbarenden Satzungen der Minimallohn, wie er während des Lokouts verstanden war, für bindend erklärt werde.

Bei dieser Gelegenheit sei ein ziemlich verbreiteter Irrthum berichtigt. Es herrscht vielfach die Ansicht, daß, wo sog. gleitende Lohnlisten bestehen, der Standard-Lohn derselben das vereinbarte Lohnminimum für die betreffende Industrie bilde. Das ist aber ein Irrthum. Die Vereinbarung einer gleitenden Liste schließt noch nicht die eines Lohnminimums ein. Als „Standard“ (Norm) wird gewöhnlich der zuletzt vereinbarte Tarif aufgestellt; ist derselbe ein sehr niedriger, so mag er in der Praxis lange Zeit die untere Grenze bilden, unter die nicht heruntergegangen wird, aber eine Garantie dafür bildet oder bietet die gleitende Liste nicht, es steht die Möglichkeit offen, daß die Löhne noch unter den Standardfall fallen. So standen z. B. Ende Juni vor. Jahres im Kohlegewerbe im Federationsdistrikt 40 pSt. über der Standard, dagegen in Südwaales 42 1/2 pSt., in Northumberland 16 1/4 pSt., in Durham 15 pSt. unter dem Standard, der in jedem Distrikt ein anderer ist. Die Forderung der Federation, daß die „living wage“ im ganzen Gebiet als Minimum anerkannt werde, ist in eben demselben Grade ein Bruch mit der Ueberlieferung als ihre Forderung des gesetzlichen Achtstundentages.

Ob das Ministerium Gladstone dem Verlangen der Federation entsprechen wird, muß abgewartet werden. Bekanntlich sind von den Bergarbeiter-Abgeordneten im Hause drei so entschiedene Gegner der Maßregel wie die Herren Wurt, Fenwick und Wilson vertreten eben, auch nur ein „Ulster“ ihrer Industrie, eine auf gewisse Privilegien erpichte Minderheit, und die Logik der That-sachen wird das Gladstone'sche Kabinet zwingen, mit dem „neuen“ gegen den alten Trade-Unionismus zu marschieren — sei es auch mit dem Hintergedanken, daß das Haus der Lords ihm den Gefallen thut, das Gesetz abzulehnen, wie sie das den Trade-Unionisten zu Liebe eingebrachte Haftpflichtgesetz nicht ohne Konzession an die Freiheit des Kapitals passieren lassen wollen. Die Radikalen donnern öffentlich gegen das Haus der Lords, aber im Stillen mag gar mancher es segnen — es ist unter Umständen ein gar verlässlicher Mitarbeiter.

Nebrißgen haben sich auch Arbeiter gefunden, die in der Angst, einen momentanen Vortheil aufgeben zu müssen, öffentlich für die Amendements der Lords gegen die Haftpflicht-Vorlage der Regierung demonstrieren haben. Aber es sind hier fast nur Leute, die außerhalb der Arbeiterbewegung stehen: Angestellte von Eisenbahn, Gas- u. c. Gesellschaften, die durch das Mittel anscheinender Wohlthätigkeits-Einrichtungen von dem Anschluß an ihre Klassengenossen abgehalten werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Januar.

Aus dem Reichstage. Endlich ist die Weinsteuerverdebatte zu Ende geführt, nicht ohne vorher noch zu einem recht interessanten Zwischenfälle Anlaß zu geben.

Der württembergische Minister von Mittnacht nahm nämlich eine Bemerkung des Abgeordneten Bayer über Zuzüge, welche 1870 gelegentlich der Beratung der Reichsverfassung der württembergischen Regierung in bezug auf die Weinsteuern gemacht sein sollen, zum Anlaß, um sich sowohl über diese Zuzüge, als auch über die Stellung seiner Regierung zur Vorlage zu äußern.

Was die Zuzüge betrifft, so konstatierte der Minister, daß Württemberg im Jahre 1870 allerdings in bezug auf seine Weinsteuern Bedenken beruhigende Erklärungen erhielt. Dieselben hätten freilich keine rechtsverbindliche Kraft, ob aber auch keine moralische — darüber schwieg sich der Herr Minister aus. Indes das ist der nebenächtligere Punkt an der ministeriellen Rede. Das Hauptgewicht ist auf die Erklärung des Vertreters des süddeutschen Staates zu legen, wonach die Lage der Weinbauern eine solche ist, daß sie an der Grenze der Existenzmöglichkeit stehen. Einer solchen Bevölkerung aber, die hart arbeitet, aber geringfügig, noch neue Lasten auferlegen, welche ihre wirtschaftliche Lage unverträglich gestalten würden, dann kann keine württembergische Regierung jetzt oder in Zukunft ihre Zustimmung geben.

Diese Erklärung, von der Linken und dem Centrum lebhaft applaudirt, wirkte verblüffend, besonders bei den paar anwesenden Bundesraths-Mitgliedern, unter denen sich auch der Graf von Posadowski befand.

Um die Aufregung noch zu steigern, beantragte das Schredenskind der Rechten, Kardorff, Vertagung der Verhandlung, denn die Rede des Herrn Ministers von Mittnacht werfe eine traurige wie betäubende Perspektive auf die Zustände, die jetzt im Bundesrathe herrschen. Dünneres konnte von einem „Reichsfreund“ im gegebenen Moment wohl nicht leicht gesagt werden, als die Begründung war, die Kardorff seinem Antrage gab. Richter, Gröber und Singer traten energisch gegen den Vertagungsantrag ein, Hammacher, der für seine Freunde erst dafür sprach, wechselte später seinen Standpunkt; am Bundesraths-tisch aber herrschte helle Verwirrung. Nur Herr v. Bötticher, der nebst dem Staatssekretär v. Marschall und mehreren anderen preussischen Bundesräthen herbeigeholt worden war, er stand auch bei dieser Gelegenheit still vergnügt und lächelnd da. Nach einer endlosen Geschäftsordnungs-Debatte fiel Kardorff's Antrag schon bei der Unterfrügnungsfrage. Es erhoben sich die nothwendigen 30 Abgeordneten nicht für denselben.

Das Interesse an der Debatte war damit natürlich vollständig erschöpft. Die folgenden Redner, darunter auch unser Genosse Röst, sprachen vor leeren Bänken. Schließlich wurde der Entwurf der Steuerkommission überwiesen. Dort mag er begraben bleiben. Die Worte des Ministers von Mittnacht werden ihm als Grabchrift dienen, zugleich aber werden sie als das vernichtendste Urtheil über die Steuerpolitik unter dem neuen Kurs im Gedächtniß des Volkes haften bleiben.

Am Montag steht die Nothstands-Interpellation unserer Abgeordneten an erster Stelle auf der Tagesordnung.

Rebellion im Bundesrathe? Ein Bundesrathsmitglied, der Vertreter Württemberg, in entschiedener Rede vor verammeltem Reichstags-Kriegsvolk sich gegen eine Vorlage der Reichsregierung erklärend (die Weinsteuern) — das ist im Deutschen Reich noch nicht dagewesen. Und ebensowenig ist schon dagewesen, daß dieser Vertreter einer Bundesregierung die übrigen Bundesregierungen anklagt, durch Einbringung jener Vorlage zwar nicht ein Versprechen verleiht, wohl aber deutlich formulirte Forderungen einer Bundesregierung nicht beachtet zu haben, und zwar Forderungen, deren Annahme 1870 gewissermaßen die Vorbedingung zum Eintritt dieser Regierung in das Deutsche Reich bildete. Der Vertreter des Partikularismus war der Württembergische Minister von Mittnacht — derselbe, der schon im Volkparlament von 1867 der Zentralisationspolitik des Fürsten Bismarck so scharfe Opposition machte, daß er für längere Zeit in Reichsungnade war.

Jetzt ist Herr Mittnacht wieder oben auf. Und — seltsamer Wechsel der Dinge! jetzt ist Niemand im Deutschen Reich, der sich über seinen Partikularismus mehr freut als Fürst Bismarck, der dem Rebellen ja vorigen Sommer in Kissingen eine Lektion in partikularistischer Opposition und im Frontiren ertheilt haben soll.

Der unglückliche Schildknappe Bismarck's, Herr v. Kardorff, dessen Geist stets in den höheren Spiritusregionen schwebt, hatte dies seltsamer Weise vergessen: er benutzte einen, mit wunderbarem (jedoch bei ihm nicht verwundernden) Ungeheißer gestellten Antrag auf Vertagung des Reichstags zu einer Attade auf den württembergischen Partikularismus, der doch bloß nach Bismarck'schem Rezept handelt.

Das „Incidenz“, das den Reichstag auf eine halbe Stunde in Erregung versetzte, ist politisch ohne jegliche Tragweite.

Der Vertagungsantrag Kardorff's fand nicht einmal die nöthige Unterstützung — der Reichstag ließ sich in seiner nützlichen Arbeit, der Weinsteuern den Hals umzudrehen, nicht aufhalten.

Die Verhandlungen über den deutsch-russischen Handelsvertrag scheinen dem Abschlusse nahe zu sein, wenigstens hat nach der Ansicht von Mitgliedern des Zollrathes der letztere gestern in Sachen des deutsch-russischen Zollvertrages seine letzte Sitzung abgehalten.

Der preussische Landtag. Im Abgeordnetenhause ist eine Uebersicht über die Parteien des Hauses zusammengestellt worden. Danach zählt die konservative Partei 189, das Centrum 94, die nationalliberale Partei 88, die freikonservative Partei 63, die Polen 17, die freisinnige Volkspartei 14, die freisinnige Vereinigung 6 Mitglieder. Bei keiner Partei sind 11 Mitglieder. Ein Mandat ist erledigt. Die stärkste Partei des Deutschen Reiches, die Sozialdemokratie, ist im Landtage aber gar nicht vertreten, obgleich dort über die wichtigsten Dinge, wie das Steuer-, das Schulwesen, Bergarbeiter-Angelegenheiten und tausend andere überaus wichtige Angelegenheiten verhandelt und beschlossen wird.

Einfuhr in das Deutsche Reich. Infolge der der Budgetkommission des Reichstages zugegangenen Uebersicht der Einfuhr der wichtigsten Waarenartikel in das deutsche Zollgebiet seit 1890/91 sowie des dafür eingegangenen Zolles betrug der letztere 1890/91 389 424 000 M., 1891/92 404 859 000 M., 1892/93 377 822 000 M., April bis November 1893 238 882 000 M., d. h. gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres weniger 22 682 000 M. — In den einzelnen Monaten kamen ein 1893/94: April 23 606 000, Mai 25 240 000, Juni 24 717 000, Juli 38 074 000, August 27 562 000, September 29 181 000, Oktober 35 027 000, November 35 520 000 M. —

Ein Salzsteuer und Salz Zoll kamen ein 1888/84 41 377 000 M., in den folgenden Jahren bis 1891/92: 41 735 000, 41 490 877, 42 140 000, 42 105 000, 43 806 000, 43 073 000, 44 512 000, 45 363 000 M., im Jahre 1892/93 nur 44 897 000 M., also ca. 400 000 weniger.

Aus dem bayerischen Landtage. Unsere Parteigenossen im bayerischen Landtage haben einen Antrag auf Abänderung des Gemeinde-Wahlrechts gestellt. Genosse Löwenstein begründete in einstündiger, treffender Rede den Antrag. Für die Genossen im Reich ist interessanter, als diese speziell bayerische Angelegenheit, die Freiheit der „großen“ Parteien im Landtage. Nachdem Löwenstein gesprochen hatte, beschloß das Haus auf Antrag der Abgg. Lerno (Centr.) und Dr. Hahn (lib.), das heißt die beiden „großen“ Parteien, den Schluß der Debatte.

Genosse Willenberger bemerkte hierzu: Man hat sich kürzlich in der Presse aller Parteien darüber aufgehalten, daß in der sächsischen Kammer ein derartiger Antrag so von kurzer Hand abgethan wurde. Einen Antrag von solcher Wichtigkeit, wie der unsere, einfach so abzutun, das ist ein unerhörtes Vorgehen, das noch in keinem Parlamente dagewesen ist. In dem Antrag ist kein Grund-satz enthalten, von dem Herr Lerno wieder hätte annehmen können, daß er ein Schritt zum sozialistischen Staate sei. Diese Grundsätze waren schon vor 25 Jahren in diesem Hause vertreten und werden auch heute allgemein anerkannt, so daß ich sagen muß, es muß als unerhört bezeichnet werden, so ohne

Was machte er sich doch für unnöthige Sorgen. Ist die Lene nicht die Liebe und Ergebenheit selbst? Geradezu albern in ihrer Naivität. — Und glaubt sie nicht alles, was man ihr sagt?

Nur, daß sie die Courage hatte, hierher zu kommen, besremdete ihn, aber, da hieß es nun, ihr den Standpunkt klar zu machen und ihr die Lust an dergleichen selbständigen Handlungen ein für allemal zu vertreiben.

Und nun konnte er es kaum erwarten, seine kleine Frau ins Gebet zu nehmen; die sollte ihm ordentlich beichten. Aber er mußte sich spüten, wenn er den Zug noch erreichen wollte. Statt des schwarzen Fracks legte er rasch seine Lodenjoppe an. Es beklammerte ihn wenig, daß er Henricke das Versprechen gegeben hatte, den Abend in ihrer Gesellschaft zu verbringen. Sie alterte merklich, und weil sie an Reiz eingebüßt hatte, kam er sich völlig schuldlos vor. Seine Entzückung gegen seine Frau nahm eine immer kräftigere Färbung an.

Er suchte sie am Bahnhofe, aber er fand sie weder im Wartesaal noch im Koupee erster Klasse, das er sofort bestieg. Daß seine Frau sich in einer anderen Wagenklasse befinden könne, fiel ihm nicht einmal ein: er vermuthete, daß sie zu dem Zug, der 5 Uhr 30 Minuten abging, noch zurecht gekommen und auf dem Wege nach Hause sei.

Als der Zug in Wiesbad hielt, sprang er sofort aus dem Koupee. Helene aber mußte erst von dem Schaffner, der sie auf die Schulter tippte, darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie ihr Ziel erreicht habe und aussteigen müsse.

Als sie heraus trat, sah sie sich nach einem Wagen um. Der einzige auf der Station befindliche war soeben von einem Herrn in Beschlag belegt worden, der mit ihm eilends davonfuhr.

Seufzend sah sie ihm nach. Sie mußte nach St. Agath zu Fuß gehen.

Es war Nacht, als sie den einsamen Wiesenweg dahinschritt.

Kein Stern leuchtete hernieder. Wind hatte sich erhoben, der die Wolken immer dichter zusammentrieb und ihr rauh ins Gesicht blies.

Sie hüllte sich dichter in ihren Umhang und wie ein

krankes Kind verlangte sie voll Sehnsucht nach Vater und Mutter.

Sie wollte sich ihnen an den Hals werfen und sich daran festklammern.

Sie wußte nicht, was sie ihnen sagen sollte, ließ sich ihr Leid denn in Worte fassen?

Aber sie würden ihr Kind in die Arme nehmen und es halten und schützen.

„Vater, Mutter,“ rief sie, als die Kräfte sie zu verlassen drohten, und rannte weiter.

Es schlug zehn auf dem Kirchturm von St. Agath, als sie endlich die erleuchteten Fenster ihres Hauses vor sich sah.

Die Eltern waren da und erwarteten sie.

Das Stubenmädchen stand im Vestibül und erblickte sie zuerst.

Sie schlug die Hände zusammen, lief in die Stube und schrie:

„Gnädiger Herr, sie ist da, die Gnädige ist da!“

Und von Janen wiederholten mehrere Stimmen:

„Sie ist da — sie ist da — sie ist da!“

Der Mann, der Vater, die Mutter stürzten ihr in heftiger Erregung entgegen.

Die quälende Angst und Sorge, die alle Drei, als Erich nach Hause kam und sie nicht vorfand, um sie gelitten hatten, machte sich nun, wo sie heil vor ihnen stand, in zornigen Vorwürfen Luft:

„Was Du mir heute angethan hast, Lene —!“

„Wie konnte Dir so etwas einfallen!“

„Und die Angst, die wir um Dich ausgestanden!“

Und nun püchelte sich eine jener großen dramatischen Familienjemen ab, wo die Autoritäten von Mann und Vater sich zusammen thun, um einer Unmündigen klar zu machen, daß Alles, was sie gesehen und gefühlt und gedacht und gefolgt hat, ein Irrthum sei.

Und man predigte ihr von Freiheiten und Borrechten des Mannes, die ihm von der Natur selbst verliehen seien, und von seiner Kraft und besseren Einsicht. Für ihn gab es keine Gefahr, aber die Frau würde straucheln, sobald sie sich seiner Leitung entziehen wolle. Und es folgten Tränen und Bitten, Nahrung von allen Seiten und schließlich großmüthiges Verzeihen.

In Erich's Armen war Helene an diesem Abend eingeklappt. Aber im Traume seufzte sie wiederholt und die zuckenden Lippen flüsterten:

„Ach, ich hab' ihn so lieb gehabt.“

XII.

Man schrieb den 7. März des Jahres 1877.

Das eben erst gewählte Komitee eines Frauen-Reform-Vereines mit Frau Sidonie Gebhart, geb. v. Morre, an der Spitze hatte für diesen Tag eine Sitzung einberufen, wobei Frau Sidonie den Vorsitz führte.

Die Dame befand sich in dem unbestimmbaren Alter zwischen dreißig und vierzig und wenn sie sich weit entfernt war hübsch zu sein, so weit, daß sie selbst keinen Anspruch darauf erhob, so wollte sie doch interessant erscheinen — und war es auch. Sie war groß und schlank von Gestalt, ihr brünettes, intelligentes Gesicht hatte etwas Kühnes, das man nicht leicht vergaß.

Ihre raschen, edigen Bewegungen thaten ihrer Vornehmheit allerdings Abbruch; sie wußte es, und es hatte eine Zeit gegeben, wo sie sie genau überwachte und zur Anmuth dressiren wollte; jetzt hatte sie sich über diesen Mangel hinweggesetzt, wie über so vieles andere.

Ihr Eheleben war nicht glücklich, obwohl sie einen schwachen und gutmüthigen Mann hatte, der eine hohe Meinung von ihr besaß. Ihr, wenn auch noch junger Abel — ihr Vater war in glücklichen Spekulationen ergraut, als man ihn zum Baron machte — und noch mehr ihre literarische und philosophische Bildung imponirten ihm ungemein.

Sie hinwieder schätzte in ihm den geschickten und korrekten Geschäftsmann, der ihr beiderseitiges großes Vermögen klug verwaltete und durch glückliche Unternehmungen stetig zu vermehren verstand.

Diese gegenseitige Schätzung war der Kitt, der diese zwei Menschen, die sonst nichts Gemeinsames hatten, zusammenhielt.

Ihr erschien eine gewisse Sprödigkeit der Frauenwürde angemessen, er hinwieder war eine ganz sinnliche Natur, dazu gemacht, von den Weibern genasführt zu werden, sobald sie das Eine gewährten, das für ihn das Einzige war.

(Fortsetzung folgt.)

Diskussion über den Antrag wegzugehen. Es ist uns privatim mitgeteilt worden, daß auf keiner Seite des Hauses eine Beweglichkeit besteht, irgend einen Punkt unseres Antrages anzunehmen, als höchstens die Abschaffung der nummerierten Stimmzettel. Wenn Sie sonst nichts als diese ganz untergeordnete Sache annehmen wollen, dann können Sie ganz ruhig auch die nummerierten Stimmzettel noch behalten. Es geht daraus hervor, daß Sie die unterdrückten Volksklassen nicht zu ihrem Rechte kommen lassen wollen. Wir konnten das schon daraus erwarten, was Dr. Orterer bei der Wahlgesetz-Debatte gesagt hat. Das beweist nichts Anderes, als daß Sie auf beiden Seiten an dem Klassenregiment, durch welches eine große Anzahl von Leuten in seinen Rechten verkrüppelt wird, festhalten. Das wollte ich feststellen, damit man im Lande draußen sieht, warum Sie von unseren Anträgen nichts wissen wollen.

Der Antrag Schwaben wird hierauf mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Volksparteilers Wiehner abgelehnt.

Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt hierzu ganz treffend: Die Art, in der heute die Abgeordnetenkammer die sozialdemokratischen Anträge auf Beseitigung effektiver Mißstände in der Bürgerrechtsfrage und in Sachen der Gemeindegewalt abgehandelt hat, ist in der Geschichte des bayerischen Parlamentarismus noch nicht vorgekommen. Man spricht doch über eine Sache, wenn sie vernünftig ist. Aber die Kammer schloß die Diskussion nach der Begründung des Antragstellers, also ohne Diskussion, und lehnte dann den Antrag einfach ab. Weder aus dem Munde des Antragstellers, noch aus dem Munde der Ausführungen des Antragstellers ist ein Milderungsgrund für dieses gewaltthätige Verfahren abzuleiten. Wenn ein bishiger Liberalismus noch in unserer Liberalen Rechte, hätten sie einen ähnlichen Antrag längst stellen müssen und nicht erst die Sozialdemokraten kommen lassen sollen. Daß sie nun gar den Antrag derart mitzubringen halfen, ist ein nicht geringer Mangel für sie. Der bayerische Liberalismus macht sich im Schlepptau der Merkmalen von Tag zu Tag häßlicher. Einerseits selbst garnichts leisten, andererseits den reaktionärsten Bestrebungen Beihilfe leisten, das ist das Wesen der heutigen Kammerliberalen. Von einer Partei kann man da kaum mehr reden.

Ultramontane Plunziererei. Die „Germania“ brachte in ihrer Nr. 13 vom 18. Januar eine Korrespondenz aus Schlesien über die Nachwahl im Reichstags-Wahlkreis Neustadt i. Schl., in der von der Agitation unserer Genossen folgendes behauptet wurde:

„Es wurden sogar Zettel vertheilt (ein Original liegt uns vor), auf welchen es hieß: „Wählt nur Stolpe Kandidat der sozialdemokratischen Partei, dann dürft Ihr nicht mehr arbeiten, dann kostet das Brot nur 20 Pf., ein Pfund Fleisch 10 Pf. u., dann seit Ihr alle glücklich.“

Die „Germania“, deren Korrespondent sich für seine Angaben auf die „Frankfurter-Münsterer Zeitung“ beruft, bezeichnet eine solche Agitation als „ordinären Gimpelsang“ und „frevelhaftes Spiel“. Wir müssen dem frommen Blatte recht geben, die Frage ist nur, von wem der Gimpelsang versucht wurde und das frevelhafte Spiel ausging.

Daß unsere Genossen den plumpen Täuschungsversuch nicht gemacht haben, davon waren wir von Anfang an überzeugt; trotzdem wandten wir uns an unseren Genossen S. Stolpe, der in Neustadt kandidirte, und bat ihn um Auskunft. Derselbe ist jetzt eingegangen und lautet:

„Werher Genosse! Selbstverständlich ist an der Geschichte kein wahres Wort. Sollten wirklich derartige Zettel vertheilt worden sein (ich erhalte gleichzeitig von Neustadt einen Brief, indem sicher etwas erwähnt worden wäre, wenn es auf Wahrheit beruhte), so sind dieselben zweifellos ohne von den schwarzen Gesellen selbst vertheilt worden, um uns lächerlich zu machen. Es könnte dies höchstens auf den entlegenen Dörfern geschehen sein. In der Stadt und Umgegend sind uns keine zu Gesicht gekommen. Sie können die Angaben der „Germania“ ruhig als eine ganz gemeine Lüge brandmarken. S. Stolpe.“

Jetzt hat die „Germania“ das Wort!

Das Maucherkertum ist in Deutschland manfodt, dies wird nun feierlich zugestanden, indem das „wissenschaftliche“ Organ dieser wirtschaftlichen Richtung, die Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft, Kulturgeschichte und Politik ihr Erscheinen eingestellt hat.

Die Macht des Sozialismus in Frankreich hat sich von neuem gezeigt: die sozialistische Kammerfraktion, die zu Beginn der Session das Ministerium Dupuy stürzte, hätte vorgestern um ein Paar das Ministerium Casimir Perier gestürzt. Und wieder war es Jaurès, der als Redner die Sozialisten vertrat. Es handelte sich um einen Fraktionsantrag, welcher die „Ersparnisse“ der Rententonsion im Betrage von 67 Millionen Franks für die Entlastung des ländlichen Besizes, und zwar der Klein- und Mittelbauern zu verwenden heißt. Dieser Antrag wurde in zwei Theile getheilt, die hinter einander von der Kammer angenommen wurden; er blieb aber bei der Gesamtabstimmung in der Minorität, weil das Ministerium, ganz konfessiert, die Vertrauensfrage stellte. Die Wirkung in der Kammer und im Land war eine ungeheure. Der Baillant'sche Kochtopf ist vergessen und Herr Casimir Perier hat seine erste Warnung erhalten.

Der Korrespondent der „Kreuzztg.“ sagt über das Ereignis: Der Antrag Jaurès ward in zwei Theile getheilt; der erste fordert, daß die erzielten Ersparnisse zur Entlastung des Grundbesizes verwendet werden; der zweite, daß die Bestimmung des ersten auf die, welche ihren Besitz verpachten, nicht anzuwenden sei. Für beide Theile fand sich eine Mehrheit, für den zweiten sogar eine große. Als indessen über den Gesamtantrag abgestimmt werden sollte, hatte der Umstand, daß der Finanzminister im Namen der Regierung die Vertrauensfrage stellte, daß der herbeieilende Casimir Perier gegen die Vergütung einer rein finanziellen Frage mit einer wirtschaftspolitischen Steuerfrage Einspruch erhob, daß ein Ministerium Goblet drohte, seine Wirkung nicht verfehlt. Der Gesamtantrag ward abgelehnt. Aber es ist nicht zu leugnen: Das Ansehen der Regierung ist geschwächt worden, die Kammer hat sich gründlich klammert, sich loslöser gezeigt, als die vorhergehende, was viel besagen will. Die Umwandlung der Kammer, die ihre eigene Abstimmung nach kaum fünfzehn Minuten kassirt, ist weit erstaunlicher, als die der Rente.

Nur die Sozialisten haben in der gestrigen Sitzung gelernt, vor allem Jaurès, der sich als einen Redner ersten Ranges erweist. Besonders interessant war seine Bemerkung, daß er gegen die Rentenumwandlung durchaus nichts habe, da sie in erster Linie den Sozialisten zu gute komme; werde doch der kleine Rentner durch die Verringerung seiner dürftigen Einnahmen immer mehr zum Proletarier herabgedrückt. Mit ihm aber verhandelte der mächtigste Mann, den die Bourgeoisie dem Ansturm des vierten Standes entgegenzusetzen habe.

Die gestrigen Abstimmungen in der Kammer, bei denen sich die Monarchisten und der linke Flügel der Republikaner, wie in der guten alten Zeit, wieder zusammengefunden hatten, zeigen jedenfalls aufs Klarste, daß die Situation der Ministerien seit den Neuwahlen sich nicht so verändert hat, wie die Optimisten, mit dem „Temps“ an der Spitze, hoffen

und daß von der vielbegehrten zuverlässigen Regierungsmehrheit noch immer nichts zu spüren ist.

Man sieht, wie richtig unser Korrespondent Gallas die Situation in der französischen Kammer geschildert hat. Die „feste Majorität“ fehlt heute, ebenso wie sie vor der Wahl gefehlt hat. Der Unterschied ist nur der: seit der Wahl ist ein fester Kern vorhanden: die sozialistische Gruppe, die jeden Augenblick diese schwankende Majorität durchbrechen und zerstäuben kann.

Von den französischen Grubenbesitzern. Aus Paris wird uns geschrieben: Wenn die Arbeiter zu ihren Gunsten auch nur die mindeste Intervention vom Staat oder den Gemeinden verlangen, sei es auch nur, daß es sich darum handle, Kindern keine längere Arbeitszeit als vier Stunden auszubringen oder etwa eine Gemeinde-Apothek zu errichten, welche ein Sturm erhebt sich da nicht gleich in allen kapitalistischen Blättern. Wie wird da nicht über den Sozialismus, den Kollektivismus, die Verlegung der Prinzipien von 1789 und sonst dergleichen gewettert. Sobald sich aber nur ein paar große Unternehmer zusammenschließen, um für ihre Interessen die Hilfe des Staates oder der Gemeinden in Anspruch zu nehmen, da können sie dreist verlangen, es solle ihnen alles tributpflichtig werden, und es wird sich in all den plakatartigen Blättern kein Lüftchen dagegen regen. Freilich, wenn irgendwo die Unternehmer die Intervention des Staates verlangen, um ihre Kassen leichter zu füllen, dann thun sie dies beileibe nicht in ihrem eigenen Interesse. So selbstständig ist kein Unternehmer. Nein, sie erfüllen mit ihrem Verlangen vielmehr eine patriotische Pflicht, denn nicht um ihre Interessen handelt es sich da, sondern um die der nationalen Arbeit, des nationalen Reichthums. O, wir scherzen nicht und übertreiben auch nicht. Im Pas de Calais hat sich ein aus Grubeninteressenten bestehendes Aktionskomitee gebildet, das dieser Tage eine Delegation an den Arbeitsminister entsandte, um ihm darzulegen, daß es an der Zeit sei, den Produzenten ihrer Industrie neue Absatzmärkte zu eröffnen und sobald als möglich auszuheben, den Nachbarländern, die jährlich über 10 Millionen Tonnen Kohlen in Frankreich einführen, tributpflichtig zu sein, um solcherart — wie sich Herr Dépres, Senator von Pas de Calais und Führer der Delegation ausdrückt — die nationale Arbeit und den öffentlichen Reichthum zu fördern. Zu diesem Behufe verlangt diese patriotischen Herren folgendes: 1. eine allgemeine Erhöhung der Eisenbahn-Transporttarife für französische Steinkohlen; 2. die Einführung von Spezialtarifen zu ermäßigtem Preise für die Zonen, innerhalb deren die ausländische Konkurrenz sich am meisten fühlbar macht; 3. die Verpflichtung für alle Eisenbahn-Gesellschaften und Staatsverwaltungen nur einheimische Kohle zu verwenden und 4. die Erbauung des Nordkanals. Die Erfüllung der ersten drei Forderungen würde zwar die Reineinnahmen der Eisenbahnen bedeutend schmälern, aber dafür hat ja der Staat die Zinsgarantie übernommen, so daß die Herren Eisenbahn-Aktionäre in keinem Falle zu kurz kämen, und im Nothfalle könnten ja die Eisenbahnbediensteten etwas intensiver angezogen werden und dadurch nicht nur Entlastungen vorgenommen, sondern diese auch zugleich zur Drückung der Löhne der verbleibenden Arbeiter benutzt werden. Und da dies ja nur geschähe, um die nationale Arbeit und den nationalen Reichthum zu fördern, könnten die dadurch betroffenen Arbeiter, sofern sie keine Vaterlandslosen oder „Antipatrioten“ sind, kaum etwas einzuwenden haben. Auch der vierte Punkt, die Errichtung des Nordkanals, bietet keine Schwierigkeit. Bedarf es hierzu auch vieler Millionen, so bleibt doch die Hauptsache, daß sie vorhanden seien oder wenigstens die Quelle, aus der sie geschöpft werden können. Auch dafür haben die Grubenbesitzer geforgt, indem sie durch ihre Delegation auf die Rententonsion hinweisen ließen, bei der einige sechzig Millionen abfallen werden. Im Nothfalle sind sie patriotisch genug, sich gegen einen Extrapost mit einer gewissen Summe am Kanalbau zu betheiligen. Was thun die Herren nicht, wenn es der Förderung des öffentlichen Reichthums gilt, besonders wenn die Förderung gleichbedeutend mit einem Steigen ihrer Aktien ist? Kann es darum rechtmäßigere Forderungen geben, als die, welche die Gruben-Gesellschaften an die Regierung stellen? Der Sprecher der Delegation konnte darum mit Recht schließen: „Die Regierung der Republik, die eine Regierung der Gerechtigkeit ist, wird unseren rechtmäßigen Forderungen gerecht werden.“ Ja, sie wird dies um so mehr, als der reichste Grubenaktionär Ministerpräsident ist und die Kammermajorität wie die kapitalistische Presse vor allem für „Geschäfte“ sind.

Crispi an der Arbeit. In Sizilien und Mittelitalien Belagerungszustand, Kriegsgerichte und rücksichtslose Anwendung der äußersten Gewaltmittel. Von standrechtlichen Erschießungen verlautet noch nichts — aber auch diese Blüthe neutralenischer Königspolitik wird uns nicht erspart bleiben. Wie es im Lande aussieht, davon wissen wir nicht mehr als wir von Rußland wissen. Keine Depesche, keine Nachricht wird fortgelassen, die nicht die Fenur paßirt hat. Von den vorhergesagten „sozialen Reformen“ ist es ganz still; und Herr Crispi läßt durch eine seiner Reptilien, in der „Römischen Zeitung“ ganz ungenirt erklären: „Gegen die Anarchisten (Herr Crispi stempelt hartnäckig jeden Gegner der Regierung zum „Anarchisten.“ N. d. W.) giebt es nur ein Mittel: die rücksichtslose Anwendung der Gewalt, und damit wird es der Regierung auch gelingen, des anarchischen Verbrechertums Herr zu werden, ohne daß sie an soziale Reformen in jenen Gegenden zu denken braucht.“

Was heute von Massa-Carrara gesagt wird, wird morgen von Sizilien gesagt werden.

Wer noch an der Mission Crispi's, die Monarchie zu Grunde zu richten, zweifelte, der wird jetzt von seinen Zweifeln geheilt sein.

Die „Independent Labor Party“ wird Anfang Februar, wie uns aus London geschrieben wird, in Manchester ihren zweiten Kongreß abhalten. Nicht alle Erwartungen, die ihre Gründung erweckt hat, sind in Erfüllung gegangen, ihre Agitation hat unter der für eine junge Partei zu stark föderalistischen Organisation und dem infolge dessen unvermeidlichen Geldmangel sehr gelitten und ihrer Ausbreitung hat der Verdacht, sie sei nur eine von Champion mit Torngeld lancirte Gründung sehr geschadet. Trotzdem hat sie vor allem im industriellen Norden recht Lichtiges geleistet und, ebenso wie die sozialdemokratische Föderation, eine ganze Anzahl von Sektionen ins Leben gerufen, die zum Theil eine rege Thätigkeit entfalten. Es sieht daher zu hoffen, daß der Kongreß ein gut besuchter sein und das Werk der Agitation und Organisation ein gutes Stück weiter fördern wird. Ich glaube im Namen der Leser des „Vorwärts“ zu sprechen, wenn ich den Delegirten dazu von Herzen Glück wünsche.

Parteinachrichten.

Eulenburgerei. Mit Recht hat der sekrete Erlaß des preussischen Ministers des Innern gegen die Sozialdemokratie, den der „Vorwärts“ unlängst abgedruckt, Ansehen erregt. Wir freilich waren darüber nicht erstaunt, denn wir wissen, daß im

Geheimen manche Fäden gesponnen werden, die dann als Netz zusammengefaßt zum Fang benutzt werden sollen. Bei all diesen Haupt- und Staatsaktionen haben wir die Wahrnehmung gemacht, daß die Kleinstaaten dem preussischen Kamassentum noch über sein wollen.

In welcher Weise im Großherzogthum Hessen die Verwaltungsbehörden inspirirt — oder instruirrt? — sind, mag aus folgendem Aktensück der Bürgermeisterei Birghausen bei Darmstadt hervorgehen:

Birghausen.
Betreff: Die Beschwerde des Adam Meil I zu Birghausen.
An
Großherzogliches Kreisamt Darmstadt,
Vericht

der Großherzoglichen Bürgermeisterei Birghausen.
Infolge Instruktion Verfügung Sr. Kreisamts vom 11. d. M. haben wir die beiden Nachwächter vernommen, daß desfallsige Protokoll liegt bei, das übernehmende (?) Aktensück geht ebenfalls zurück und berichten wir folgendes:

Die hiesigen Nachwächter sind gewissenhafte dienstwillige Männer, und wir haben noch keine Veranlassung gehabt, dieselben wegen ihres Dienstes zur Rechenschaft zu ziehen.

Was ihre Anzeigen betreffen, so sind wir überzeugt, daß sie auf Wahrheit beruhen.

Daß dennoch mancher Denunziirter der Strafe entgangen ist, beruht auf der Zeugenaussage ihrer Genossen.

Was nun die Persönlichkeit des Rubricirenden Adam Meil I anbelangt, so ist derselbe als der Hauptanführer der hiesigen Sozialdemokraten in der ganzen Umgegend weit und breit bekannt, welcher nebst Genossen schon seit vielen Jahren danach strebt, den Umsturz der bestehenden Regierungen herbeizuführen.

Daß er Gemeinderathsmittglied bei der letzten Ortswahl geworden ist, verdankt er nur dem Bündnis mit den hiesigen Antisemiten. Schon seit langer Zeit arbeitet p. Meil bei den Ortswahlen sehr eifrig und thätig, um in unserem Orte seine Aufwärtspartei an die Spitze der Gemeindeverwaltung zu bringen. Auch bei der Reichstagswahl hat sich Meil und Konforten als Aufwiegler und Feind der bestehenden Ordnung offen gezeigt.

Da nun p. Meil selbst Gemeinderath ist, so scheint es uns, derselbe halte sich berechtigt, eine Ausnahme machen zu dürfen, auch stünde ihm wohl das Recht zu, der Nachtwache Vorwürfe ertheilen zu dürfen.

Daß die Nachtwächter bei den letzten Ortswahlen zu seinen Gegnern gehalten haben, ist ein gutes Zeichen für diese Leute, denn welcher ordentliche Mann will mit Meil und Konforten halten?

Meil beschwert sich, daß schon oft der übergroße Dienstfeind der Nachtwächter manchen Bewohner in ungerechte Strafe gebracht hat, was aber die Unwahrheit ist. Die Nachtpolizei thut stets nur ihre Schuldigkeit und wir haben derselben noch immer empfohlen, diesen (?) Leuten etwas nachzusehen, lieber einmal ein Auge zuzubrücken, um denselben keine Gelegenheit zu geben, aus dem Parteigetriebe der letzten Wahlen Kapital schlagen zu können.

Meil und Genossen, sowie ihre Bundesgenossen, die hiesigen Antisemiten, sind stets auf der Lauer und erschaffen begierig jede sich ihnen darbietende Gelegenheit, — also bietet sich doch Gelegenheit dar — um den seit den letzten Ortswahlen hier bestehenden Parteihäß von neuem auszufachen und wach zu halten.

Sie sind es gerade, welche unsern Ort so durcheinander geschafft haben, den Parteihäß förmlich pflegen, schüren, vergrößern und den unbedeutendsten Vorfall als Parteihäß hinzustellen suchen.

Ihr unwürdiges Treiben ist jedem ordentlichen, friedliebenden Menschen zuwider.

Wir und alle friedliebenden Bewohner unseres Ortes sind stets bestrebt, beruhigend und versöhnend auf die Gemüther einzuwirken, allein p. Meil und Genossen suchen immer dem Parteigetriebe frische Nahrung zuzuführen, damit ja nicht der unserer Gemeinde so sehr erwünschte, wohlthuende Friede einleeren kann. (gez.) Frey.

Eine allzu hohe Meinung von den Kenntnissen über unsere Ziele darf man bei unseren Gegnern (auch bei Bürgermeistern) bekanntlich nicht haben, immerhin dürfte man voraussehen, daß ein Bürgermeister, der doch ohne Zweifel zu den „Gebildeten“ gezählt sein will, heute schon wissen müßte, daß unser Kampf nicht gegen Personen, somit auch nicht gegen Regierungen, nicht gegen Formen, sondern gegen das ganze wirtschaftliche System sich richtet. Unsere französischen Genossen bekämpfen die republikanische Regierung mit genau demselben Eifer als die Vertreterin des Systems, als wir die monarchische. Der „Umsturz“ einer Regierung bringt uns noch lange keine veränderte bessere Wirtschaftsordnung.

Welch' eigenthümliche Kombinationsgabe der Bürgermeister sein eigen nennt, davon folgender Beweis:

Es waren in Birghausen vier Gemeinderathsmittglieder zu wählen. Eine Anzahl Wähler stellte neben 3 anderen Bürgern auch Meil auf. Das fand bei der Bürgermeisterpartei keine Gnade; die 3 Kandidaten wurden zwar aufgestellt, für Meil aber ein Landwirth nominirt. Unser Genosse Meil erhielt trotzdem von 125 abgegebenen Stimmen 64 und war gewählt. Diese 64 Bürger die Meil gewählt, sind demnach keine ordentlichen Leute.

Wo der Kampf so lichtscheu gegen achtbare Männer, bloß weil sie Sozialdemokraten sind, geführt wird, da darf sich der Bürgermeister Frey nicht wundern, wenn kein Friede in seinem Ort einzieht. Oder hält gar der Mann den vorliegenden Bericht als einen Ausfluß beruhigender und versöhnender Einwirkung???

Soziale Ueberblick.

An die Parteigenossen aus den Kreisen Wittenberg, Schweinitz, Torgau und Liebenwerda! Genossen! Wer von Euch noch Interesse hat an der Bandagitation und die bestehende Organisation erhalten will, den eruchen wir, am Mittwoch, den 24. d. M., Abends 8 Uhr, bei Lehmann, Neue Grünstr. 14, in der Versammlung zu erscheinen. Die dort einberufene Generalversammlung soll über die Auflösung des Vereins beschließen. Gleichzeitig laden wir alle Gegner der Landmanns-Organisationen als Gäste ein, um uns einen besseren und praktischen Weg zur Erreichung unseres Zieles zu zeigen.

Im Auftrage des Vorstandes:
Karl Lohse, Weitzenfe, Straßburgerstr. 88 I.

In der Fabrik von Ottenheimer Söhne in Ludwigsburg haben sämtliche 11 Zigarrenmacher und 4 Wickelmacherrinnen wegen Lohnbifferenzen die Arbeit niedergelegt. Zugug ist streng fernzuhalten.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)
Amsterdam, 20. Januar. Aus Sappemeer (Provinz Groningen) wird gemeldet, daß infolge einer Demonstration von Arbeitslosen eine Proklamation veröffentlicht wurde, welche jede Ansammlung von mehr als fünf Personen untersagte. Der Zug der Arbeitslosen wurde von der Polizei zerstreut, ohne daß jemand verwundet wurde.

Massa, 20. Januar. Die Bevölkerung drängte sich auch heute zu den für die Uebergabe der Waffen bestimmten Lokalen. Die Truppen setzten die Verfolgung der flüchtigen Anarchisten fort. General Desch hat sich nach Carrara begeben.

Für den Inhalt dieser Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 21. Januar.
Freie Volkshöhne. III. Abtheilung. Lesing - Theater. Nachmittags 2 1/2 Uhr Das Festmessen von Björnstjerne Björnson.
Opernhaus. Vohengrin. Montag: Die Entführung aus dem Serail.
Schauspielhaus. Théâtre paré. Neu einstudiert: Prinz Friedrich von Homburg. Montag: Die Jungfrau von Orléans.
Festung - Theater. Madame Sans-Gêne. Montag: Dieselbe Vorstellung.
Deutsches Theater. Der Herr Senator. Montag: Dieselbe Vorstellung.
Berliner Theater. Falkenstein's Tod. Montag: Minna von Barnhelm.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmsdr. Theater. Der Lieutenant zur See. Montag: Dieselbe Vorstellung.
Residenz-Theater. Der Mustergatte. Montag: Dieselbe Vorstellung.
Neues Theater. Gläubiger. Flattersucht. Montag: Dieselbe Vorstellung.
Central-Theater. Ein toller Einfall. Berlin 1893. Montag: Dieselbe Vorstellung.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi. Montag: Dieselbe Vorstellung.
Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitan Grant. Montag: Dieselbe Vorstellung.
Alexanderplatz Theater. Die lustigen Weiber von Berlin. Nachher: Bajazzi. Montag: Othello, der Mohr von Venedig.
National-Theater. Der Teufel in Berlin. Nachher: Charley's Tante. Montag: Dieselbe Vorstellung.
American - Theater. Lumpen - Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin. Montag: Dieselbe Vorstellung.
Wintergarten. Spezialitäten - Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten - Vorstellung.
Apollo - Theater. Spezialitäten - Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten - Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 102.
Doppelvorstellung zu einfachen Preisen.
Novitäten!
Charley's Tante.
 Große parodistische Poffe mit Gesang und Tanz von Hugo Basse. Regie: Max Samst. Musik von Adolph Biedede. Vorher: Der Teufel in Berlin.

Der Teufel in Berlin.

Große Poffe mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Eugen Prudent. Musik von A. Biedede. Regie: Max Samst. Kassenöffnung 2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Nachmittags 3 Uhr:

2 Uhr - Kassenöffnung - 2 Uhr. Volksvorstellung zu ermäßigten Preisen.

Kabale und Liebe.

Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller. Regie: Max Samst.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 80.
Sonntag und Montag:
Ein toller Einfall.

Schwank in 4 Akten von Carl Laufs. Daraus zum **Berlin 1893.**

28. Male: Revue in 2 Akten, von E. Leipziger. Anfang der Vorstellung 7 1/2, der Revue 9 1/4 Uhr.

Dienstag: Dieselbe Vorstellung.

„Sanssouci“,

Kottbuserstr. 4a.
Sonntag, den 21. Januar 1894:

Stettiner

Sänger
 Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf.

3. Schluss neu: Eine Soiree bei Lehmann's.

Montag: Viktoria-Brauerei.
 Dienstag: Böhmisches Brauhaus.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.
 Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher:

Die Bajazi.

Parodistische Poffe mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson. Musik von Franz Roth. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Dresdener-Straße 55.
Lumpensusanne

oder:
Die Obdachlosen von Berlin.

Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner. Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin“, ein schon geprägtes Mädchen.

Franziska Häser.
 Die Bombe, Aftersommertheater im Müllwinkel des „Sonnenanfangs“.

Josephine Delclasseur.
 Brunwald - mit bewegter Vergangenheit.

Martin Bendix.
 Täglich: Auftreten des besten Bandredners d. Jetztzeit

H. Blank.

Ferner u. a.:
„Direktor Hippe“
 von Martin Bendix.

Auftr. sämtl. Spezialitäten.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
 Täglich:
Spezialitäten - Vorstellung und Konzert.

Neu! Neu! Neu!
Ein Stiergefecht in Cadix.

Große Ausstattungs-Parodie. Pantomime mit Ballet, ausgef. von den spanischen Clowns Hermandos Beiso und sämmtlichem Theaterpersonal.

Anfang: { Sonntags 6 Uhr, Wochentags 8 Uhr. Entree Wochentags 50 Pf.

Etablissement

Moritz-Platz. **Buggenhagen.** Moritz-Platz.

Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausicht von Vahnhofser Lagerbier, hell und dunkel.

In den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten etc.

Gratweil'sche

Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. Welt u. größt. Etablissement. Berl.

Neues Programm.

Täglich von 6 Uhr ab bei freiem Entree.

National-Konzert

D. Obenlander
 in National-Tracht und Auftreten von

Künstlern u. Spezialitäten

I. Ranges.

Mr. Kauning, Concertmalor.
 Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Delgemälde malen, welches nach Schluss der Vorstellung verlost wird. Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Concordia-Festsäle

C. Saeger,
 64. Andreasstraße 64.

Heute, Sonntag: **Grosses Arnold-Concert.**

Nachdem: **Grosser Ball.**

2 Orchester. Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pf.

Jeden Donnerstag: **Grosse Soiree** der

Norddeutsch. Sänger

verbunden mit Tanzkränzchen. Familien-Billets und Passpartouts haben Giltigkeit. Anfang 8 Uhr.

65/10 **C. Saeger.**

Todes-Nachricht.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein innigst geliebter guter Mann, unser Vater der Maurer

Gustav Freyer

in Schöneberg im Alter von 84 Jahren nach kurzem schwerem Krankenlager infolge eines Bau-Unfalles am 16. Januar Nachmittags 2 Uhr gestorben ist. Die Beerdigung findet am 21. Januar Nachm. um 2 Uhr von der Leichenhalle des neuen Schöneberger Kirchhofes aus in der Maxstraße statt. 1835b Die tiefbetrübte Wittwe nebst Kindern.

Todes-Anzeige.

Allen Genossen die traurige Nachricht, daß der in seinem Berufe verunglückte Maurer 479/3

Gustav Freyer

in Schöneberg am 16. d. M., Nachmittags 2 Uhr an seinen Wunden gestorben ist. Seine innerlichste Thätigkeit für unsere gerechte Sache sichert ihm ein dauerndes Andenken. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Januar, Nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schöneberger Kirchhofes aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vertrauensmann für Schöneberg.

Arbeiter-Bildungsverein

für Schöneberg.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 16. d. M. unser treues Mitglied, der Maurer 109/15

Gustav Freyer

nach einwöchentlichem Krankenlager an seinen Wunden verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 21. Januar, Nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schöneberger Kirchhofes aus statt. Um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Dankagung.

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und für die vielen Kranzspenden sage ich allen Verwandten und Bekannten, sowie seinen Kollegen und deren Chef und den Herren Berufsmustern meinen innigsten Dank. 1917b Wittwe Dietrich und Kind.

Den Herren Kollegen meinen besten Dank für die Unterstützung sowie Beteilung am Begräbnis meines Mannes Dugo Panter. 1918b Ww. Ernst. Panter.



Aktien-Brauerei
 Friedrichshain am Königsthör.
 Heute, Sonntag:
Großes Konzert
 der Kapelle des Königin Augusta-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 4 (Goblenz). 53569
 Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Kinder frei. Programm unentgeltlich.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).
Das sensationelle, grossartige Kolossal-Programm
 beginnt am Sonntag um 5 1/2 Uhr.
 Wochentags 15 Pf. Entree. R. Winkler.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Sonntag, den 21. Januar cr.: 2 Vorstellungen.

Nachm. 4 Uhr (1 Kind unter zehn Jahren frei): Gr. Komikervorstellung. Vorführen der bestdressirten Freiheits- und Schulpferde. Auftreten sämmtlicher Klowns in ihren besten Nummern. Abends 7 1/2 Uhr:

Ein Künstlerfest.

Vollständig neue und glänzende Ausstattung und Einlagen. Ueberraschende Licht- und Wasserfeste. Großes Brillant-Feuerwerk.

Außerdem: Der ostpreussische Hengst Blondel und Monstro-Tableau von 60 Pferden, dress. und vorgef. vom Dir. Fr. Renz. Colmar und der Steiger Alep, geritten von Fr. Oceana Renz. Die Akrobaten auf dem Telephonbrat Zalva, Espana und Alvar. Der urkomische Imitator-Klowne Mr. Ybbs. Die Akrobaten Gebr. Prodiani etc.

Preise wie gewöhnlich.
 Der Circus ist gut geheizt.
 Montag: Ein Künstlerfest. Fr. Renz, Direktor.

Fünf Versammlungen

der Arbeitslosen Berlins

am Montag, 22. Januar, Vormittags 10 Uhr.

Tages-Ordnung:

Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen, und die Haltung der Behörden.

Versammlungs-Lokale:

2. Wahlkreis:

Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.
 Referent: Reichstagsabg. R. Fischer.

3. Wahlkreis:

Brochnow's Festsäle, Sebastianstr.
 Referent: Reichstagsabg. E. Vogtherr.

4. Wahlkreis:

Böhm. Brauhaus, Landsberger Allee.
 Referent: Reichstagsabg. P. Singer.

5. Wahlkreis:

Lips' Brauerei, Am Friedrichshain.
 Referent: Reichstagsabg. R. Schmidt.

6. Wahlkreis:

Eiskeller, Chausseestraße Nr. 58.
 Referent: Reichstagsabg. W. Liebknecht.

Die Vertrauenspersonen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Am Dienstag, den 23. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in der Norddeutschen Brauerei, Chausseestr. 58: 241/18

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht, Bericht der Revisoren. 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Hoffmann. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.
 Das Stiftungsfest des Vereins findet am 11. Februar in den Germania-Sälen statt. — Diejenigen Genossen des 6. Wahlkreises, welche Abonnenten des „Vorwärts“ sind, ersuchen wir im Interesse unserer guten Sache, sich dem Wahlverein anzuschließen, denn nur durch enges Zusammengehen sind wir im Stande, Grobes für die Partei zu leisten, nur in geschlossener Phalanx können wir dem Gegner imponieren. J. A.: M. Biesel.

Circus G. Schumann,

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse.
Sonntag, den 21. Januar cr.: 2 gr. Brillant-Vorstellungen.

Nachm. 4 und Abends 7 1/2 Uhr. Beide Vorstellungen sind mit verschiedenen vorzüglichen Programmen ausgestattet. In beiden Vorstellungen Auftreten sämmtlicher Spezialitäten, Damen sowie Herren. Reiten und Vorführen der bestdressirten Schul- und Freiheitspferde meines Marstalles. Romische Entrees sämmtlicher Klowns. Zum Schluss der Nachmittags-Vorstellung:

Rübezahl.

Phantastisches Tanzmärchen, arrangirt von der Balletmeisterin Strigoll, ausgeführt von 40 Kindern und dem gesammten Balletkorps.

Zu dieser Vorstellung hat jeder Besucher das Recht, ein Kind unter 10 Jahren frei einzuführen. Zum Schluss der Abendvorstellung:

Die Fuchsjagd bei Bolton.

Ballet-Einlage: La Postillone-Mazurka, arrangirt vom Balletmeister R. Riogel, getanzt vom Corps de ballet.

Morgen: Große Vorstellung. Hochachtungsvoll und ergebenst G. Schumann, Direktor.

Märkischer Hof,

Admiral-Strasse Nr. 18c.
 Jeden Sonntag:
Großer Fest-Ball.

Ende 2 Uhr. 5521L. Jeden Donnerstag: Großer Bäckers-Ball. Anfang 4 Uhr. Die beiden Spiegel-Säle sind zu allen Festlichkeiten und Versammlungen zu vergeben.

All. Kranken- u. Sterbekasse

der Metallarbeiter
 (E. S. 29. Filiale Berlin 1.)
Versammlung

Sonntag, den 21. Januar cr., Vormittags 10 1/2 Uhr.

bei Poppe, Lindenstr. 100. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Jahresbericht. 3. Ausstellung der Kandidaten zur Generalversammlung. 224/7 Die Ortsverwaltung.

Öffentliche Versammlung

der polnischen Arbeiter
 heute Nachm. 3 Uhr im Lokale Volz, Alte Jakobstr. 75.

Frauen willkommen! 1921b Der Einberufer.

Präuscher's Museum.

Tausende von anatomischen Präparaten. Schusskanal durch fünf Körper.

Gladiatoren-Kampj.

Wunder d. Ceroplastik u. Mechanik. Täglich von 9 früh bis 10 Abends für erwachsene Herren.

Dienstag und Freitag: Damentag.

Passage-Panopticum.

Der Deutsche Mann mit dem Steintopf.

Ohne Extra-Entree. Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Patentanwalt

A. Dammann, Ingenieur, Oranienstrasse 61 a. Moritzpl. Kost. kostenfrei.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

31. Sitzung vom 20. Januar 1894, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Bötticher, Graf Posa-
owski, v. Mittnacht.

In die Reichskommission für Arbeiterstatistik werden auf Vorschlag des Abg. v. Buol die Abgg. Dipe, Kropatschek, Petzold, Merbach, Mollenhuth, Schmidt-Ebersfeld und Siegle durch Affirmation gewählt.

Darauf wird die erste Lesung der Weinsteuervorlage fortgesetzt.

Abg. Bayer (südd. Sp.): Auch der Abg. Samp, den man als den einzigen Freund der Vorlage bezeichnet hat, ist für die Vorlage keineswegs unbedingt eingetreten, und auch er hat die Hoffnung, daß aus der Vorlage der wesentliche Kern gerettet werden würde, bereits aufgegeben und beschränkt sich auf die Hoffnung, daß wenigstens eine ergiebige Besteuerung des Korns und Schaumweins übrig bleiben möchte. Durch dieses geradezu unbedachte Gesetz ist eine ungeheure Summe von Erbitterung und Unzufriedenheit im deutschen Volke hervorgerufen worden. Für uns gibt es gar keine andere Wahl als das Gesetz sofort in zweiter Lesung und dort zur unmittelbaren Entscheidung zu bringen. Der Naturwein aber soll nach der allgemeinen Meinung nicht weiter getroffen werden; weshalb wollen wir also die Beunruhigung fortandauern lassen? Ich würde das den Interessenten gegenüber für ein großes Unrecht halten. Unter den 58 Paragraphen des Gesetzes sind nicht weniger als 17 Strafp Paragraphen; das sagt genug. Der Gedanke, den Großhändler als Puffer zwischen den Produzenten und Konsumenten in das Gesetz hineinzubringen, ist wunderschön, aber nur in der Theorie. Da wäre es doch viel praktischer, die Steuer vom Trinker zu erheben in dem Augenblick, wo er sich zum Schlucken anschickt; vielleicht ließe sich auch eine Weinstempelsteuer im Momente des Genusses erheben (große Heiterkeit); vielleicht läßt sich der Gedanke in Form eines Markenbuchs verwirklichen, in welches der Trinker jedes Mal, wenn er einen Schoppen trinkt, eine Marke einlebt. Das hätte den doppelten Vorteil, daß er dann auch am Ende des Jahres in der Lage wäre, das Register seiner Thaten zu übersehen. (Große Heiterkeit.) Der Wein-Großhändler unterscheidet sich vom Kleinhändler nur dadurch, daß er die Steuer nicht sogleich zu zahlen braucht; aber wenn er seinen Wein hat drei Jahre lagern lassen und der Wein dadurch veredelt worden ist, hat er oder seine Abnehmer, wenn der Wein in den Konsum übergeht, die viel höhere Steuer doch zu erlegen. Dieser Umstand allein beweist schon, daß die Großhändler sich in Kleinhändler werden verwandeln müssen. Wer die Steuer zahlt, das wird durch die Umstände entschieden werden, es wird von Angebot und Nachfrage abhängen. Das Resultat wird sein, daß die Steuer mindestens zum allergrößten Theil auf die Schultern des Produzenten überwälzt wird. Nur sehr wenige sind in der Lage, ihren eigenen Bedarf an Keller einzulassen; diese Dinge spielen sich nicht ab, wie Herr Samp meint, weil es für diese Dinge nur sehr wenige Sachverständige gibt. Der kleine Winzer kann sein Produkt nicht längere Zeit halten; er hat weder Keller noch Fässer, wo er ihn einlagern könnte. Im Herbst braucht der Weingärtner Geld; er muß sich also mit den Preisen begnügen, die ihm geboten werden. Hausfreigegeben kann er mit seinen Weinproben nicht, schon weil es die Herren vom Zentrum nicht dulden, die dagegen mit einem Reichsgesetz vorgehen wollen. Man überhört hier nur zu sehr, wie groß die Menge der wirtschaftlich Schwachen unter den Winzern ist. In Bezug auf Verschuldung kann es der süddeutsche Weinbau mit dem norddeutschen Großgrundbesitz aufnehmen; (Große Heiterkeit) aber dadurch unterscheidet er sich von diesem, daß er nicht schreibt, daß er sich durch eigene Kraft aus seiner schlechten Lage herausarbeiten will. Ein Wein von 51 Pf. für das Liter soll Luxus sein! Das treibt da der Berliner erst für Luxus! Er muß schon für einen halben Liter Bier 30 Pf. bezahlen! (Heiterkeit.) Ist erst die Grenze von 50 M. eingeführt, so werden die Finanzminister der süddeutschen Staaten doch nicht zaudern, den Wein unter 50 M. für die Landessteuer heranzuziehen. Bei den Vorverhandlungen mit Württemberg und dessen Beitritt zum Deutschen Reich im November 1870 ist erklärt worden, daß das Reich von seiner Befugnis zur Besteuerung des Weines mit Rücksicht auf die Weinländer nicht Gebrauch machen werde, und diese Ueberzeugung überlag damals so, daß einer ausdrücklichen Festlegung dieses Punktes in einem Protokoll Abstand ge-

nommen wurde. Dieses Vertrauen rächt sich jetzt; wir haben eine Reichs-Weinsteuer vorgelegt bekommen, welche um ganzer 12 Millionen will so sehr die alten Zusicherungen verleugnet. Mit Ausnahme Bayerns, das in neuerer Zeit der getreue Schiffsknappe Preussens ist, haben die süddeutschen Regierungen gegen dieses Projekt Verwahrung eingelegt. Das ist der Weg nicht, den Reichsgedanken im Reiche zu festigen! Gehen Sie hinaus ins Deutsche Reich und sehen Sie sich an, wie unheilvoll diese Vorlage im Süden gewirkt hat. 1887 rief Herr Riquel nach der Reichstags-Auflösung in einer Rede vor seinen Wählern in Kaiserlautern aus: „Mein Herz gehört der Pfalz!“ Möchte er doch jetzt in die Pfalz gehen und sich von der Stimmung dort überzeugen; sein Herz würde ihm mit Protest zurückgegeben werden! (Große Heiterkeit.)

Württembergischer Ministerpräsident von Mittnacht: Als einer der damaligen württembergischen Bevollmächtigten bei den von dem Vorredner erwähnten Verhandlungen bin ich in der Lage, authentische Aufschlüsse über dieselben zu geben. Der württembergische Finanzminister hatte seine Bevollmächtigten angewiesen, gegenüber dem Bevollmächtigten des norddeutschen Bundes geltend zu machen, daß Württemberg aus finanziellen und volkswirtschaftlichen Interessen den Uebergang des Besteuerungsrechts für Wein auf das Reich sehr schwer empfinden würde. Sie sollten darauf hinwirken, daß entweder die württembergische Weinsteuer von der Reichsregierung ausgenommen oder die Einführung einer Reichs-Weinsteuer von der Zustimmung Württembergs abhängig gemacht würde. Die Bevollmächtigten des Norddeutschen Bundes erklärten, zu einem solchen Zugeständnis nach einer der beiden Richtungen nicht in der Lage zu sein; doch seien die Eigenthümlichkeiten des Weines als Besteuerungsgrund derart, daß Württemberg sich beruhigen könne, da das Reich von diesem Rechte keinen Gebrauch machen würde und zwar weder bezüglich einer Besteuerung der Weinproduktion, noch des Weinverbrauchs. Diese Verhandlungen haben keine bindende Zusage, kein rechtliches Versprechen enthalten; sie waren aber deswegen, besonders da die Zusicherung abgegeben wurde von der Autorität eines Delbrück nicht ohne Bedeutung. Die württembergischen Bevollmächtigten haben im Vertrauen darauf, daß der norddeutsche Bundesrath sie später offiziell bekräftigen werde, die Sache nicht weiter verfolgt. Eine Bekräftigung, wie sie in Württemberg erwartet wurde, ist aber nicht erfolgt. (Hört! links.) Heute, nach 25 Jahren, nachdem das System der Getränkesteuer von der Gesetzgebung nicht unberührt geblieben ist, kann es wohl nicht verwundern, wenn Württemberg einer Reichs-Weinsteuervorlage gegenüber an seinen alten Bedenken festgehalten und der Vorlage, wie sie liegt, die Zustimmung nicht gegeben hat. (Hört! links.) Gegen die Einführung einer Schaumwein- und Kunstwein-Besteuerung hat auch die württembergische Regierung nichts einzuwenden.

Abg. Noeren (3.): Ein Vergleich zwischen Wein, Bier und Branntwein, wie er hier gezogen worden ist, ist gar nicht zulässig. Wein ist ein landwirtschaftliches Produkt, Bier und Branntwein sind mehr gewerbliche Produkte, deren Herstellung unter ganz andere Voraussetzungen und Bedingungen sich vollzieht. Die vorgeschlagene Steuer wird unweigerlich auf den Winzer fallen. Der Winzerstand besteht aber in der Hauptsache aus kleinen, wirtschaftlich schwachen Elementen; es ist ein Grundirrtum der Vorlage, wenn sie davon ausgeht, daß die Weinbauer lauter kapitalträchtige, potente Leute seien. Die ganze Redlichkeit und Schlichtheit, der ganze fromme Sinn des Winzers gehört dazu, sich und die Seinen in den heutigen schlechten Zeiten überhaupt noch aufrecht zu erhalten, man soll sich hüten, diese schwere Situation des Winzers durch solche Steuermaßregeln zu einer verzweifelt zu machen. Redner geht dann ausführlich auf die Kontrollmaßregeln der Vorlage ein, die hauptsächlich den größten Zweifel an der Behauptung der verbündeten Regierungen wachrufen müssen, daß es sich hier um eine Maßnahme der ausgleichenden Gerechtigkeit handle; er bittet, die Vorlage einfach abzulehnen.

Abg. v. Kardorff (zur Geschäftsordnung): Es ist ja wohl schon vorgekommen, daß Bundesrathsmitglieder hier gegen Vorlagen des Bundesraths gesprochen haben; die Art aber, wie der Bevollmächtigte für Württemberg hier soeben gesprochen hat, eröffnet eine so traurige Perspektive über die Zustände, wie sie sich jetzt im Bundesrathe eingeschlichen haben, daß ich, zumal diese Aeußerung in Abwesenheit des Reichskanzlers geschehen ist, hiermit die Vertagung beantrage, um den Reichstagen und den verbündeten Regierungen Gelegenheit zu geben, gegenüber dieser vollständig veränderten Sachlage Stellung zu nehmen.

Abg. Richter: Ich bin auch für die Vertagung der Sitzung. Ich glaube, daß, nachdem die verbündeten Regierungen aus den

dreitägigen Verhandlungen die Ueberzeugung gewonnen haben müssen, daß es sich höchstens um ein Duzend Stimmen handeln wird, die für die Vorlage sein würden, dieselbe sich wird die Frage vorlegen müssen, ob es nicht besser ist, diese Vorlage zurückzuziehen.

Württembergischer Ministerpräsident v. Mittnacht: Der Redner hat geglaubt gehört zu haben, daß ich erklärt habe, das Versprechen, welches der württembergischen Regierung im Jahre 1880 gegeben sei, sei nicht gehalten. Ich habe im Gegentheil gesagt, die Erklärung von 1880 habe nach meiner Ueberzeugung keinen rechtlichen Inhalt, namentlich kein eigentliches rechtsverbindliches Versprechen enthalten.

Abg. Gröber (3.): Ich muß dem Kollegen v. Kardorff widersprechen. (Zustimmung.) Ein rechtlich bindendes Versprechen, das gebrochen sei, ist, wie eben noch einmal konstatiert, von uns nicht gegeben. Es handelt sich lediglich um einen Vorgang, wie er an sich nichts Ungewöhnliches enthält, daß eine Bundesregierung im Bundesrathe überstimmt wird. Das kann im Bundesrathe jeden Tag vorkommen, das muß sich jede Regierung jeden Tag gefallen lassen. Dem Vorgang ist nicht eine so große Bedeutung beizumessen, daß, wenn nun die überstimmt Regierung von ihrem Recht Gebrauch macht und innerhalb der Plenarberatung ebenfalls ihren Standpunkt darlegt und nun der ganze Reichstag in ein Entsetzen gerathen und sagen sollte, das sei ein außergewöhnlicher Vorgang, und daß nun der Reichstag sich sofort vertage. Die württembergische Regierung hat von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht und wir unterlassen dieses Recht, wenn wir lediglich in der Beratung fortfahren. (Zustimmung.) Deshalb bitte ich, den Antrag abzulehnen.

Abg. Hammacher (natl.): Herr v. Mittnacht hat nur in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte gehandelt, wenn er hier Aufklärung über die Gründe gab, welche die württembergische Regierung veranlaßt haben, ihr Votum gegen diese Vorlage abzugeben. Ich erkenne auch nicht den Gedanken des Abg. Richter an, daß die württembergische Regierung gegen die Vertreter und die Begründer der Reichsverfassung den Vorwurf hat erheben wollen, durch die Vorlegung eines Reichs-Weinsteuergesetzes sei ein der württembergischen Regierung gegebenes Versprechen gebrochen worden. Ich halte es für nothwendig, daß dem Reichskanzler Gelegenheit geboten wird, sich hierzu zu äußern. Dieser Gesichtspunkt ist es, der mich und meine Freunde bewegt, dem Vertagungsantrag zuzustimmen.

Abg. Richter: Wenn von seiten der Regierung, insbesondere des Schatzsekretärs, der Wunsch nach einer Vertagung ausgesprochen wird, so werde ich einem solchen Wunsche willfahren, ganz ohne Prüfung, ob an sich nach meiner Ansicht die Sache berechtigt ist, denn ich bin der Meinung, daß man bei einer solchen Gelegenheit immer dem Wunsche eines Regierungsvertreters auf Vertagung Rechnung tragen muß. Wird ein solcher nicht geäußert, so haben wir gar keine Veranlassung, uns in diese Interna des Bundesraths einzumischen. Herr v. Mittnacht hat nur von einem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch gemacht, wie das schon früher bei anderen Gelegenheiten geschehen ist: Ich erinnere nur an den heftigen Ministerpräsidenten v. Hofmann und an den Widerspruch der preussischen Regierung, als es sich um die Verlegung des Obertribunals, des jetzigen Reichsgerichts nach Leipzig handelte. Ich würde es für ganz falsch und nach außen ganz falsche Vorstellungen erweckend halten, wenn wir in diesem Augenblicke vertagen wollten, wo ein Vertreter einer Regierung auch einmal eine selbständige Ansicht hat. Ich wünschte, daß das viel öfter vorkäme und in Deutschland ein gewisser Geröllismus weniger Platz griffe, als es den Anschein hat; es handelt sich hier keineswegs um etwas außergewöhnlich Sensationelles. Wir haben daher keine Veranlassung, eine Vertagung eintreten zu lassen. Aber ich finde, daß es nicht angebracht ist, nach einem solchen Widerspruch im Bundesrathe, solche schlechten Steuer-gesetze einzubringen und nach einer solchen Diskussion noch aufrecht zu erhalten. Ich würde es erklärlich finden, wenn der Schatzsekretär die Vertagung beantragen wollte, um die Vollmacht des Bundesraths dafür einzuholen, diese ganze Vorlage zurückzuziehen.

Abg. Singer: Was die Vertagung anlangt, so widerspreche auch ich dem Antrage des Herrn v. Kardorff. Der Reichstag hat gar keine Veranlassung, aus dem Umstände, daß nicht mehr Bundesrathsmitglieder hier sind, als dasjenige, welches sich wiederholt als Vater und Vertreter dieser Vorlage gezeigt hat, in die Vertagung einzutreten. Die Begründung des Abgeordneten v. Kardorff ist geeignet, den allerlebhaftesten Protest hervor-zurufen. Er hätte sich diese zum Vortheil des Landes ersparen

Sonntagsplauderei.

Alexander, der heroische Draufgänger des Alterthums, war noch ein Knabe; aber der künftige Welteroberer wollte schon damals — selbst im Jugendspiel — nicht seine Kraft an den Kräften von Spielgenossen messen, die ihm nicht ebenbürtig, nicht gewachsen waren. Von solchen Königsprinzen-Hochmuth weiß sich unsere „herrschende“ Gesellschaft frei. Eine Löwenpranke hat sie nicht hervor zu steden und sie möchte doch so gerne auch einem solchen Vieh ähnlich sehen und Furcht um sich verbreiten. Das liegt in ihrem Trieb zur Selbsterhaltung. Sie greift zum Knüttel und zum Gummischlauch, fährt damit zwischen einem Trupp blutarter, im Lebenskampf ermatteter, ausgepumpter Leute, haut grimmig drein und lehrt, von solchen „Heldenthaten“ befriedigt, mit den Siegesrufen wieder: Sei, wir haben ein glorreiches Schlagen gewonnen und unsere Gegner sind zu Paaren getrieben. Der Gummischlauch hat sich bewährt. Ihm sei Preis und Ehre! Er werde zum geweihten Symbol gesellschaftstretender Kraft! Wie er durch die Lüste saugt! Wie er mit dumpfem Knack niederfällt auf Menschenglieder, die durch die Noth zermürbt sind! Will sich die Kanaille noch erheben zu klagen, was sie leidet? Bravour bewiesen und Schneid gegen dies Heer von Arbeitslosen! Zer Sprengt die feindliche Armee, Ihr Männer mit den Gummischläuchen! Die sind's im Stande, diese „arbeits-scheuen“ Gefellen und ziehen durch die stolzen Strafen Berlins und zeigen ihre Lumpen und ihre ausgehungerten Leiber, und brüsten sich ihrer Schwären, wie Hieb that. Mourne, Freunde! Zwar scheint es, als drückten sie sich und als ballten sie sich verzückt und verängstigt zu flüchtenden Gruppen zusammen.

Aber nur kein Mitleiden an falscher Stelle. Das ist Verstellung und Lüge von diesen Hungerleidern! Immer drauf los, bis wie sie in ihre letzten Schlupfwinkel verfolgt haben!

Der Gummischlauch hat seine Arbeit gethan. Die Schlacht ist geschlagen. Der Geldemuth der Stützen der

Gesellschaft hat sich ruhmreich bewährt. Erst hat diese liebevolle Gesellschaft einen Theil ihrer Mitbrüder ausgestochen und zu Krüppeln gemacht und dann hebt sie ein „edles“ Porforcejagen gegen diese Krüppel, gegen diese Unglücklichen der Unglücklichen an; die doch nichts anderes wollen, als was dem wunden Bild im Forst gönnt ist: zu schreien, wenn die Wunde es plagt.

Es ist kein Wunder, daß die öffentlichen Fitzsprecher dieser Gesellschaft keine Scham über solches Heldenthum belunden, daß sich kaum ein ernsthafter Warner unter ihnen regt, der ihre trostlose Freiheit rügt. Ein freimüthiges Wort und die ganze Kläglichkeit der Lage ist offenbar. Nothwendig, wie das tägliche Brot, braucht man die Siegesbulletins. Wie verzagte Feldherren, die den moralischen Muth ihrer Truppen dahin schwinden sehen, durch aufgeblasenen Jubel zu imponiren suchen, wie sie als Heldengewinn jedes Treffen ausposaunen, und wäre der „Sieg“ selbst über die armseligste Falstaff'sche Garde er-rungen, so geht es den Wortführern der heutigen Bourgeoisie. In einer Art von Nachtwandler-leben müssen sie die geschlossene Menge, die hinter ihnen steht, erhalten. Aber Nachtwandler darf man durch Anrufen nicht wecken; sonst ist es mit ihrer nachtwandlerischen Sicherheit vorbei.

Gleiche Beweggründe zeitigen auch anderswo ähnliche Erscheinungen, wie in Berlin. Ob man hier brutal mit dem Gummischlauch, dort mit Gesehensparagraphen und Verordnungen dreinschlägt, überall enthält sich ein und derselbe Charakterzug. Man feiert Siege über Gegner, die man mit der Phantasie eines Don Quixote zu wahren Ungeheuern aufgebauscht hat. Die Bourgeoisie leidet unter ängstlichen Bellemungen. Zu schwach und zu feige, um der vollen Gefahr, die ihr droht, offen ins Auge zu schauen, hält sie sich an nebenhächliche Erscheinungen. Sie will die Wahrheit nicht schauen, weil sie ahnt, daß es ihr gehen könnte, wie dem Jüngling vor dem verschleierte Bild zu Saß. Als er die Wahrheit erkannte, sank er zu Tode getroffen nieder. Ueber machtvolle

Volksweregungen tröstet sie sich leichtlich hinweg. Das seien Utopien und Epidemien, die vom Volksgeist Besitz nehmen, um in ein paar Jahren wieder zu verschwinden. Aber tritt dieser Bourgeoisie irgend ein harmloser Gegner vor's Gesicht, da arbeitet sie in ungekehrtem Maße. Da vergrößert sie wie der spanische Don Quixote ins Groteske, ins Uebertriebene; und wenn sie gegen Windmühlen losgebrochen ist, da meint sie Riesen überwunden zu haben und wärmt sich am freudigen Troste. Halberstörere, ausgehungerte Menschen, die mit unheimlicher, nur aus ihrem Glend erklärlicher Gebuld sich dem Gummischlauch ohne Mucken unterwerfen, wurden überwunden; das ist so recht ein Triumph für diese Bourgeoisie. Das gewährt den Aengstlichen Vertrauen. In Brüssel schließt man den gelehrten Ideologen Professor Reclus von der Universität aus; die Bourgeoisie athmet erleichtert auf. Wieder ein Don Quixotischer Jubel mehr. Wieder ist die Welt einer schwarzen Gefahr ledig; und bloß darum, weil Herr Reclus ein Gräbler ist über anarchische Philosophie, ein Dichter, der in schönen Träumen schwelgt, ein Mann mit einer Künstlerseele und voll warmer Humanität, der gewiß den barbarischen Muskelmenschen nicht beizuzählen ist, die ohne Sinn und Verstand Verderben und Unheil stiften.

Am schroffsten vielleicht kennzeichnet sich dieser Charakter-zug der Bourgeoisie in dem seltsamen Kreuzzug gegen den nahezu kindischen Geheimbund der „Omladina“ im alten Prag. Ein neunzehnjähriger Diktator, der Journalist Holzbach, steht an der Spitze des staatsbedrohenden Unter-nehmens. Ein siebzehnjähriger Knirps, der Behling Fibor Stern, hecht entsetzliche Umwälzungen in seinem Hirn aus. Der neunzehnjährige Futteralmacher Rudolf Malina bricht kläglich weinend vor dem Gerichtstribunal zusammen. Ihn quält der Hunger, er ist obdachlos und hat keinen Kreuzer Geld. Er beneidet jene seiner Mitangeklagten, die nicht, wie er, auf freiem Fuße sind. Ach, wenn er's doch auch so gut hätte, wie die im Gefängniß. Der achtzehnjährige Zellinlet hat gar sich des

Hünen. Wir müssen diesen Vorgang des Widerspruchs inner-
halb des Bundesraths gerade als einen Vorzug betrachten gegen-
über dem Verhältnis, wie es bisher geherrscht hat, wo noch die
eiserne Faust auf allen Bundesrathsmitgliedern gelegen hat.
Wenn das, was Abg. v. Kardorff will, in Deutschland zur Gel-
tung käme, dann hätten wir keinen föderativen Staat mehr, dann
wären die außerpreussischen Mitglieder des Bundesraths nur
noch Statistiken. (Sehr richtig! links.) Die Erklärung des Abg.
v. Kardorff zwingt den Reichstag in seiner Verathung fort-
zufahren. Was die Regierung zu sagen hat, kann sie uns auch
später mittheilen. Die Erklärung des Herrn v. Mittnacht war
für keinen Menschen, der Zeitung liest, ein Geheimniß. Aus
dieser Ursache sich zu vertragen, halte ich des Reichstages für
unwürdig und bitte in dem ehrlichen Begräbniß fortzufahren.

Staatssekretär Graf v. Pofadowsky: Der Abg. Richter
erklärt einer Verthaltung zustimmen zu wollen, wenn der Reichs-
Schahsekretär einen solchen Antrag bejwörteten will. Die
Regierung hat keine Veranlassung, einen solchen Antrag zu
stellen. Die württembergische Regierung ist durchaus loyal ver-
fahren und hat auch nicht einen Augenblick einen Zweifel darüber
gesehen, daß ihr dieses Gesetz nicht sympathisch ist und daß sie
nicht dafür stimmen kann. Sie hat also in diesem Fall nur von
einem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht. (Sehr
richtig!) Daß alle Beschlüsse im Bundesrath stets einstimmig
gefaßt werden, ist nicht möglich. Andererseits kann die Regie-
rung sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß sie ein Gesetz
dann nicht einbringt; wenn einige Mitglieder dagegen gestimmt
haben. Trotz ihres Widerspruchs aber hat die württembergische
Regierung einen Beamten zur Vorberathung des Gesetzes
geschickt.

Württembergischer Ministerpräsident v. Mittnacht: Ich
bin dem Herrn Schahsekretär zu hohem Danke verpflichtet für
die Anerkennung der Loyalität. Ich möchte nur noch hinzufügen:
Ich habe sowohl dem Herrn Reichskanzler als auch dem Herrn
Staatssekretär des auswärtigen Amtes vorher mitgetheilt, daß
ich im Reichstage auch über das Protokoll von 1870 sprechen
werde. (Staatssekretär v. Marschall nicht bekräftigend.) Ich
habe also mit Wissen des Reichskanzlers die Sache hier zur
Sprache gebracht. (Auf: Was will denn Kardorff nun noch?
Große Heiterkeit links.)

Staatssekretär Febr. v. Marschall: Die württembergische
Regierung hat uns schon seit längerer Zeit Kenntniß von ihren
Absichten gegeben, und auch davon, daß sie ihre dissentirende An-
schauung bezüglich der Weinsteuern hier zum Ausdruck bringen
wolle. Selbstverständlich ist von unserer Seite nichts geschehen,
um sie an der Ausübung ihres Rechtes zu hindern.

Abg. Richter: Ich wollte nur den Vertretern der Regie-
rung Gelegenheit geben, nochmals zu erwägen, ob es nicht besser
wäre, die Vorlage zurückzugeben, nachdem sie in diesen Tagen
gesehen hat, daß sie im Reichstage fast gar keine Zustimmung
findet. Jedenfalls werden wir aber dasselbe erreichen, wenn wir
heute noch Schluß der Generaldiskussion den Gesetzentwurf nicht
erst in eine Kommission verweisen.

Abg. Graf Mirbach (nl.): Die Begründung des Antrages
Domnacher entspricht ganz unserem Standpunkt, wir bitten, die
Verthaltung zu beschließen.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Von verschiedenen Seiten des
Hauses ist gewünscht, daß die Regierung die Vorlage zurückzieht.
Dazu ist erst ein Beschluß des Bundesraths nöthig. (Abg.
Girschel (Antif.): Wir können uns doch aussprechen!)
Mir ist es nicht im Traum eingefallen, das verfassungsmäßige
Recht eines Bundesstaates zu bezweifeln (Gachen links), aber ich
habe noch nicht gehört, daß eine Vorlage der verbündeten Regierungen
in solcher Weise im Reichstage angegriffen ist. Wenn eine solche
Vorlage trotz des Widerspruchs Württembergs gemacht wird, so
sind die Zustände im Bundesrath nicht so, wie wir wünschen.
Daß unsere Wünsche mit denen der Herren Singer und Richter
nicht zusammenfallen, ist doch wohl klar.

Abg. Hammacher (nl.): Nach den Erklärungen vom Re-
gierungstische, daß der Vertreter Württembergs die zuständigen
Stellen in Kenntniß gesetzt hat von seiner Absicht, das Wort
der württembergischen Regierung mitzutheilen und dabei Bezug
zu nehmen auf die Verhandlungen des Jahres 1870, ist für einen
großen Theil meiner Freunde der Grund hinweggefallen, der
Verthaltung zugestimmt.

Abg. Richter: Wenn der Abg. v. Kardorff absolut nichts
mehr zu sagen weiß, dann sagt er, die Sache muß unrichtig
sein, weil Herr Richter und Singer dafür sind (Heiterkeit).
So sucht er sich heute herauszuheulen. Herrn Grafen Mirbach
entgegen, ich habe überhaupt keine einzelne Bundesregierung
kritisiert, sondern nur das Verhalten Herrn v. Kardorff's und die Reichs-

Verbrechen unterfangen, über die Einrichtung des Eigen-
thums" seine besonderen Gedanken zu haben, wie es ganz
erschütterlich! Soll man vor so schrecklichen Ausgeburten
nicht das Gruseln lernen? Leicht empfänglich und
regsam ist die Phantasie in der Zeit, da der Knabe
zum Jüngling reift. Ich kenne den nationalen Kriegsschaup-
platz in Böhmen. Ich habe selber mehr als ein Jahr
auf ihm zugebracht und erst als ich zum Manne reifte,
konnte ich die Größe der wirtschaftlichen Werthe über-
schauen, die dort im nationalen Jünger zerrieben und ver-
gendet werden. Ich weiß, welchen Jammer die Bour-
geoisenelemente heraufbeschwören, die in der Jugend den
engherzigsten nationalen Fanatismus schüren, auf ezechio-
slavischer, wie auf deutscher Seite; und ich weiß, wer die
Wasser trübt und dann in ihnen fischt. Die Lokalpotentaten,
das kleinstädtische Patriziat, die Gutsherrschaft, sie üben
Kraft der Herrschaft exklusiv-nationaler Befahrung die
anmaßendste Tyrannei, die ich bisher zu beobachten Ge-
legenheit hatte. Sie behalten immer zwei Eisen im Feuer,
sie sind der Hemmschuh gegen die proletarische Einigung.
Die überhöhte Phantasie in den Knabengemüthern der
Dmradnikten warf nun wunderliche Blasen. Aus-
schweifendster Nationalismus mengte sich bei ihnen mit
ganz dunklen, unklaren sozialistischen Begriffen. Ihr
nationales Ungesühl merkte, daß die altzeitliche Bour-
geoisie im Verband mit den Feudalherren nicht von
der heilig-patriotischen slavischen Flamme erfüllt sei,
wie sie es erwarteten. Von den kleinen Leuten hoffte
die Dmradnik wärmere Enthusiasmus. Daher ihre sozia-
listische Beimengung.

Das hat aber nichts zu schaffen mit den Anschauungen
der Klassenbewußten ezechio-slavischen Arbeitergruppe, die ja wider
den Sinn der jung-ezechio-slavischen Bourgeoisie besteht. Nun kam
das unselbige Ausnahmegesetz, das die Regierung erließ. In
jungen Menschenherzen flammte die Empörung gegen die Ver-
suche, über zu unterdrücken, doppelt heiß auf; und aus
Leuten, über deren Demonstrationen man sich kaum sonderlich
erregt hätte, wurden jene Verbitterten geschaffen, die den wirk-
lichen oder vermeintlichen Agent provocateur Mrva tödteten.
Nun konnte der große Geheimbundprozess begonnen werden.
Nun durfte man das Schauerstück vor den weit auf-
gerissenen Augen des bürgerlichen Publikums enthüllen;
nun ist abermals mit Glanz ein Don Quixotischer Preis
gewonnen gegen eine Schaar knochenhafter Träumer und
Schwärmer. Heil, dreifaches Heil der fürsorglichen Staats-
kunst, die solche Wunder zu Stande bringt! Alpha.

regierung, daß sie diese Vorlage bis zu diesem Stadium gebracht hat.
Nachdem die Regierungsvertreter uns heute schon gesagt haben,
was sie uns am Montag sagen könnten, kann die Aufrecht-
erhaltung des Verthaltungsantrages nur ein Gegenstand der all-
gemeinen Heiterkeit innerhalb und außerhalb des Hauses sein.

Abg. Lieber (B.): Wenn Herr v. Kardorff seinen Antrag
aufrecht erhält, damit die Regierung den Gesetzentwurf eventuell
zurückziehen kann, so ist das allerdings nur ein Verlegenheits-
behelf, der wirklich Heiterkeit erregt.

Abg. v. Kardorff: Ich verstehe es sehr wohl, wenn die
Partikularisten vom Centrum, von der Sozialdemokratie und
vom Freisinn (Oho! links und im Centrum) gegen die Ver-
thaltung sind. Ich will den Bundesstaaten ihr Recht wahren,
aber bei der Ungemüthlichkeit der Situation und der Abwesen-
heit des Reichskanzlers (Fortdauer großer Lärm links und
im Centrum) würde es richtig sein, wenn das Haus sich
verthaltete.

Abg. Richter: Die schärfste Front gegen die Regierung
geht gegenwärtig nicht von dieser Seite, sondern von der des
Abg. Kardorff aus, und zwar in Vertretung nicht eines allge-
meinen, sondern eines vermeintlichen Sonderinteresses. Wenn
Herr v. Kardorff jetzt mit mir den Wunsch theilt, daß die Re-
gierung den Entwurf zurückzieht, so wird dieser gemeinsame
Wunsch vielleicht seinen Eindruck auf die Regierung nicht ver-
fehlen. (Heiterkeit.) Dazu bedarf es keiner Verthaltung, wir sind
sehr gern bereit, den Entschluß der Zurückziehung auch brieflich
in den Drucksachen entgegenzunehmen. (Heiterkeit.) Herr v. Kar-
dorff ist sehr erregt (Abg. v. Kardorff: Gar nicht!), aber
eine größere Autorität als ich, Fürst Bismarck, hat jüngst
Interviewern gegenüber lebhaft bedauert, daß die Mitglieder des
Bundesraths ihren besonderen Standpunkt nicht frank und frei
im Reichstage zum Ausdruck brächten. Das ist geschehen, und
nun ist es den Jüngern des früheren Reichskanzlers auch wieder
nicht recht.

Abg. Lieber: Herr v. Kardorff sucht meine Freunde mit
den Freisinn und den Sozialdemokraten zusammen als Parti-
kularisten an die Wand zu malen. Ich wundere mich, daß er
erst heute dahinter kommt, daß wir uns stets als eine födera-
listische Partei bekannt haben. Mit dem Hinweis auf die Ab-
wesenheit des Reichskanzlers ist er päpstlicher als der Papst,
reichskanzlerischer als der Schahsekretär, nach welchem die
Regierung kein Interesse daran hat, wegen der Erklärung des
würtembergischen Ministers zu verthalten. Dabei konnte sich auch
Herr v. Kardorff beruhigen.

Präsident v. Levetzow stellt hierauf die Unterthaltungfrage
für den Antrag v. Kardorff, wobei sich nur die wenigen
anwesenden Mitglieder der deutschkonservativen und der Reichs-
partei und die nationalliberalen Abg. Böcher und
Wassche erheben. Unter großer Heiterkeit stellt der Präsident
fest, daß diese Unterthaltung nicht die erforderliche Zahl von
80 Mitgliedern ausmache. Der Antrag v. Kardorff ist
damit erledigt.

Abg. Dr. Blauenhorn (natl.) erhält darauf in der Fort-
setzung der Debatte über das Weinsteuergesetz das Wort, während
das Haus sich stark leert und die Zurückbleibenden in lebhafter
Unterhaltung verharren. Redner tritt als Vertreter Badens
und als Weinbau treibender Grundbesitzer ebenfalls gegen die
Vorlage auf. In Baden sei mit ganz verschwindenden Aus-
nahmen der Weinbau in den Händen der kleinsten Leute; fast
jeder Tagelöhner habe seine Rebe und sei auf deren Ertrag an-
gewiesen. Der Staat juche selbst das drückende der Landes-Wein-
steuer thunlichst zu mildern; er stelle Staatsmittel zum Bezuge
künstlicher Düngemittel zur Verfügung und habe gewisse
Steuerbefreiungen in Betracht gezogen. Wie solle man es
nun verstehen, wenn auf der andern Seite eine so drückende
Neubelastung in Gestalt einer Reichs-Weinsteuer aufgelegt wird?
Könnte die Weinsteuer zur Einführung, so würden die guten
Weine über 50 M. einfach verschwinden müssen, weil der
Gehälter die Steuer dafür nicht würde entrichten wollen. Der
Anbau guter Sorten werde dadurch zur Unmöglichkeit gemacht.
Baden habe bereits eine solche Werthsteuer auch gehabt; mit
dieser sei es aber so gekommen, daß trotz aller Kontrollmaßregeln
die Defraudationen an der Tagesordnung waren. Die badische
Weinproduktion sei bereits hart getroffen durch das Weingeseh
von 1892, welches der Kunstweinsfabrikation geradezu Vorhub
geleistet habe, mehr aber noch durch die Orabiegung der Wein-
zölle in den Handelsverträgen und die dadurch vermehrte Kon-
turrenz nicht bloß des italienischen sondern auch des öster-
reichisch-ungarischen und französischen Weines. Im Interesse
der Weinproduzenten und des realen Weinhandels bitte er um
möglichst einmüthige Ablehnung des Gesetzentwurfes. (Weifall
links.)

Abg. Girschel (Antif.): Meine Partei wird ebenfalls gegen
die Steuer stimmen, weil sie einen Zweig der Landwirtschaft
und weite Volksklassen schwer belasten würde. Weit verbreitet
ist die Meinung im Volke, daß diese ewigen neuen Steuer-
vorlagen nur gemacht würden, damit neue Beamtenstellen geschaffen
würden, um die stets Jahr für Jahr wachsende Zahl der
Militärminister unterzubringen. Hier sehen wir einen Finger-
zeiger mehr für die Dringlichkeit der Ablehnung der Vorlage.
Um so eifriger sind wir für eine möglichst hohe Besteuerung des
Kunstweins. Die Vorlage aber lehnen wir ab.

Abg. Joest (Soz.): Nach § 21 des Entwurfes sollen die
Steuerbeamten jeder Zeit Eintritt in die Keller und in die Lager
der Weinhändler haben. Daraus geht hervor, daß die Kontroll-
behörden auch des Nachts zu jeder Zeit aller Zugänge der
Ortspolizeibehörde eine Revision der Keller vornehmen können.
Wo finden sie wohl eine gleiche Bestimmung? Nur nach der
Strafprozess-Ordnung kann unter gewissen Voraussetzungen eine
Durchsuchung der Wohnung in der Nacht erfolgen. Einem Ver-
brecher verdächtiger Personen also, bei denen solche nächtlichen
Hausdurchsuchungen vorgenommen werden, würden die Wein-
händler gleichgestellt. Es ist viel darüber gestritten,
ob Wein eigentlich ein Luxus sei. Luxus ist eigentlich nichts.
Es kommt immer darauf an, wie es produziert und konsumiert
wird. Wenn man die Wein produzierenden Provinzen in Be-
tracht zieht, so ist die Beantwortung der Frage sehr leicht. In
Ablehnung ergibt die Weinsteuer einen Ertrag 1 223 000 M.,
und diese Steuerlast wird getragen von rund 307 000 Personen.
Es ist schon mit Recht von dem Abg. Payer darauf aufmerksam
gemacht, daß die Einführung der Reichs-Weinsteuer zur not-
wendigen Folge eine Landes-Weinsteuer haben müsse. In Oester-
reich würde sich eine Belastung von 6 M. auf den Kopf jährlich er-
geben. Man streitet darüber, ob der Winger von der Steuer
getroffen werden wird. Aber auch hier gilt der Satz, daß der
wirtschaftlich Starke immer schließlich über den wirtschaftlich
Schwachen siegen wird. Der große Weinhändler, der Kapitalist,
wird dem Winger vorzuziehen, unter welchen Bedingungen er
verkauft kann. Die Ringbildung wird in Zukunft noch leichter
sein. — Obgleich in diesem Jahr der Wein wesentlich
besser ist als in dem Vorjahr, so ist doch der
Preis ein erheblich geringerer. In den Motiven ist
erklärt, daß die ausgleichende Gerechtigkeit es erheische, den
Wein zu besteuern. Wir sind aber erfahrene Gegner aller indirekten
Steuern und die Ausbildung dieses Systems bedeutet die Ver-
stärkung und Befestigung des Kapitalismus und dem können wir
Sozialisten selbstverständlich nicht zustimmen. Mein Freund Dieck
hat ganz recht: Würden diese Reben auf dem Grund und Boden
des Rittergutsbesizers wachsen, so würde der Reichstag sich nie-
mals mit einer solchen Vorlage zu beschäftigen gehabt haben.
So aber mußten Sie erleben, daß der königlich preussische Finanz-
minister, auf den diese Vorlagen wohl doch schließlich zurück-
geführt werden müssen, nicht annähernd dasselbe Wohlwollen
gezeigt hat, das er für die Großgrundbesitzer des Westens gezeigt
hat. Ich würde bedauern, wenn unsere Agitatoren es verkümmern,
die Kontrollvorchriften dieses Gesetzes als abschreckendes Produkt
des gegenwärtigen, nicht etwa des Zukunftsstaates, zu verwenden.

Man hat gesagt, wenn die billigeren Weine durch die Steuer ge-
drückt würden, sollte man nur Qualitätsweine bauen. Aber der Herr
Schahsekretär sollte doch wohl selbst wissen, daß der Bau solcher
Weine nicht bloß vom Winger, sondern auch vom Boden und
Klima abhängt. Wie wir uns immer gegen jede indirekte Steuer
erklärt haben, so werden wir auch dies Mal gegen
den vorliegenden Entwurf stimmen. (Weifall bei den Sozial-
demokraten.)

Abg. Golbus (Eisasser) erklärt, daß er in Uebereinstimmung
mit allen eissassischen Abgeordneten und ihren Wählern die Vor-
lage ablehne, weil sie den deutschen Weinbau ruiniere und die
Branntweinpest, den Alkoholismus befördere werde, der
tausend Mal schlimmer als Influenza, Typhus und Cholera die
Bevölkerung verweise.

Darauf wird der Schlußantrag angenommen und die Vor-
lage an die Stempelsteuer-Kommission verwiesen.

Die Abgg. Siegel, Mundel, v. Seyl, Silyert und
Lender führen Klage darüber, daß ihnen durch den Schluß der
Debatte das Wort abgeschnitten ist.

Einige Preßstimmen

über die glorreiche Polizei-Attake des 18. Januar
verdienen noch vorgeführt zu werden.

Zu der „Vossischen Zeitung“ ist endlich wenigstens ein Bruch-
theil von Schamgefühl zurückgekehrt, wenn sie auch ihrer frei-
willigen Natur nach die schändliche verleumdete Polizei nach Gebühr
zu schätzen sucht.

Zwofelsächlich scheint festzustellen, meint sie, daß die Arbeits-
losen im Begriff waren, ruhig auseinander zu gehen, als die
Polizei auf sie einbrang; von einem Widerstande gegen die
Anordnungen der Polizei ist nichts bekannt geworden.
Ob wirklich, wie der amtliche Polizeibericht schreibt,
von einer Anzahl Personen der Versuch gemacht ist,
sich zu einem Zuge zusammenzuschließen, oder ob dies
nur eine vorläufige Annahme der dort aufgestellten Polizei-
mannschaften war, möge unentschieden bleiben. Von unbetheiligten
Personen, die als Berichterstatter oder in anderer Eigenschaft der
Versammlung bewohnten, wird aber einstimmig ausgesagt, daß
ein Grund zu dem schroffen Auftreten der Polizei in der Haltung
der Arbeitslosen nicht gefunden werden konnte. Zum
Theil wurden Personen, die ruhig ihres Weges gingen, mit
Gummischläuchen und Stöcken behandelt. Nachdem nun von
wegen der Todtschlagaffäre bei den „Februarwahlen“ der Polizei
das Fell gestreichelt wird, meint die Vossin schließlich, daß es
wohl an der unrichtigen Leitung gelegen haben möge, wenn die
Polizeibeamten ohne ernstlichen Grund dazwischen schlugen.

Etwas energischer als die vorsichtig taktende Tante Voss
behandelt zu unserer Ueberraschung die „Kölnische Zeitung“
den Angriff vom Donnerstag Morgen. Sie hält zwar den maß-
vollen Bericht, den wir am Freitag brachten, für übertrieben;
ihre Meinung geht aber doch dahin, richtig ist es, schreibt sie, daß
die Polizei wieder einmal an falscher Stelle ein Uebermaß
von Eifer gezeigt hat, daß in hohem Grade bedauerlich
ist. Gerade in unsern Zeiten sollte die Polizei es sorgsam ver-
meiden, sich den Arbeitern gegenüber moralisch ins Un-
recht zu setzen und dadurch Erbitterung zu erregen
und die Möglichkeit zu aufregenden Uebertreibungen zu
geben, die dann von den Führern der Sozialdemokratie mit
bekanntem Geschick ausgebeutet werden. Schon sehr oft hat
darauf hingewiesen werden müssen, daß die Berliner Polizei,
was Menschenbehandlung betrifft, nicht auf der Höhe
der Zeit steht und daß sie es namentlich nicht zu begreifen
scheint, welcher Unterschied besteht zwischen einer ruhigen
Menschenmenge und einer Ausschreitungen begehenden Bande.
Daß sie letztere in der rücksichtslosesten Weise auseinanderprengt,
finden wir begreiflich und durchaus am Orte, ruhige Leute soll sie
aber in Ruhe lassen und namentlich nicht von ihnen das Unmögliche
verlangen. Unmöglich ist es aber, daß eine von Menschen dicht
gedrängte Straße sich auf Befehl der Polizei in einem Augenblick
entleert. Dazu muß Zeit gelassen werden, und wenn die Polizei,
statt das zu begreifen, sofort gegen die Leute gewaltiam vorgeht,
so giebt sie selbst den Anlaß zu den Unordnungen,
die sie zu verhüten berufen ist. Es könnte nicht schaden, wenn
die Spitze unserer Berliner Polizeiverwaltung einmal von
oben her darauf aufmerksam gemacht würde, daß in dieser Be-
ziehung eine bessere Anweisung unserer Schulleute durchaus
nöthig ist.

Anerkennend äußert sich die „Volks-Zeitung“ über die Be-
sonnenheit der Arbeitslosen, die es allein verheißt hat, daß es
am Donnerstag Morgen nicht zu dem von reaktionärer Seite so
schändlich erwünschten großen Aderlass gekommen ist.

Dem Ordnungssinn der Berliner Arbeiter, so lautet ihr
Urtheil, stellen die sich an die Arbeitslosen-Versammlung vom
Donnerstag anknüpfenden Vorgänge ein ehrenvolles Zeug-
niß aus. Das ist nicht zu einem größeren „Quack“ gekommen
ist, ist ihrer rühmlichen Besonnenheit zu danken.
Um das anerkenntswerthe Verhalten der Arbeiter richtig zu
würdigen, so meint sie weiter in einer drastischen Gegenüber-
stellung, braucht man sich nur einmal die Frage vorzulegen,
welchen Verlauf wohl die Sache genommen hätte,
wenn beispielsweise bei der berühmten Livoli-Ver-
sammlung der „nothleidenden“ Agrarier sich Vor-
gänge ähnlich denen am Donnerstag abgespielt hätten.
Dort, in der Livoli-Versammlung, waren die Gemüther durch
aufregende Reden, durch Demonstrationen aller Art, wie Hoch-
rufe auf Ahlwardt'sche Gesinnungsgenossen u., durch Bier- und
Weingenuß auf äußerste erhitzt. Es hätte bei solcher Stimmung
der Versammlung, in der namentlich auch Anhänger des Berliner
Kadaver-Antifemismus zahlreich erschienen waren, nur eines ganz
geringen „Mißverständnisses“ bedurft, um möglicherweise recht
unheilvolle Konsequenzen zu zeitigen. Glücklicher-
weise ist damals alles ohne Unfall abgelaufen, zum
Theil auch wohl deshalb, weil die Polizei eine
große Zurückhaltung beobachtete. Es ist dringend
zu wünschen, daß die Polizei bei allen ähnlichen
Massenversammlungen sich so weit im Hinter-
grund hält, wie irgend möglich.

Das ist richtig. Will die Regierung einen neuen 18. März
möglichst weit hinten an halten, und die aus den berühmten
„Mißverständnissen“ resultirenden, bekanntlich sehr zweifelhafteigen
Unruhen ernsthaft vermeiden, so ist es das erste Erforder-
niß, daß sie Versammlungen überhaupt nicht
mehr mit Polizei belästigt. Möge sie, so lange
sie noch besteht, sich das nächst erweisen, wo es im Interesse der
öffentlichen Ordnung wirklich von nöthen sein mag.

Ins Komische verfällt übrigens die „Volks-Zeitung“, wenn
sie ihren kurzen Artikel mit folgendem Sermon schließt:

Der Einzelne, der schuldlos unter etwaigen Uebergriffen der
Exekutivorgane zu leiden haben sollte, wahre sein gutes Recht
durch Geltendmachung der ihm zu stehenden gesetzlichen
Ansprüche und Sorge im Uebrigen dafür, daß der Schuldige
seiner Strafe nicht entgehe!

Ob der Tausend! Sind der Volks-Zeitung denn die ver-
schiedenen Affären unterem Sozialistengesetz, so z. B. die Frank-
furter Friedbofsmezelei mit ihren Folgen für die Schuldigen
schon gänzlich aus dem Gedächtniß verschwunden?

Energisch mahnt übrigens die „Berliner Zeitung“ den Stand-
punkt des Rechts. Unter der Ueberschrift: „Die schneidige
Attake“ bringt sie folgenden Artikel:
„Der Herr Polizei-Präsident hat eine genaue Untersuchung
angeordnet“, — nun ist ja alles gut und die Gemüther können

sch beruhigen. In der That, in die stürmenden Wogen einer Entrüstung, die nachgerade aller billig und menschlich Empfindenden sich bemächtigen mußte noch dem glücklichen Gesichte der Polizei gegen die ruhig ihres Weges dahinziehenden Arbeitslosen, in die Wogen greift man das Ziel der Beruhigung: „Der Herr Polizeipräsident hat eine genaue Untersuchung angeordnet“. Und gegen wen wird sie sich denn richten, diese Untersuchung? Mit Verlaub, Herr Polizeipräsident, wenn einmal ein Schuhmann gelegentlich eine Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse sich zu Schulden kommen läßt, dann mag man eine Untersuchung anordnen. Viel kommt dabei in der Regel freilich nicht heraus, wenigstens nicht für den Schuhmann, da bei uns über den gegen Polizisten gerichteten Beschwerden ein merkwürdiger Unfirt schwebt. Aber was soll denn jetzt diese Untersuchung den obersten Stellen der Berliner Polizei Neues bringen?

Ein Schuhmann handelt wohl einmal versehentlich gegen eine bestimmte Unterweisung. Aber ein Massenaufruf von berittenen und von Fuß-Schulzeuten und von Kriminalbeamten in Zivil entwickelt sich doch nicht von selber. Und es muß doch in diesen Polizeimassen ein einheitlicher Geist gewesen sein, als sie auf der ganzen Linie zu Pferde und zu Fuß in die Scharen der sich ruhig fortbewegenden, nicht die Spur eines Widerstandes aufweisenden Arbeitslosen hindrangen und mit blander Waffe und mit Gummischläuchen blind einhieben. Und wenn man wehrlose, ruhige Leute im Geite des Heldenthums weit verfolgte, um dem Einzelnen die Kraft der Polizei „schlagend“ zu beweisen, und wenn bereits, gewissermaßen auf Vorrath, blant gezogen wurde, ehe noch die geringste Möglichkeit einer gefesseltigen Rundgebung vorlag — wie berichtet worden —, so sage man uns doch gefälligst, was denn die „genaue Untersuchung“ noch ergeben soll! Die Berliner Polizei mag manches für und manches gegen sich haben, jedenfalls steht sie nicht in dem Maße, daß Anarchie in diesem an Macht und Umfang gewaltigen Betriebe besteht. Man hat bisher angenommen, daß die staatspolizeiliche Thätigkeit der Berliner Polizei von einer Stelle aus einheitlich und zielbewußt geleitet werde, und man hat noch niemals die Meinung gehegt, daß die deklaratorische Herausforderung städtischer Staatsbürger zum Widerstand gegen die Staatsgewalt, zu gewaltthätiger Vertheidigung des unverbindlichen Privatunternehmens etlicher mehr oder minder schneidiger Schulzeute sein könne. Sollte die „genaue Untersuchung“ darüber eine andere Ansicht herbeiführen, sollte sie ergeben, daß in der That diese Massen von Schulzeuten die kühnste Leistung gehabt haben, nur bei Gefesverletzungen und insbesondere bei offenem Widerstand einzuschreiten, so wäre es doch sehr zu beklagen, daß der Herr Polizeipräsident von Berlin mit einem Beamtenmaterial arbeiten muß, welches so leicht etwas — mißverstehen kann.

Erwähnenswerth sei zum Schluß noch eine interessante Mitteilung, die der „Vollstzzeitung“ zugegangen ist und die die schöne Harmonie zwischen Post und Polizeibehörde treffend beleuchtet: Ueber die gestrige Veranlassung der Arbeitslosen und das Einschreiten der Polizei gegen die von bannem Ziehenden hat das Postliche Bureau nach außerhalb einen offiziellen, farblosen Bericht verbreitet. Mit diesem Bericht stimmten die Telegramme, welche mehrere hiesige Vertreter fremder Zeitungen abschickten, nicht ganz überein. Bei einigen Depeschen war die Abweichung sogar eine so wesentliche, daß das hiesige Haupt-Telegraphenamnt den Inhalt bearbeitete und die Beförderung der so abgefaßten Telegramme verweigerte. Das Amt begründete diese Maßregel damit, daß die Depeschen Uebertreibungen und Entstellungen des wahren Sachverhalts enthielten. Eine Entstellung wurde z. B. darin gefunden, daß die bewußten Depeschen von Verwundungen sprachen, welche eine Anzahl Leute durch das Vorgehen der Polizei erlitten hatte.

Eine amtliche Aufklärung über die Affäre ist auch heute noch nicht erschienen. Das spricht Bände!

Lokales.

Die Arbeitslosen-Versammlungen, die am Montag, Morgens 10 Uhr, in fünf größere Lokalitäten abgehalten werden, bieten den Berliner Arbeitslosen Gelegenheit zu zeigen, wie groß die Noth in Berlin ist und wie dringend die Verpflichtung der Gesellschaft ist, derselben abzuhelfen. Jeder Arbeitslose, der es versäumt, an der Versammlung theilzunehmen, versündigt sich an den Interessen seiner Klasse!

Wie kam es nur? Wie von den Sonnabendblättern übereinstimmend gemeldet wird, ist die von dem Metallarbeiter Litzin in der Arbeitslosenversammlung vom Donnerstag gemachte Mittheilung, daß der Einberufer der Versammlung, Kobrian, verhaftet worden sei, eine irrthümliche gewesen. Litzin ist nicht verhaftet worden; Kobrian war nicht verhaftet. Die ferner übereinstimmend bekundet wird, war der angekündigte Referent, Dr. Gumplovicz, in der Versammlung nirgendwo zu entdecken.

Wie reimen sich diese seltsamen Dinge zusammen? Wie reimt sich diese Thatsache namentlich mit dem offensativen Aufgebot der Schuhmannschaft, der Kriminalbeamten und der Achtgrochen-Jungen zusammen, die nachher Mann für Mann an der wehrlosen Menge so tapfer ihr Mäthchen zu lählen wußten?

Werden die Wissenden Antwort auf diese Frage geben? Sie werden sich hüten!!!

Kestgenagel zu werden verdient auch die Stellungnahme des Berliner „Intelligenz-Blatt“ zu den Vorgängen im Friedrichshain. Das Blatt, dessen Redaktion sich kürzlich soviel auf „eine objektive Versammlung“ berief, (H) einbildete und damit die Arbeiter zu lobern sucht, schrieb in seiner Freitag-Nummer: Die Polizei wäre durch das Jöhlen der Menge zu ihrem Vorgehen veranlaßt worden. Das ist direkt gelogen. Selbst die „Staatsbürger-Zeitung“ erklärt in ihrer Abendausgabe vom Freitag, daß die Menge ruhig auseinander ging, gleichwohl aber von der Polizeimacht angegriffen worden sei. Sie erhalte von ganz zuverlässiger Seite geschilderte Einzelheiten, die so unglücklich klingen, daß sie aus preisgefühlichen Bedenken mit dieser Veröffentlichung zurückhalten müsse. Das „Intelligenz-Blatt“, hat seinen etwaigen Irrthum zu berechnigen, schweigt sich in seiner Sonnabend-Nummer vollständig über diese An-

gelegenheit aus. Jedenfalls recht bezeichnend für das Polizeiblatt selbst und seine „objektiven Berichte“.

In den demnächst bevorstehenden Landgemeinderathswahlen. In den sechs östlichen Provinzen scheiden jetzt in allen Landgemeinden Vertretungen je ein Drittel der Gemeindevertreter aus. Für diese Ausschreibungen werden neue Vertreter (oder auch die alten wieder) gewählt. — Die Ergänzung- und Ersatzwahlen finden im März d. J. statt. — Die Wählerlisten liegen in allen Landgemeinden der sechs Provinzen an der zuständigen Stelle (in den meisten Fällen wohl im Gemeinde-Amtshause) in der Zeit vom 15. bis 30. Januar zur Einsicht der Wähler aus. Wer nicht in der Liste steht, ist nicht wahlberechtigt! Versäume daher Niemand, sich zu überzeugen, ob er in die Wählerliste eingetragen ist.

Wahlberechtigt ist Jeder, der 21 (vierundzwanzig) Jahre alt ist, einen eigenen Hausstand (d. i. eigene Wohnung) besitzt und nicht durch richterliches Erkenntniß die Verfügung über sein Vermögen verloren hat (Schlafente, Knechte, Hausknechte und Aftermiether sind nicht wahlberechtigt). — Außerdem muß jeder Wähler Angehöriger des Deutschen Reiches (nicht nur Preusse) sein, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen, seit einem Jahre im Gemeindebezirk wohnen, keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen und die auf ihn entfallenden Gemeinde-Abgaben gezahlt haben. — Schließlich muß jeder Wähler entweder ein Wohnhaus in der Gemeinde besitzen, oder von seinem gesammten, innerhalb der Gemeinde beliegenden Grundbesitz einen Jahresbetrag von mindestens drei Mark an Grund- und Gebäudesteuer bezahlen, oder zur Einkommensteuer veranlagt sein, oder zu den Gemeinde-Abgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 600 Mark herangezogen sein.

Thue jeder seine Pflicht! Für **Pankow** liegt die Wählerliste vom 15. bis 30. Januar dieses Jahres im Gemeindegemeinschaftshause in Pankow, Breitestr. 5, während der Geschäftsstunden zur Einsicht aus. Für diejenigen Genossen, welche verhindert sind, die Liste selbst einzusehen, haben sich erboten einzusehen die Genossen **Karl Hoffmann**, Kaiser Friedrichstr. 15 und **Wilj. Schulze**, Schulze.

In **Stralau** liegen die Listen gleichfalls vom 15. bis 30. Januar während der Dienststunden im Gemeindegemeinschaftshause aus. Parteigenossen welche zum Einsehen der Listen keine Zeit haben, wollen ihre Adresse bei der Vertrauensperson **Karl Seig**, Dorfstr. 46a III einreichen. Letzterer wird in solchen Fällen gern die Listen nachsehen.

Zum Nothstand. Während der Magistrat es ängstlich vermeidet, offiziell anzuerkennen, daß ein Nothstand unter der arbeitenden Bevölkerung Berlins vorhanden ist, sprechen die Thatsachen so deutlich dafür, daß ein Nothstand selbst dem dreifachen Vorgehois, sofern er erst genommen sein will, nicht mehr möglich ist. Wir wollen hier gar nicht zurückkommen auf die Ueberfüllung des Asyls für Obdachlose und der Wärmehallen; es ist das nicht nötig, der nun einmal herrschende Nothstand tritt in immer neuen Formen in die Erscheinung. Im Bureau der Kris-Krankenkasse der Maler, Spandauerstr. 2a, mußten heute dreihundert Kranke statt des Krankengeldes, das sie erheben wollten, mit der Mittheilung vorlieb nehmen, es gebe kein Geld, weil kein in der Kasse sei. Der Reservefonds der Kasse ist ausgezehrt, Beiträge von Mitgliedern kommen nicht ein, weil kein Maler oder sonstiger Berufsgenosse Arbeit hat, und an den Magistrat scheint das Ersuchen um Hergabe eines Vorschusses vergeblich gewesen zu sein. Das ein solches Gesuch gestellt war, berichteten am Anfang dieser Woche mehrere hiesige Blätter; wie wenig es gefruchtet hat, geht aus der Zahlungsunfähigkeit der Zwangskasse hervor. Die städtische Verwaltung hat Geldmittel wohl für Fürstenermpfänge, Forderbecken und dergleichen, aber nicht für arbeitslose Bürger, ob dieselben nun gesund oder krank sind.

Eine Reorganisation des Stadtbahn-Verkehrs in Verbindung mit dem Vorortverkehr wird seitens der Direktion der Stadt- und Ringbahn geplant, und dürfte das Projekt voraussichtlich am 1. Oktober d. J. zur Ausführung gelangen. So wie bereits jetzt der Vorortverkehr der Grlitzer Bahn über die Stadtbahn geleitet, die Vorortzüge Grünau-Stranewald zwischen Station Treptow - Charlottenburg als Stadtbahnzüge eingeschaltet werden, sollen auch von diesem Zeitpunkt ab alle anderen Züge nach den verschiedenen Vororten, soweit dieselben durch die Extraleise in Bahnverbindung mit der Stadt stehen, in derselben Weise behandelt werden, wie die Vorortzüge der Grlitzer Bahn. Wenn dieses Projekt zur Durchführung gelangt, würde man zu einer Fahrt nach Potsdam, Spandau, Friedrichshagen nicht mehr die Fernbahnhöfe, wie Schlesischer Bahnhof, Alexanderplatz, Friedrichstraße u. s. w. aufsuchen müssen, sondern man würde auf jedem beliebigen Stadtbahnhof, wie Jannowitz-Brücke, Heister Bahnhof u. s. w. die Züge nach den Vorortstationen besteigen können. Außerdem soll in kürzester Zeit — vielleicht schon mit Beginn des Sommer-Fahrplans — eine theilweise Ermäßigung der Vorort-Fahrtpreise eintreten.

Glücklich ist, wie eine hiesige Korrespondenz meldet, der aus der Bewegung der Berliner „Anabhängigen“, resp. Anarchisten bekannte Maler Victor Dubz, welcher am 8. August 1893 zu Köln a. R. geboren, mithin 25 Jahre alt ist. Da gegen ihn eine durch vollstreckbares Urtheil des königl. Landgerichts I Berlin vom 30. Mai vorigen Jahres erkannte Gefängnißstrafe von 6 Monaten vollstreckt werden soll, hat die königliche Staatsanwaltschaft I Berlin gegen ihn einen Steckbrief unter dem 16. d. M. erlassen.

Ein „schwerer“ Diebstahl ist vorgestern Mittag in einer Weichierstube am Hohen Steindweg ausgeführt worden. Der Hof-Klempnermeister A. war dort zufällig als Gast anwesend und bemerkte, als er seinen Blick nach der Zimmerdecke richtete, daß der Brenner einer großen Intensivlampe schief sah. Auf Veranlassung des Wirthes ließ A. einen Arbeiter kommen, der die etwa 50 Pfund schwere Lampe abschraubte und vorläufig in einen Nebenzimmer legte. Diesen Augenblick hat ein Dieb benützt, um sofort den schweren Gegenstand an sich zu nehmen. Die Polizei hat den dreifachen Spitzbuben bisher nicht ermitteln können.

Verhaftet ist der Handlungsgehilfe Hans R., der sich bei einem hiesigen Kunstschmiedemeister in Stellung befand. Ihm lag es ob, die Lohnlisten aufzustellen; er hat dabei seinen Prinzipal in der Weise geschädigt, daß er den Gesamtbetrag der Löhne höher angab, als sie in Wirklichkeit waren, und sich

den Mehrbetrag auch auszahlte ließ. Der Prinzipal hat die Summe, um die er betrogen ist, auf 3000 M. festgesetzt, dabei aber die Möglichkeit, daß es sich noch um einen höheren Betrag handelt, offengelassen. — Ferner ist ein Dr. jur. B. verhaftet, der bereits wegen Betruges mit 6 Wochen Gefängniß bestraft war. Er wird beschuldigt, einen über 2000 M. lautenden Wechsel, der ihm zur Diskontirung übergeben war, sich rechtswidrig angeeignet zu haben. Endlich sind noch zwei Burschen zur Haft gebracht worden, die kaum das strafmündige Alter erreicht haben und mit zwei Altersgenossen eine Diebesbande gebildet haben. Die jugendlichen Verbrecher haben besonders in der Zentralmarktstraße gewirkt, dann aber noch zahlreiche andere Diebstähle durch Abhängen von Schaukästen ausgeführt. Die letzteren Orte wollen sie nicht näher bezeichnen können.

Polizeibericht. Am 18. d. Mts. Abends wurde ein Mann auf dem Boden eines Hauses in der Chorinerstraße und am darauffolgenden Tage Mittags ein Wöthler auf seiner Arbeitsstelle in der Weisenburgerstraße erhängt vorgefunden. — Am 19. d. Mts. Vormittags wurde im Landwehr-Kanal, gegenüber dem Försterhause, die Leiche einer Frau aus dem Wasser gezogen. — In der Fruchtstraße ging Abends das Pferd eines Geschäftswagens durch und rannte, nachdem es einen Arbeiter zu Boden gerissen, vor dem Hause Nr. 21 gegen eine Laterne, so daß der Fahrer des Wagens auf den Straßendamms geschleudert wurde. Der Arbeiter wurde erheblich verletzt, während der Fahrer nur geringe Verletzungen erlitt. — Im Laufe des Tages fanden drei kleine Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Omladina-Prozess. Mittags wird das Verhör des 17jährigen Schriftsetzers Kauer fortgesetzt. Derselbe wird beschuldigt, außer den in der Anklage enthaltenen Verbrechen, in der Untersuchungsstelle hochverrätherische Aeußerungen gethan zu haben, leugnet dies jedoch. Der 21jährige Komptorist Rudolf erklärte sich als Revolutionär, jedoch nicht als Revolutionär der That. Der Angeklagte entwickelte sein sozialistisches Programm, das nicht verbrecherisch sei, wogegen er die verübten Verbrechen als verbrecherisch gelten lassen will. (Dieselben betreffen die Veruntreuung höherer Geldebträge.) Angeklagter erklärte, er habe nur an der Demonstration am weißen Berge theilgenommen, was die Pflicht eines jeden Gegeben gewesen. Der 16jährige Vorkellnermeister Feyfar bleibt zu Penken in der Redaktion des Arbeiterblattes „Das Narada“ eingeschlagen zu haben, weil er sich durch die gemäßigten Haltung dieses Blattes beleidigt gefühlt habe. Das Betragen des Angeklagten ist so unziemlich, daß der Präsident erklärt, eine solche Freiheit sei ihm noch niemals vorgekommen, und Befehl erteilt, den Angeklagten sofort abzuführen. Hierauf entspringt großer Lärm unter den Angeklagten. Die Vertheidiger springen von ihren Plätzen auf; Vertheidiger Just bittet für den Angeklagten um Nachsicht, während die anderen Vertheidiger sich gegen Just wenden, und die Angeklagten Partei für Feyfar nehmen. Der Präsident erklärt, noch einmal Nachsicht walten lassen zu wollen, worauf das Verhör Feyfars beendet wird. — Der 19jährige Handlungsgehilfe Legler, welcher wegen Waarenverschleppung verhaftet wurde und in der Untersuchungshaft die ersten Angaben machte, die zur Entdeckung der Omladina führten, erklärt heute, bei jenem ersten Verhör durch den Kerkermeister betrogen worden zu sein und daher nicht gewußt zu haben, was er aus sagte. Er wisse nichts von der Omladina und kenne keinen der Angeklagten. Der Präsident ermahnt ihn, keine Mährchen auszusprechen.

Im ferneren Lauf der Verhandlung wurden zwei Angeklagte verhört, welche alles widerriefen, was sie bei der Polizei zu Protokoll gegeben hatten, da sie in der ersten Angst und Verwirrung nicht gewußt hätten, was sie aus sagten. Aufhörtlich der Erkennung eines Angeklagten protestirten die Vertheidiger neuerdings in einem Telegramme an den Justizminister gegen die gesundheitswidrigen Räume. Der Vorsitzende schickte den Gerichtsarzt zu dem Erkrankten, welcher aber nicht zu Hause war.

Versammlungen.

In betref der Magdeburger Schuhmacher-Versammlung geht uns von dem Unterzeichneten folgende Berichtigung zu: Ich habe nicht behauptet, daß Karl Fleischer hinter dem Rücken der Streikenden geschminkt hat, sondern von August Fleischer gesprochen. Auch habe ich nicht gesagt, man kann ohne Geld streiken, sondern als die Hauptaufgabe einer Organisation die geistige Aufklärung bezeichnet; dies treffe auch beim Streik zu. Ferner habe ich nicht behauptet, daß mich ein Magdeburger Kollege mit dem Messer bedroht hat. Dieser Vorfall hat sich in Mittenwalde abgepielt.

Vergnügungsverein „Italia“. Heute, Sonntag, den 21. d., Abends 6 Uhr, im großen Saal von Roland, Gassestr. 22: Fideletas, Tanz, Entree frei. Gäste willkommen. Am 27. Januar: Wiener Wastentball.

Vergnügungsverein „Seitler Gesellschaft“. Heute, Sonntag, den 21. Januar, Abends 6 Uhr, im Grottenaal bei Falck, Hauptstraße Nr. 6: Fideletas, Tanz.

Vergnügungsverein „Acania“. Heute, Sonntag, den 21. Januar, Abends 6 Uhr, Gesellschaftsabend bei Herrn Dietrich, Alexanderstr. 22.

Theater- und Vergnügungsverein „Fideletas“. Heute, Sonntag, den 21. Januar, Sitzung bei Drepper, Bornimstr. 16. Herrn und Damen als Mitglieder erwünscht.

Schlächtergesellen und Mamsells! Sonntag, den 21. Januar, Nachm. 4 Uhr, in Gohn's Festsaal, Wehstr. 22, 1 Treppe: Große öffentliche Versammlung. 2-C.: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Legien Hamburg.

Sozialdemokratischer Agitationsklub für den Osten Berlins. Heute, Sonntag, Abends 6 Uhr, im Lokale „Zum Freischütz“, Preußstr. 20a: Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen Dr. Vinn über: „Die Wirthschaft einst und jetzt“.

Vergnügungsverein „Ehrentaus“. Heute, Sonntag, Nachm. 6 Uhr, im Restaurant Albert, Landbergerstr. 22: Sitzung mit Damen, Fideletas.

Vergnügungsverein „Einigkeit“. Heute, Sonntag, Nachm. 6 Uhr: Sitzung im „Engl. Hof“, Neue Nothstr. 3. Nachher: Fideletas.

Freie Vereinigung selbständiger Barbiers, Friseur etc. Montag, den 22. Januar, Abends 10 Uhr, bei Wölffl Neue Friedrichstr. 44: General-Versammlung. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und Kassierers.

Nationale haufmännliche Frauen- und Arbeiterklasse (S. H. Nr. 71) Bureau: O. Polmannstr. 67. Montag, den 22. Januar, Abends 8 Uhr, im Restaurant V. Bodenburg, Kommandantenstr. 10/11: Vorstandssitzung.

Freie Vereinigung der Brauereis und Fleischer. Montag, den 22. Januar, Abends 8 Uhr, Treppenstr. 45: Versammlung. Vortrag des Genossen Jahn über: „Gefängnißwesen“.

Große öffentliche Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen des Schuhbrennerwesens am Montag, den 22. Januar, Abends 8 Uhr, in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 22. Tagesordnung: Wie beantwortet wir die Frage des Gemeinderathes-Ausschusses bezüglich der Schließung der Arbeitstätt in Schmeidergasse? Referent: Kollege E. Pfeiffer. Korreferent: Schneidermeister Angreb.

Arbeitslosen-Versammlung für Schöneberg am Dienstag, den 23. d., Vorm. 9 Uhr, in der „Schloßbrauerei“ zu Schöneberg, Hauptstr. 112-114.

Zitherunterricht Sebastianstr. 10 I, Gde Prinzenstraße. 620/21

Altes Schützenhaus, Linienstr. 5, empfiehlt seine Säle. Sonntag, den 18. März, ist noch zu vergeben. (12966)

Kanarienhähne u. Weibchen verk. O. Stempel, Joffenerstr. 51, D. 4 Tr.

Kanarienhähne und Zuchtweibchen verkauft Krebs, Köpenickerstr. 164a, IV.

Papageien, Kanarienvogel, Waldvögel, Vogelbauer, billigst. Große Auswahl. **Schnelle**, Invalidenstr. 7.

Kanarienhähne, Zuchtweibchen, billig. Stege, Stralunderstr. 24a.

1. Berl. Homöopath. Heil.-Institut, Eust. Dr. Doventer, jetzt Steinmehstr. 2, an der Kurfürstenstr. 10-12 4/2-6/2.

53 Pfd. reines und verbes **Woggenbrot** (mit Kontrollmarke versehen) bekommt man für 50 Pf. in **Pfeiffer's Brotbäckerei**, Brunnenstraße 181 auf dem Hof im Backhaus (Nicht an der Ankammerstraße.) 18706

Charlottenburg! 1867b Freuden u. Genossen empfehle mein **Weiß u. Vayrich's Bierlokal** mit Vereinszimmer, 80 Personen fassend. **Ibreun**, Pestalozzistraße 82a.

Vereinszimmer 1881b zu vergeben Grünauerstr. 5.

Arbeiter-Gesangverein sucht einen **Dirigenten**. 53289 Meldung: Schöneberg, Kaiser Friedrichstraße 6, Restaurant, Donnerstag-Abend.

Gebrauchte, aber noch sehr gut erhaltene **Möbel**, wie 1 Ausziehtisch, 1 Kleider- u. Wasche-Spind in Mahagoni verkauft billig **Adler**, Lothringersstraße 99, 4 Tr. 13256

Plüschgarnitur, Trumeau, Kommode, Tisch, Nähmaschine u. verk. Lindowerstr. 26, 2 Tr. r. 13256

Betten, schöner Stand, neu, 22 M., zu verk. Reichenbergerstr. 176, vorn 3 Tr. r. 13226

Große helle Tischlerwerkstätten sind sofort spottbillig zu vermieten **Sibingerstr. 12.** 12976

Roh-Tabak 1896b empfiehlt zu den billigsten Preisen. **J. Franke**, Berlin, Klosterstr. 72.

Künstl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzlos, Zahnschmerz beseitigt, schmerzlos, loses Zahnziehen. Theilzahlung. **Goldstein**, Oranienstr. 123.

Zitherspiel. Unterricht erth. **Grubig**, Plan-Ufer 99, Hof 2 Tr. I., nahe d. Wärrwald-Brücke.

1896b Bücher-Ankauf Meyer's u. Brochhaus Verita, Brehm's Thierleben und andere Werke kauft **Antiquariat Kochstraße Nr. 58 I.**

Rosenthaler Klubhaus, 11/12 Rosenthalerstrasse 11/12, 2 Säle (Bühne) bis 500 Personen fassend, zu Versammlungen und Festlichkeiten. Amt III 2696. (1893b) **W. Brüning**.

Treptow, Park-Strasse. Bade's Volksgarten. Jed. Sonntag: **Gr. Ball**. Abonnent 1 M. Aussohank v. Weisa- u. Bair.-Bier.

Etablissement „Süd-Ost“, (Inhaber C. Ulrich)

Waldemar-Strasse 75. Umständehalber sind Sonnabend der 10. und 17. März frei geworden; auch ist der Palmsonntag zu haben. (53152)

Schmiedel's Festsäle, **Alte Jakobstrasse 32**, empfehle meine hochdeleganten Säle zur Abhaltung jeder Art Festlichkeiten. **Wwo. E. Schmiedel**.

Wrangelerstr. 72, frdl. Bord.-Wohn. von 90-96 Zhr.

Kirdorfer Arbeiter-Sanitäts-Kommission.

Bericht über die erste halbjährige Thätigkeit.

Unter 147 hinsichtlich ihrer Bedürfnisräume untersuchten Restaurationen wurden nur sieben gefunden, welche den in sanitärer Hinsicht stellenden Ansprüchen vollständig genügten. Die Namen der bei: Wirths sind: Hoffmann, Berlinerstr. 149; Hermannsplatz-Gde; Hilpert, Hermannstr. 25; Just, Hermannstr. 149; Gerber, Hermannstr. 33; Jenner, Hermannstr. 142; Richter, Berlinerstr. 115; Blisse, Zietzenstr. 58; Kramer, Bergstr. 71. Außerdem wurden gute und saubere Anlagen gefunden 53, primitive Anlagen und sauber 58, nicht desinfiziert, wo es Noth that 81, gute Anlagen und unsauber 8, primitive Anlagen und unsauber 85. Abfälle wurde in 48 Fällen versprochen. Priegnitz, Bergstr. 115, verweigerte die Besichtigung. Die Untersuchung der obigen Angaben bezieht sich auf den Tag der stattgehabten Besichtigung. Besondere Mängel wurden vorgefunden bei Schenke, Kollstr. Das Wasser hat keinen Abfluss; überfüllter Eimer. Der Abort war nicht desinfiziert und sehr überfüllt. Schulze, Hermannstr. 3: Unsauberer Pissoir, unsauberer Abort, unsauberer Hof. Nichts desinfiziert. — Becker, Knefedeckstr. 82: Unsauberer Pissoir, unsauberer Abort, sehr schmutziger Hof. Nichts desinfiziert. — Becker, Knefedeckstr. 83: Gartenlokal. Breiter Hof als Abort und als Pissoir. Vetteres ohne Abfluss, Erdreich mit Jauche überfüllt. Abort: Eimerkasten, vollständig beschmutzt und überfüllt. — Fuchs, Götthestr. 7: Pissoir ohne Abfluss, Boden voll jauchehaltigen Urins, offener Abort, voller Exkremente, am Boden grünlich-graue Jauche. Pissoir und Abort beides stark riechend. — Seeger, Wilmannstr. 26: Kein Pissoir vorhanden. — Kober, Berlinerstr. 26: Pissoir unsauber, offener Abort voller Exkremente, stark riechend. Hier erklärt Restaurateur sowohl wie Wirth, nicht für die Reinigung verantwortlich zu sein. Eigenthümer Gebrüder Schlegel, Berlinerstr. 2. — Wulf, Zietzenstr. 24: Abort ungewöhnlich und im höchsten Grade unsauber. Eigenthümer Mönes hat für die Reinigung zu sorgen. — Schmeiderstr. 11: Auf dem Hof zwei Schweine und ein Pferd stall; dicht daran ein offener Abort, durch den Zutritt von Schweinejauche stark riechend. Ebenso das dicht danebenliegende Pissoir. Auf wiederholte Bemühungen der Arbeiter-Sanitätskommission sind die Mängel theilweise beseitigt. — Steinmehlestr. 21: Schlechtes Brunnenwasser, Brunnen nur 1/4 Meter von der Senkgrube entfernt. — Berlinerstr. 28: Hof gesundheitsschädliche Kellerwohnung 1 Meter 55 Zentimeter unter dem Niveau. — Steinmehlestr. 47: Hof-Kellerwohnung. Fenster im schlechtesten Zustande. Fußboden in der Küche und der Stube unter den Fenstern verfault. Thüren in defektem Zustande. Wohnung durchgängig sehr feucht, 1 Meter unter dem Niveau. — Vossingstr. 28: Dachwohnung. Thüren und Fenster in defektem Zustande. Auf Veranlassung der Arbeiter-Sanitätskommission ist Abhilfe geschaffen worden. — Bergstr. 6: Feuchte, nasse Kellerwohnung, 2 Bewohner und 1 Schlafbursche. — Prinz-Johann-Str. 63: 3 Hofwohnungen, welche von den Miethern sehr wenig gelüftet werden (30 Kubm. Luftraum) für 4 resp. 2 Personen. — Eine Wohnung wird als Schlaf-, Wohn- und Arbeitsraum gebraucht. Namentlich die Dachhofische Wohnung von Schmutz starrend, Bett seit einem Jahre nicht bezogen. — Hermannstr. 47 Hof 4 Treppen. Gesundheits-schädliche Wohnung, Bewohner sehen trotz guter, körperlicher Veranlagung leidend aus. — Hof 2 Treppen rings an den Scheuerleihen starke Pilzbildungen, Wände unweit der Fenster durchgängig naß. — Prinz-Johann-Str. 60. Wohnung für zwei Personen des Schlichtermeisters Rade jun., Kellerwohnung, Luftraum 17,46 Kubikmeter, erforderlich sind 40 bis 50 Kubikmeter. Nicht heizbar, sehr feucht und unsauber. Fußboden Ziegelfest. Zwei sogenannte Betten mit feuchtem Strohsack ohne Unterbett. Kein Stuhl, kein Tisch, kein Spinde, 1,45 Meter unter dem Straßenniveau. — Bergstr. 5: Auf dem Hofe 5 Meter von dem Wohnhause entfernt 10 bis 15 Kubikmeter Pferdeaberg, untermischt mit Thierkadavern, faulen Eiern und menschlichen Exkrementen. Auf Veranlassung der Arbeiter-Sanitätskommission beseitigt. — Vossing- und Kopsstr. 6 (Reubanten), Maurermeister nicht bekannt. Abort: 4 vollständig überfüllte Kalktonnen. Die Arbeiter sind deshalb gezwungen, auf freiem Felde ihre Nothdurft zu verrichten. — Obendafelstr. 7: Abort ohne Dach. Die Arbeiter sind beim Vergehen desselben allen Unbilden der Witterung ausgesetzt. — Hermannstr. 7: Hauseigenthümer Thierarzt Kehler. Klosets in allen Etagen ohne Wasserpflanzung. Dieselbe wird verweigert.

Soziale Ueberlicht.

An die in der königl. Artilleriewerkstatt in Spandau beschäftigten Sattler! Kollegen! Ihr habt Euch bisher von jeder Organisation ferngehalten und dieses damit begründet, daß man Euch nicht erlaubt einer solcher beizutreten. Leider maßen sich verschiedene Leiter von Staatswerkstätten das Recht an, den ihnen unterstehenden Arbeitern die Theilnahme an ihrer Berufsorganisation zu verbieten. Es ist dieses eine Anmaßung, aber niemals haben die Betroffenen ein Recht dazu.

Es ist nothwendig, energisch zu betonen, daß auch die in Staatswerkstätten Arbeitenden das Recht verlangen, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen, zu diesem Zwecke findet am Mittwoch, den 24. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in Spandau im Lokale von Borch, Staakenstr. 14, eine öffentliche Sattlerversammlung mit folgender Tagesordnung statt: „Ist für die Arbeiter der Staatswerkstätten die gewerkschaftliche Organisation überflüssig? — Haben die Leiter der Staatswerkstätten das Recht, den ihnen unterstehenden Arbeitern die Zugehörigkeit zu einer Organisation zu verbieten?“

Kollegen! Wir verlangen nicht, daß Ihr in dieser Versammlung das Wort nehmt, rechnen aber ganz bestimmt auf Euer Erscheinen. Die Arbeiter anderer Berufe, die ja an dieser Frage das gleiche Interesse haben, werden ebenfalls um ihren Besuch gebeten. Der Direktor der Artilleriewerkstätte ist schriftlich eingeladen.

Die Versammlung findet so frühzeitig statt, damit die in Berlin Wohnenden daran theilnehmen können; es wird daher gebeten, direkt von der Werkstätte zum Versammlungsorte hinzukommen.

J. Sassenbach.

Achtung, Schneider und Schneiderinnen! Die Untersuchungskommission des Ausschusses des Gewerbegerichts beruft zum Montag, den 22. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, nach dem oberen Saale der Armirhallen, Kommandantenstr. 20, eine große öffentliche Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen des Schneidergewerbes ein. Kollege L. Pfeiffer, Mitglied des Ausschusses, wird in der Versammlung über das Thema: „Wie beantworten wir die Frage des Gewerbegerichts-Ausschusses bezüglich der Schädlichkeit der Arbeitszeit im Schneidergewerbe?“ referieren. Schneidermeister Angere, Ausschussmitglied der Arbeitgeber-Beisitzer, ist Korreferent. Die Kollegen und Kolleginnen der Naach-, Militär-, Konfektions- und Färbungsbranche werden hierdurch aufgefordert, zahlreich zu erscheinen. Die verschiedenen

Interessenvereine werden ersucht, ihre Mitglieder auf die Versammlung hinzuweisen.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlin.

Augenügende Bezahlung der niederen Angestellten ist schon vielfach die Veranlassung gewesen zu Unregelmäßigkeiten, die sich dieselben haben zu Schulden kommen lassen. Das trifft sowohl für privatkapitalistische Unternehmen, als auch für die staatlichen „Betriebe“ zu. Bei der Rheinüberfahrt Mannheim-Ludwigshafen dient als Fahrausweis ein Kupon, der am Billetschalter gelöst und beim Betreten des Bootes dem Kapitän zum Vernichten übergeben wird. Der bei der Ueberfahrts-Gesellschaft als Kapitän angestellte Peter Cröverath aus Gies-Biercastel an der Mosel hat nun seit Jahresfrist täglich an 100 dieser Koupous nicht vernichtet, sondern die Billetverläuferin Christine Maus aus Mannheim veranlaßt, die Scheine nochmals zu verkaufen. Den auf diese Weise erzielten Kasenerlös theilten die Beiden unter sich. Um welche Summe die Eigenthümer der Trajektboote geschädigt worden sind, läßt sich nicht mehr feststellen. Das Gericht nahm rund 1000 M. an. Cröverath führte als Entschuldigung Nothlage an, da er mit seinem monatlichen Gehalt von 80 M. seine Familie nicht habe ernähren können. Er wurde zu sechs Monaten, die Billetverläuferin Maus zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt.

Aus dem Reichs-Versicherungsamt. Eine drastische Illustration zu dem Leben und Treiben auf manchen Seeschiffen gab am 13. d. M. eine interessante Verhandlung vor dem Reichs-Versicherungsamt. Der Kapitän Pahl besand sich vor einiger Zeit mit seinem Schiffe und seiner Mannschaft auf hoher See und befahl dem Matrosen Bremer, er solle sofort in die Takelage klettern, um dort etwas an Tauwerk in Ordnung zu bringen. Bremer führte den ihm erteilten Befehl nur mit Brummen und Widerwillen aus; als er sich aber oben im Takelwerk befand, ließ er dem Kapitän die bekannte freundsliche, durch Gähnen von Verlesungen literaturfähig gewordene Aufforderung zu Theil werden, welcher der Kapitän indeß begreiflicherweise nicht nachkam. Ueber das Benehmen des Matrosen wurde der Kapitän furchtbar ergrimmt, suchte nach einem tüchtigen Knüttel und fragte sodann den Matrosen, als dieser wieder auf das Deck herabgekommen war, was für eine unsäthige Lebensart er gegen seinen Vorgesetzten ausgeübt habe. Der Matrose wollte sich indeß an nichts mehr erinnern, trotzdem erhielt er sogleich einige Hiebe von Pahl, infolge deren er einen Zahn einbüßte. Erbittert ergriß er ein Messer und stieß dasselbe dem Kapitän in das Auge, so daß es unbrauchbar wurde. Die Angelegenheit beschäftigte sodann auch das Strafgericht; der Matrose wurde freigesprochen, da er in Nothwehr gehandelt habe, der Kapitän wurde zu 50 M. Strafe verurtheilt. Auf Grund des See-Unfallversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1887 beantragte darauf Kapitän Pahl von der Seebereitschaft für seine verminderte Sehkraft eine angemessene Rente. Die Berufsgenossenschaft lehnte aber jede Entschädigung ab, da der Verletzte nicht infolge eines Betriebsunfalles, sondern bei Begehung einer strafbaren Handlung zu Schaden gekommen sei. Hiergegen legte Pahl Berufung beim Schiedsgericht Stellen ein, jedoch um einige Tage zu spät. Die Berufsgenossenschaft machte aber den Einwand der Fristverjährung nicht geltend, sondern verzichtete absichtlich darauf, um in der Sache selbst eine prinzipielle Entscheidung zu erlangen. Das Schiedsgericht entschied sodann zu Ungunsten der Berufsgenossenschaft und verurtheilte sie zur Rentenzahlung. Gegen diese Entscheidung ergriß die Berufsgenossenschaft Rekurs beim Reichs-Versicherungsamt und machte geltend, daß der Kläger den Matrosen zuerst angegriffen habe und deswegen sogar gerichtlich bestraft worden sei. Der Senat unter dem Vorsitz des Geheimraths Dr. Sarrazin wies jedoch den Rekurs als unbegründet zurück und ließ dem Kapitän Pahl die gesuchte Rente. Die Verletzung, so hieß es in der Begründung, steht in der That in ursächlichem Zusammenhange mit dem Vertriebe. Ein Kapitän muß seine Autorität wahren und bestrebt sein, die Disziplin auf dem Schiffe aufrecht zu erhalten. Die Streitigkeit zwischen dem Kapitän und dem Matrosen ist auch hier aus dem Vertriebe erwachsen und wurde lediglich verursacht, um den untergebenen Matrosen zur Zucht zurückzubringen. Auch der Einwand, daß Pahl sich die Verletzung bei Begehung einer strafbaren Handlung zugezogen hat, ist unerheblich. Der Anspruch des Klägers stützt sich lediglich auf das See-Unfallversicherungsgesetz, welches keine Bestimmung enthält, nach der die Entschädigungsberechtigung eines Verletzten bei dem Vorliegen einer strafbaren Handlung ausgeschlossen ist; der Anspruch eines Versicherten steht daher überall nur unter dem Schutze, welche das Unfallversicherungsgesetz selbst zieht.

Eine verkappte Miethsteuer beabsichtigt man demnächst in Breslau unter dem Namen „Kanalsteuer“ einzuführen, um die entstandenen großen Defizit der Stadt zu decken. Die Wohnräume sollen für je 4 M. pro Jahr besteuert werden; die Räumlichkeiten für gewerbliche Zwecke sollen mit 20 Pf. pro Quadratmeter, Gastwirthschaften, Schanklokale, Theater und sonstige Vergnügungsorte sogar mit 30 Pf. Steuer belegt werden. Dabei ist nach dem Entwurf keinerlei Rücksicht genommen auf die Größe der Zimmer. Der Reiche zahlt für seinen Salon, sein Bade-, Speisezimmer u. s. w. nicht einen Pfifferling mehr, als der Arme, der sein einziges Zimmer, vielfach nur ein erbärmliches Loch, mit seinen Angehörigen zusammen bewohnt, darin schläft und lacht. Wenn man die kleinen Leute steuerfrei lassen wollte, so äußerte sich der Oberbürgermeister, dann werde dem „Gebühren-Prinzip“ Gewalt angethan. Bei den demnächst in Breslau stattfindenden Stadtverordneten-Wahlen wird hoffentlich die Arbeiterpartei von Breslau die Antwort auf diese ungerechten Maßnahmen nicht schuldig bleiben.

Der Annapolisbezirk Pommern zählt 147 000 Vergleute, 12 500 Invaliden, 9500 Wittwen und 28 000 Kinder bezw. Waisen. Für das laufende Jahr ist an Ausgaben in Anschlag gebracht: 3 275 000 M. Invalidengeld, 1 500 000 M. Wittwengeld, 1 250 000 M. Kindergeld, 2 400 000 M. Krankengeld, 375 000 M. Krankenhauseinkommen, 575 000 M. für Arznei und Verbandsstoffe und 461 000 M. Honorar für Ärzte. Insgesamt betragen die Ausgaben zehn Millionen Mark.

Schwarze Listen, die bisher nur Anwendung fanden zwischen Arbeitgebern, die sich dadurch in den Stand setzen, über „renitente“ Arbeiter die Hungerpeitsche zu schwingen, soll nun in Wien auch zwischen Hausbesitzern in Umlauf gesetzt werden. Unter den sozialpolitischen Schutzgesetzen der letzten Jahre ist eines, Exekutionsnovelle genannt, den Wiener Hausherren besonders unangenehm geworden. Das Gesetz nimmt nämlich die allernothwendigsten Einrichtungen- und Gebrauchsgegenstände, als Betten u. a. von der Pfändbarkeit aus und bringt dadurch den Hausherren gegenüber den armen Miethesohnen völlig unheimlich sein Pfandobjekt. Das hat die Hausherren verdroffen, sind 8000 von ihnen haben sich, zum gemeinsamen Schutz, in einen Truhverein, genannt Hausherrenverein, zusammengethan, der nunmehr zu Neujahr die Wiener Wohnungsmiethler mit einer schwarzen Liste aller „nicht empfehlenswerthen“, d. h. mit der Zahlung der Miethesäumigen Miethparteien überrascht hat. Die Liste enthält etwa 2700 Namen, deren Träger, weil sie das unvergeßliche

Verbrechen begingen, ihre Mieth nicht richtig zu zahlen, von den Hausbesitzern boykottirt werden sollen. Die Listen werden natürlich geheim gehalten und bieten somit Gelegenheit, der Nachsicht und Verleumdung freien Lauf zu lassen. Dieser „Schutz“ der Hausbesitzer gegen die mittellose Zahl der „ein Beleg mehr für die Auffassung, welche die in der Regel sehr frommen Hausbesitzer über praktisches Christenthum haben.

Personenverkehr auf Eisenbahnen. Unter dieser Ueberschrift bringt die „Deutsche Verkehrs-Zeitung“ eine Zusammenstellung über die Vertheilung des Personenverkehrs auf die einzelnen Wagenklassen der Eisenbahnen in den europäischen Ländern, sowie über das Verhältnis der aus dem Verkehr in den verschiedenen Wagenklassen erzielten Einnahmen, entnommen dem vom französischen Finanzministerium herausgegebenen „Bulletin de Statistique et de Legislation Comparée“.

Die Zahl der in den verschiedenen Wagenklassen beförderten Personen beträgt, in Prozenten ausgedrückt, in:

	I.	II.	III. Klasse
Deutschland	0,6	10,2	89,2
Oesterreich	1,2	12,7	86,1
Rußland	1,4	7,1	91,5
Schweiz	2,2	10,7	78,1
Großbritannien	3,6	8,1	88,3
Belgien	3,9	12,8	83,3
Italien	4,8	25,8	69,3
Holland	7,0	23,0	70,0
Frankreich	8,0	36,0	56,0

Die aus dem Personenverkehr erzielten Einnahmen vertheilt sich, nach Prozenten auf die drei Klassen in den vorbezeichneten Ländern wie folgt:

	I.	II.	III. Klasse
Deutschland	4,9	26,9	68,2
Oesterreich	7,5	27,6	64,9
Rußland	6,2	15,1	78,7
Schweiz	11,4	34,4	54,2
Großbritannien	12,4	10,6	77,0
Belgien	14,8	25,1	60,1
Italien	17,5	36,6	45,9
Holland	16,6	36,2	47,2
Frankreich	21,0	27,0	52,0

Es bleibt zu bedauern, daß in den Ländern, wo eine IV. Klasse besteht, diese nicht ebenfalls getrennt behandelt, sondern daß auf sie entfallende Erträge der III. Klasse zugerechnet worden ist, und es bleibt weiter zu bedauern, daß in dieser Tabelle die auf die einzelnen Wagenklassen entfallenden Ausgaben nicht auch einen Platz gefunden haben. Man hätte dann sehen können, daß die Einnahmen der I. und II. Klasse lange nicht ihre Kosten decken und daß ihre Existenz nur möglich ist durch den Ueberfluß, den die III. und IV. Klasse abwerfen. So wie es in den anderen Zweigen unserer Volkswirtschaft ist, so ist es auch hier: Die Großen leben auf Kosten der Kleinen.

Ausländer in der Schweiz. Rund 100 000 Ausländer sind in der Schweiz berufstätig, und zwar zumeist in Handwerk und Handel, in geringerer Zahl in den Fabriken und in der Landwirtschaft. Nach der Statistik ist in einer Anzahl Berufen das Verhältnis zwischen den Ausländern und den Schweizern folgendes:

	Ausländer	Schweizer
Musik und Schauspielerei	850	310
Eisenbahnbau	1950	800
Brauerei	1000	1200
Maurerei	6000	12 000
Haar- und Bartpflege	580	1650
Gartenbau	1280	4760
Schneiderei, männlich	2250	7500
weiblich	2750	23 000
Schreiner- und Glaser- und Tischlerei	3500	14 800
Spenglerei	870	3800
Bauschlosserei	800	3800
Buchdruckerei	600	3800
Gastwirthschaft	5600	24 400
Handel	8000	45 000

Arbeiterbewegung in der Schweiz. Dem „Grätliker“ wird aus Basel geschrieben: Die dem Arbeiterbunde angehörenden Gewerkschaften haben unter der Leitung des Ausschusses des Arbeiterbundes beschlossen, das Herbergswesen selbst in die Hand zu nehmen und den damit verbundenen Arbeitsnachweis zu regeln. Es kann dieses Vorgehen nur begrüßt werden und wird, wenn gut geleitet, viel beitragen, unsere Organisationen zu stärken und den reisenden Handwerksburschen eine Wohlthat sein. Wir haben in Basel auch den schlagenden Beweis, daß „Herbergswäter“ vom sauren Arbeitergroßhändler geworden und Besitzer der ersten Hotels sind.

Verksammlungen.

Eine Verbandsversammlung der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Bilaterale II) fand am 16. Januar statt. Kollege Fischer erlittete einen eingehenden Bericht über die Generalversammlung, die am 25. und 26. Dezember v. J. hier tagte. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Sodann verlas der Kassirer, Kollege Schulz, die Abrechnung vom 4. Quartal; Kollege Gerlach gab den Spezialbericht. Ferner wurde bekannt gemacht, daß die Bibliothek jeden Sonntag Vormittag geöffnet ist und den Mitgliedern zur Verfügung steht. Desgleichen wurde vom Vorsitzenden angeregt, das Vertrauensmänner-System in jeder Fabrik einzuführen. Den Kollegen wird es anheim gegeben, die Adressen der Vertrauensmänner mitzutheilen. Im weiteren wurde berichtet, daß der Rosenball am 10. Februar bei Hensel, Invalidenstr. 1, stattfindet. Billets à 50 Pf. sind beim Vorstände zu haben. Am 28. Januar findet eine Versammlung in Weissensee statt. Die nächste Versammlung ist am 20. Februar.

Der Verein Berliner Dreischlensker hielt am 19. Januar seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Der erste Vorsitzende W. Schütte erstattete zunächst den Geschäftsbericht für das vierte Quartal 1893 und im Anschlusse hieran den Jahresbericht, aus welchem folgende Einzelheiten hervorgehoben sind: Im Vereinsbureau, Schützenstr. 58, wurden im Laufe des Jahres 1893 im Ganzen 547 Protokolle in Fahranglegenheiten, Straffachen, Gesuche u. aufgenommen. An Korrespondenzen, Briefen und Karten wurden 2860 Stück erledigt. An Fundsachen wurden 1792 eingeliefert, von diesen von den Verlierten 874 reklamirt und für diese 1481,95 M. Findexkosten gezahlt. Der vom Verein für seine Mitglieder und in den Dreischlenskerberuf neu eintretende Personen unterhaltene Dienstnachweis wies 285 offene geneigte Stellen auf, von welchen 105 durch Vereinsmitglieder besetzt wurden. Neu eingetretene sind im Laufe des verfloßenen Jahres 191 Mitglieder und zählte der Verein zu Beginn dieses Jahres 1477 Mitglieder. Verstorben sind 13 Mitglieder, deren

Andenken von der Generalversammlung in üblicher Weise geehrt wurde. Der Rechtsfall wurde in 19 Fällen bewilligt. Dem ferner erstatteten Jahres-Rassenbericht ist zu entnehmen, daß die Gesamt-Einnahme 15 026,87 M., die Gesamt-Ausgabe 13 984,11 M., der verbleibende baare Rassenbestand 1042,76 M., das gesamte Vereinsvermögen ausschließlich der rückständigen Mitgliedsbeiträge 2984,87 M. betrug. Hieran schloß sich die Wahl des gesamten Vorstandes wie auch der sonstigen Vereinsbeamten. Der langjährige Vorsitzende des Vereins, Herr Schütte, gab vorweg die Erklärung ab, daß er fernerhin das Amt des Vorsitzenden wegen Ueberlastung seinerseits nicht bekleiden könne. Zudem würde es für den Verein nur von Vortheil sein, wenn eine jüngere, tüchtigere Kraft an seine Stelle träte. Dem allgemeinen Drängen nachgebend, schloß sich Schütte indessen schließlic, noch einmal auf ein Jahr das Amt des ersten Vereinsvorsitzenden an, während die übrigen Vorstände der jetzigen Verhältnisse im Vorhinein abtraten. Daraufhin wurde Schütte einstimmig zum ersten Vorsitzenden wiedergewählt. Die Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden fiel auf den Kollegen Hans. Zum Kassierer wurde Stiller, zum Stellvertreter Homan, zum Schriftführer Dablow, zum Stellvertreter Andreas, zu Beisitzern wurden Barth, Schreiber und F. Plüschler gewählt. Zur Annahme gelangte noch der Antrag, fernerhin die Abgabe an den Verein von dem Finderlohn für Fundgegenstände, welche von Nichtmitgliedern des Vereins im Bureau eingeliefert werden, auf 20 Pf. zu erhöhen, d. h. zu verdoppeln, da dem Verein mit den Fundstücken viele Arbeit erwächst.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hielt am 19. Januar im „Lionsenbühnenklubhaus“ eine öffentliche Versammlung der Delegierten ab. Im Bureau wurden Möbelpolier Frank, Hilfsarbeiter Thal und Zigarettenfabrikant Börner gewählt. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Delegierte der Buchdrucker, Massini, folgende Erklärung, die er in je einem Exemplar dem Ausschuss, sowie den anwesenden Vertretern der Presse ausshändigte; gleichzeitig die Versammlung ersuchend, zu deren Veröffentlichung ihre Zustimmung zu geben, was auch ohne Debatte geschah.

Die Erklärung lautet: Am 13. Januar berichtete der „Vorwärts“ über eine Versammlung der Maurer und Bucher unter anderem folgendes: 1. Der Maurer Blaurock will an der Zentralisierung der Gewerkschaften teilnehmen, wie wertlos die Zentralisierung sei. 2. So hätte auch diese Organisation beim Streik die Arbeitergroßen vergedenet.

Zu ad 1 hätte ich zu bemerken, daß Herr Blaurock eine Behauptung aufgestellt hat, die er schlechterdings nicht beweisen kann, sondern das Gegenteil ist gerade der Fall; als Beweis diene folgendes: Die letzte Abrechnung der Allgemeinen Kasse des Verbandes der Deutschen Buchdrucker giebt folgende Bilanz: Reinerwerb 121 104,67 M., Arbeitslosenunterstützung 235 529,40 M., Sonstige Unterstützungen 218 041,83 M., Kosten für Rechtschutz 1048 M., zusammen 578 788,90 M.; dazu kommt noch ein Rassenbestand von 21 000 M., und dies alles ein Jahr nach einem „verlorenen“ Streik! — Vielleicht beweist uns Herr Blaurock, ob seine Organisation mit den freiwilligen Beiträgen und unter seiner Leitung schon etwas Kleinhändiges geleistet hat?

ad 2 wirt dieselbe Herr den Buchdruckern vor, daß sie während des Streiks Arbeitergroßen vergedenet hätten, eine Behauptung, die, wenn sie wahr wäre, geeignet sein könnte, und in den Augen der allgemeinen Arbeiterschaft herabwürdigend. Die Ausgaben bei dem Neunstundenkampfe betragen laut revidierter Abrechnung 885 092,03 Mark, von dieser Summe sind von den Berliner Arbeitern 42 764,05 Mark aufgebracht worden; die Restsumme von 842 327,98 Mark wurde durch Zuschuß vom Unterstützungsverein, dem Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer und durch freiwilligen Extraktoren der in Berlin arbeitenden Kollegen aufgebracht; diese Extraktoren betragen, abgesehen von den tausenden ordentlichen wöchentlichen Beiträgen, 67 988 M., zusammengebracht von etwa einem Hundert von 1000 arbeitenden Buchdruckern.

Wer hat nun die Berliner Arbeitergroßen vergedenet, Herr Blaurock? Können Sie uns den Beweis erbringen, dann bitte! — Ich erwarte nun von Ihnen, der Sie eine gute Sache in oben erwähnter Weise verdächtigt haben — vielleicht irrtümlich? —, daß Sie in öffentlicher Versammlung oder durch die Presse Ihre Behauptungen zurücknehmen oder beweisen.

Albert Massini, Delegierter der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer in der Gewerkschaftskommission. Der Delegierte der Droschkenkutscher, Stiller, gab hierauf einen Bericht über die Entziehung, den weiteren Verlauf und augenblicklichen Stand des Streiks der Tagelöhner-Droschkenkutscher. Eine Wiedergabe seiner Ausführungen erübrigt sich, da der „Vorwärts“ seine Leser von allen Begebenheiten, die er mit vollster Aufmerksamkeit verfolgte, bereits eingehend unterrichtet hat. Wemert sei, daß zur Zeit 248 ausländische mit insgesamt 888 Kindern zu unterstützen sind und ersuchte der Redner alle Delegierten, in ihren Gewerkschaften für regste Betheiligung des Solidaritätsgefühls einzutreten. Droschkenkutscher Schulz bemerkte, die Bewegung sei glücklich, der Geist der Streikenden sei ein guter, Streikbrecher sind nur wenige vorhanden. Frank theilte mit, die Kommission der Droschkenkutscher habe sich am Anfang der Bewegung an den Ausschuss gewandt, der aber zunächst verlangte, daß auf jedem Fuhrhof ein Vertrauensmann ernannt werde, welcher regelmäßig über den Stand des Streiks berichte. Das sei aber versäumt worden. Trittmann (Metallarbeiter) legte den Droschkenkutschern nahe, ihre Fachzeitung dort drucken zu lassen, wo auch der Tarif der Buchdrucker bezahlt werde, überhaupt sollten sie sich mehr als bisher um die allgemeinen Ziele der modernen Arbeiterbewegung kümmern, das erhöhe die Sympathie der übrigen Arbeiter für sie und gewähre ihnen auch für spätere Zeiten den notwendigen Rückhalt. (Sehr richtig.) Mang (Droschkenkutscher) gab zu, daß die Leitung des Vereins manches zu wünschen übrig lasse. Nach längerer Debatte gelangte ein Antrag von Körben und Massini zur fast einstimmigen Annahme, worin der Streik als gerechtfertigt erklärt und der geschäftsführende Ausschuss mit der Abstempelung von Sammellisten für die Streikenden beauftragt wird. — Auch die Schuhmacher ersuchten um Sanktionierung ihres Streiks. Den Situationsbericht gab Mangel. Nach seiner Meinung wäre der Zustand längst beendet, wenn das „Schuhmacher-Fachblatt“ mit seinen Erörterungen über die „Freivolität der Berliner“ nicht die Fabrikanten in ihrem Starrsinn bekräftigt hätte, sondern damit mindestens bis nach Beendigung des Streiks gewartet hätte. Der Vorsitzende äußerte sich in scharfer Weise über den Vorsitzenden des Zentralverbandes der Schuhmacher und stellt richtig, daß 75 pCt. der Streikenden keine Anarchisten sind. Nicht einzelne Führer, sondern die gradezu erbärmlichen, schier unerträglichen Verhältnisse hätten die Arbeitsniederlegung hervorgerufen. Redner hat, die Delegierten möchten zu erkennen geben, daß sie doch Sympathie mit den Fabrikanten aus schärfste verurteilen. (Vereinzelt Bravo.) Frank glaubte, der Vorredner werde einen genaueren Bericht über den Stand des Streiks geben, statt dessen habe er den Streitfall des Berliner Lokalvereins mit dem Zentralverband vorgebracht. Diesen zu schließen sei nicht Sache der Gewerkschaftskommission, sondern gehöre vor einen Kongress der deutschen Schuhmacher. (Lebhafte Zustimmung.) Annahme werde er den Bericht liefern. Er verbreitete sich hierauf über den Beginn und die Ausdehnung des Streiks, streifte den Streitfall betreffs der Regelung der Unterstützung und ersuchte schließlich um die nachträgliche Zustimmung der Delegierten zu der vom Ausschuss schon früher vorgenommenen Abstempelung der Streik-Sammellisten. Massini brachte den Streikenden seine vollste Sympathie aus, die

ihm selbst Mangel mit seiner langathmigen Rede nicht rauben könne. Maurer Gröpler erkannte den Streik als durchaus berechtigt an, die Behandlung der jetzt Streikenden seitens der Fabrikanten war unmenschlich. Er rief jedoch den Anarchisten, sich in Zukunft mehr nach den Beschlüssen der organisierten Arbeiter zu richten und ihren Eigendünkel den allgemeinen Interessen zurückzustellen. Ihrer Sonderstellung verdanken sie die geringe Sympathie der deutschen Schuhmacher und übrigen Arbeiter. In einer Resolution erkannte schließlich die Versammlung auch den Streik der Schuhmacher als berechtigt an und verpflichtete die Gewerkschaften zur thätigsten moralischen und materiellen Unterstützung. — Der 3. Punkt der Tagesordnung betraf die „Stellungnahme der Berliner Gewerkschaften zur Feier des 1. Mai“. Schneider Timm als erster Redner führte aus, die Arbeiterschaft der ganzen Welt habe jubelnd dem Beschluß des Pariser internationalen Arbeiterkongresses 1889 zugestimmt, der sich für eine gemeinsame Demonstration für Eringung des Achtstundentages aussprach. Der 1. Mai ist aber nicht das geworden, was er werden sollte. Der Brüsseler Kongress führte einen Beschluß in derselben Sache, der an Inkorrektheit nichts zu wünschen übrig ließ. Wäre er ausreicht erhalten worden, die ganze Meiseier wäre bald begradet. Er ließ eine Feier des 1. Mai selbst am 2. oder 3. Sonntag im Mai zu. Größtenteils habe der Züricher Kongress eine einigermaßen feste Norm geschaffen. Belanlich waren auch selbst die Engländer dafür, daß wenigstens der Ruf zu einer allgemeinen Arbeitsruhe gemacht werde, mit der Zeit werde sie denn schon populär werden. Redner verlas die auf dem Züricher Kongress in dieser Frage angenommene Resolution. Von einer politischen Stellungnahme könne keine Rede sein. Die Gewerkschaften werden die Frage ihrer Verwirklichung näher bringen müssen. Wohl sei die Zeit nicht besonders reif, doch muß alles versucht werden, die Kräftigung des Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Die heutige wahnwitzige Produktionsweise dränge zu einer Änderung. Er ersuchte die Kommission, daß sie einen Aufruf erläßt, worin die Gewerkschaften aufgefordert werden, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen. Vormittags solle man Versammlungen abhalten — und wenn selbst nur die Arbeitslosen dadurch demonstrieren, so bedeute es einen Fortschritt — und sich Abends den Arrangements der politischen Partei anschließen. (Beifall.) Maurer Gröpler und Uhrmacher Rätcher äußerten sich im selben Sinne. Lederarbeiter Jost hielt die Lösung der Frage für nicht so leicht, die Feier des 1. Mai gehöre mehr ins Gebiet der politischen Bewegung. Die Hauptfeier müsse angeht die Verhältnisse wie bisher auf den Abend verlegt werden. (Zuruf: Immer rückwärts!) Börner zweifelte, ob wir weiter wären, wenn statt der politischen Partei die Gewerkschaften die Sache in die Hand genommen hätten. Diefelben Vorurteile seien alle Jahre. Die politische Partei hat ein gewisses Recht, die Angelegenheit für sich in Anspruch zu nehmen. Er erklärte sich für eine inzwischen eingelaufene Resolution. Die Feier müsse würdiger als bisher (ohne Tanz) vor sich gehen. Einheitsfeier sei jedoch vor allen Dingen nötig. Thal vertrat den Standpunkt Rätcher's, daß nur die Gewerkschaften eine Feier, und zwar durch strikte Arbeitsruhe, soweit es jedem möglich, inszenieren sollten. Am 1. Mai müsse die Arbeiterschaft durch Massen-demonstration die Antwort auf den 18. Januar geben. Es sprach noch Köpfer Habang, Faber, Droschkenkutscher Schulz, Wätner, Millarg und Timm. Widdauer Winkler stellte folgenden Antrag: „Die Kommission erwartet, daß die Feier in einer würdigen, der Bedeutung und dem Zweck des Tages entsprechenden Weise von den Gewerkschaften vorgenommen werde und daß den Arbeitslosen zu jeder Versammlung freier Eintritt gestattet wird.“ Mit diesem Antrage gelangte ebenfalls nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die Berliner Gewerkschaftskommission beschließt den Gewerkschaften und Arbeitern Berlins, die es möglich machen können, die Arbeitsruhe am 1. Mai zur Durchführung zu bringen, am 1. Mai Vormittags öffentliche Versammlungen abzuhalten, um durch diese den öffentlichen Gewalten, sowie der herrschenden Klasse zu erklären, daß sie nicht länger gewillt sind, die unermesslichen Schätze zu schaffen für diejenigen, welche nicht arbeiten, während sie selbst um Elend verkommen.

Es soll in diesen Versammlungen erklärt werden, daß es die Pflicht der Gesellschaft sei, endlich zu gunsten des wirtschaftlich Schwachen gegen den wirtschaftlich Starken einzugreifen. Außerdem beschließt die Gewerkschaftskommission, die Arbeiter Berlins aufzufordern, am Abend des 1. Mai sich den allgemeinen Feierlichkeiten der politischen Partei anzuschließen.

Ebenfalls eine längere Debatte rief folgender von Körben gestellter Antrag hervor: „Die Gewerkschaftskommission ersucht die Verwaltung des „Vorwärts“, eine bessere Kontrolle einzuführen, damit nicht derartige Fälle wie bei Quantmeier und Eike in Zukunft sich wiederholen.“ Die in einer Briefkasten-Notiz enthaltene Entschuldigung darüber hielt er für null und nichtig. Der Redakteur R. Schmidt gab die Versicherung, daß alles gechehen werde, solch höchst unliebsamen Vorkommnissen in Zukunft vorzubeugen. Daß böse Absicht vorgelegen habe, könne wohl Niemand annehmen. Nachdem noch Bernicki (Formier) und Schulz (Schneider) mit aller Entschiedenheit für den Antrag aufgesprochen hatten, wurde derselbe mit großer Majorität angenommen. Die Vespung über die Höhe der von den Gewerkschaften aufzubringenden Beiträge für das Gewerkschaftsbureau, sowie die Halbjahres-Abrechnung wurden vertagt. Ein Antrag der Schlächterversammlung vom 17. Dezember v. J.: über das Geschäft des Schlächtermeisters Brochnow, Linienstr. 10, die Sperre zu verhängen, kommt gleichfalls auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung. Die Verlesung der Präsenzliste abgab die Anwesenheit von 72 Delegierten. Ohne Entschuldigung fehlten die Vertreter der Barbier, Bucher, Dachdecker, Musikinstrumenten-Arbeiter, Stereotypen, Glasbläser und der Firmenschilder-Branche. Zum Schluß wurde von dem Vertreter der Brauer bekannt gegeben, daß die im Referat des Herrn Dr. Freund, betreffs Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises über den Arbeitsnachweis der Brauer enthaltene Bemerkung nicht zutrefte, derselbe erstreue sich keineswegs der Sympathie der Arbeitnehmer. Gegen 1 Uhr erfolgte Schluß der Versammlung.

Gerichts-Beitung.

Ist eine Agitationskommission ein Verein? Eine Entscheidung, welche für unser ganzes Vereinswesen, speziell für die Frauenbewegung, von der allerhöchsten Wichtigkeit ist, wurde am Donnerstag vom Kammergericht, also in letzter Instanz, getroffen. Es handelte sich um die Festsetzung des Begriffs „Verein“, und zwar speziell darum ob eine von einer öffentlichen Versammlung gewählte Kommission ein Verein ist, oder nicht. Der Entscheidung lag folgender Thatbestand zu Grunde: In Düsseldorf wurde im Dezember 1892 in einer öffentlichen Volksversammlung eine aus 7 weiblichen Mitgliedern bestehende Frauenagitations-Kommission gewählt, welche die Agitation in den Kreisen der Frauen zu fördern hatte, und der namentlich die Einberufung öffentlicher Versammlungen und die Ermittlung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen zur Aufgabe gemacht wurde. Im Frühjahr 1893 wurde von der Düsseldorf-er Polizei an die Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet, daß die Kommission (welche nach Ansicht jener Behörden ein Verein ist) Frauen ausgenommen, die Annahme des Vereins verjagt hätte u. s. w. Die Staatsanwalt-

schaft erhob auch Anklage. Sechs Mitglieder der Kommission wurden zu je 15 M., ein Mitglied zu 25 M. Strafe verurteilt. Gegen dieses schöffengerichtliche Urteil wurde von Seiten der Angeklagten, sowie vom Staatsanwalt Berufung eingelegt. Das Landgericht zu Düsseldorf sprach alle Angeklagten frei, weil, um den Begriff „Verein“ als zutreffend erachten zu können, eine Organisation dieser sieben Personen, also eine Vorstehende, Kassierin, d. h. überhaupt eine Leitung vorhanden sein müsse. Es könne das lose Zusammenarbeiten dieser sieben Personen nicht als Vereinthätigkeit betrachtet werden. Wenn aber ein Verein nicht vorhanden, so kann auch die Theilnahme der Frauen an dieser Kommission und deren Thätigkeit, sowie das nicht erfolgte Anmelden und Statutenereichen nicht strafbar sein.

Gegen dieses Urteil, das in alten betheiligten Kreisen mit Genugthuung begrüßt wurde, legte die Staatsanwaltschaft Revision ein, welche am Donnerstag vor dem Kammergericht zur Verhandlung kam. Was man nicht erwarten sollte und konnte, geschah: Das Urteil wurde verworfen, die Kommission für einen Verein erklärt! Die Sache kommt nun zwar zur nochmaligen Verhandlung beim Landgericht zu Köln, aber dieses Gericht hat nur eine Nebenfrage zu erledigen, während die Hauptfrage: „Ist eine Kommission ein Verein?“ endgiltig entschieden wurde, und zwar mit folgender Begründung:

„Wenn auch bei den meisten Vereinen eine Organisation (Leitung durch Vorstehende, Kassierer u. s. w. vorhanden ist, so ist doch diese innere Organisation des Vereins nicht als ein gesetzlich erforderliches Merkmal des Vereins zu betrachten, sondern es kann auch Vereine im Sinne des Vereinsgesetzes geben, ohne eine solche Leitung. Es genügt das Zusammenwirken mehrerer Personen zum gemeinsamen Zweck auf längere Dauer. Daher trifft hier die Reichsgerichts-Entscheidung zu, welche einen Ausschuss, öffentlich gewählt, als einen Verein betrachtet habe. — Das Landgericht zu Köln hat daher wesentlich die Frage zu beantworten: Welche Thätigkeit hat die zu gehandelter Mahen in öffentlicher Versammlung gewählte Kommission (Verein) zu vollführen“, und danach das Strafmaß festzusetzen.“

Das Landgericht in Köln kann aber nur die Leiter des „Vereins“ bestrafen; da solche nicht da sind, müßte also Freisprechung erfolgen!

Nach diesem Urteil können nun thatsächlich die meisten in öffentlichen Versammlungen gewählten Kommissionen, sobald sie Frauen als Mitglieder haben, Politik treiben und in Verbindung treten, als Vereine betrachtet und bestraft werden. Die Gerichte aber gerathen damit vor dieselbe Kalamität, in welcher die Düsseldorf-er Gerichte sich befanden: Vereine, also Kommissionen vorbestimmter Art sind aufzulösen, die Leiter derselben zu bestrafen. — Ja, es sind ja aber keine Leiter da! Es ist ja auch niemand in den Verein aufgenommen worden — alle wurden ja gleichzeitig gewählt! Hat sie die Volksversammlung etwa „aufgenommen“? Wer soll denn nun bestraft werden? Da haben wir ein (in unserem Rechtsstaat) freilich nicht unerhörtes „Kuriosum“. Es sind Vergehen gegen das Gesetz begangen, Strafbestimmungen sind vorhanden, die Personen zu ermitteln, und doch können sie nur bestraft werden, wenn der Scharfsinnig; Jurist sich das Urteil herauskugelt. Das Rechtsbewußtsein des Volkes wird sie nicht bestrafen, selbst nach unseren Gesetzen nicht!

Sollte das Urteil Allgemeingültigkeit erlangen, so können für die Folge nur noch 2 Personen mit denjenigen Aufgaben betraut werden, welche bisher die Kommissionen, deren Thätigkeit von längerer Dauer ist, verrichtet haben, das merke man sich bei Zeiten.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benennung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Bestimmung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie macht sich aber gleichgiltig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiziert zu werden.

Zum Konkort der Philharmonie. Da die diesbezügliche Aufforderung der Volkskommission an Arbeit zu wünschen übrig ließ, haben wir uns nochmals veranlaßt, in der Angelegenheit des Vereines Berliner Hausdiener betreffend den Maskenball am 27. d. M. in der Philharmonie das Wort zu ergreifen.

Nur vereinzelte Gastwirthe haben die Plakate aus ihren Schaufenstern entfernt, weshalb wir die zielbewußte Arbeiterschaft Berlins in ihren eigenen Interesse nochmals ersuchen, ganz energisch zu verlangen, daß Plakate, die für gesperrte Lokale Propaganda machen, sofort entfernt werden.

Ferner stellen wir richtig, daß die einzige, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation der Hausdiener-Hilfsarbeiter Berlins der Verband der Geschäftsdienner, Bader und Berufsgenossen, Neue Grünstraße 10, ist, worauf wir genau zu achten bitten.

Unserer Ansicht nach kann nicht scharf genug gegen diese Solidaritätsverletzung vorgegangen werden, wenn das Beispiel des Vereines Berliner Hausdiener nicht etwa andererseits Nachahmung finden soll.

Die Agitationskommission der Haus- und Geschäftsdienner Deutschlands.

Die Redaktion des „Vorwärts“ ersucht ich um Ausnahme folgender Erwiderung:

Tob ich mich aus Gründen der Reinlichkeit nicht an den „Sozialist“ wende, werden Sie begreifen, in seiner letzten Nummer that mir der sog. „Sozialist“, das internationale „Organ aller Revolutionäre“, die allerdings etwas sehr zweifelbaste Ehre an, sich mit meiner Person zu beschäftigen.

Er widmet mir einen Nachruf, der, wenn er auch (natürlich) unwahr ist, mir doch insofern lieb ist, als er mich wenigstens davor bewahrt, ferner mit Leuten identifiziert zu werden, die ich mir redliche Mühe gebe zu meiden. Ferner werden in einer allerdings harmlos scheinenden Aufforderung alle diejenigen, welche die vorjährigen antiparlamentarischen Flugblätter von uns bezogen und bereits bezahlt haben, dringend aufgefordert, sich zu melden. Die Sachlage ist kurz folgende: Link und ich waren Vertrauensleute der „Unabhängigen Sozialisten“. Es wurde zur Wahl ein Flugblatt herausgegeben. Ich zeichnete als Verleger, an Link sollte die Bezahlung geleistet werden. Zu dieser Zeit kam die Trennung zwischen uns Sozialdemokraten und den Anarchisten. Werner drang in das von uns gemietete Expeditionslokal, nahm die Geschäftsbücher des „Sozialist“ heraus, ebenso die Versandzettel von den Flugblättern. Auf unsere Vorhaltungen reklamirte er alles als sein Privateigenthum, und speziell den Versandzettel gab er nicht heraus unter der Motivierung, daß es sein Eigenthum sei. In der nächsten Nummer des „Sozialist“ machte er bekannt, daß an uns keine Gelder mehr geschickt werden sollen. Vor einiger Zeit erhielt ich nun von Werner die gerichtliche Aufforderung, die Flugblätter zu bezahlen nebst 6 pCt. Zinsen. Trozdem Werner weiß, daß wir mit der jetzigen Bewegung absolut nichts zu thun haben und trotzdem er den Bestellzettel als sein Eigenthum reklamirte, macht er mich persönlich haftbar. Wer Herr Werner kennt, wird sich darüber nicht wundern; es hat mich also auch diese Aufforderung nicht überrascht. Herr Werner weiß wohl, daß wir keine Gelder empfangen haben, aber er mußte eben wieder einmal sein altes Mittel, die Verleumdung, gebrauchen, und da waren wir ihm recht. Daß ich vom sog. „Sozialist“ mit seinen gewöhnlichen Mitteln angegriffen werde, alterirt mich nicht weiter, ich befinde mich da in ziemlich anständiger Gesellschaft, in viel anständigerer, als wenn ich von ihm gelobt worden wäre. Eugen Ernst, Schriftsetzer.

Buchhandlung des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.
Berlin SW., Beuthstr. 2.

Soeben ist erschienen und von uns für den buchhändlerischen
Alleinvertrieb übernommen worden:

Die soziale Lage der Tabakarbeiter Deutschlands

zusammengestellt nach den
Ergebnissen des Kongresses der Tabakarbeiter
in Berlin vom 19.—25. November 1893.
Im Auftrag des Kongresses herausgegeben von
der Kongresskommission.
Preis 50 Pf., franks nach auswärts 60 Pf.
Wiederverkäufern entsprechenden Rabatt.

Auf 120 Seiten Großoktav wird in Text und zahlreichen
Tabellen der ziffermäßige Nachweis für die elende und traurige
Lage der Tabakarbeiter erbracht, deren Nothlage der Reichs-
schaffsekretär v. Posadowsky in der Reichstags-Sitzung
vom 11. Januar schlanke mit der Behauptung wegdiskutierte,
die Lebenslage der Arbeiter sei in den letzten Jahren durch die
allseitig gestiegenen Löhne wesentlich gehoben worden. Da das
Material nach einzelnen Provinzen und Städten geordnet ist,
Wochen- und Monatslöhne gesondert aufgeführt und daneben aus-
führliche Angaben über Wohnungsmiethe, Zahl und Beschaffen-
heit der verführten Räume, Ernährung kurz über alle Lebens-
verhältnisse der Tabakarbeiter mitgeteilt sind, so bietet die Bro-
schüre gerade jetzt für die Beurteilung der Tabaksteuer-
Vorlage und deren Folgen, für die soziale Lage der Tabak-
arbeiter das sachkundigste Material. Daneben ist sie aber auch
ein wertvoller Beleg zur Frage der sozialen Lebenslage der
Arbeiter überhaupt.

Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen
Buchhandlung des „Vorwärts“.

Ethische Gesellschaft.

Sonntag, 21. Januar, Nachmittags pünktlich 4 Uhr, in
Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 79:
Fortj. der Generalversammlung vom Mittwoch, 10. Januar.
Tagesordnung: Vortrag über Religion. Anträge und Verschiedenes.
Nur Mitglieder haben Zutritt. 149/20
Nachdem: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.
Die Mitglieder werden gebeten recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand. J. H. B. M. S. H. e.

Uhren u. Goldwaaren Georg Wagner

Oranienstr. 63, I.
in bester Ausführung zu den billigsten Preisen. Silb. Cylinder-Remontoir 12 75 M.
Massiv gold. Trauringe, 1 Dukaten 10,50 M., 1 1/2 Duk. 15,50 M., 2 Duk. 20 M.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Muster-
bücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlt
ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte
Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

Rohtabak Ernst Förster,

Berlin NO., Kaiserstr. 30.

Inventur-Ausverkauf. Gardinen-Reste

zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig
in der Fabrik Grüner Weg 80, prt.
Eingang vom Flur. 54902

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L.
am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billige
Preise! Sämtliche im Handel
befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Das Kinderwagen-Fabriklager

von A. W. Schulz, Brunnen-
von (Ecke Rheinsbergerstraße) verkauft jetzt
nach beendeter Saison zu außergewöhnlich
billigen Preisen, (auch auf Theil-
zahlung) sein bedeutendes Lager in
Kinderwagen, Puppenwagen,
Kohlesesseln, Kinderstühlen,
Pinnetische, Korbwaaren, sowie
Holzwaaren jeder Art. Spezialität:
Kinderklappstühle.

Halbe Preise!

steht das unterzeichnete Institut
der „Gold'nen Hunderteln“
(Leipzigerstr. 110) in seinem
Ausverkauf, da das überfüllte
Lager absolut verringert werden
muss; zum Beispiel:

Über 15000 englische Ja-
quet- und Hoch-Anzüge, jetzt
im Ausverkauf von 10, 12,
14, 16, 18, 20, 24, 27, 30,
36 Mark prima. 12000
Winter-Valerots und Vele-
rinen-Mäntel von 8, 9, 10,
12, 15, 18, 20, 24, 27, 30 M.
prima. 8000 schwarze
Ball- u. Gesellschafts-Anzüge,
in Tuch und Sammet von
15, 20, 25, 30, 36, 40 M.
prima. 6000 Hosen in
dauerhaften, reinwoll. Stoffen
von 3, 4, 5, 6, 8, 9, 10,
12 M. prima. 8000
Schlafroben von 6-20 M.
prima. Kaiser- u. Hohen-
zollern-Mäntel von 15 bis
36 M. prima. Haus- u.
Jagdsoppen von 4 M. an.
Anaben- und Garschen- sowie
Einssegnungs-Anzüge jetzt
spottbillig. Fracks und
Gesellschafts-Anzüge werden
verlichen. 5524L

Goldene 110,
110. Leipzigerstr. 110.

Somdopath. Regt Dr. Bösch, Einien-
straße 149, 8-10, 5 bis
7, Sonntag 8-10 Uhr.

Kur-Bade-Anstalt und Massage

von H. Mania, Brunnenstr. 16.

Dampf- und Heißluft-Kastenbäder, Wannen- und medizinische Bäder.
Fuß-, Arm- und einzelne Glieder-Bäder
ohne den ganzen Körper zu strapazieren. Dieferant und Massieur sämtlicher
Orts-Krankenkassen und freien Hilfskassen. 54482
Dienstag und Freitag von 1 Uhr ab nur für Damen.
Die Sittale nur für Massage ist 2 h u r m s t r a ß e 46, 4 bis 5 1/2 Uhr.

Prämiirt in Chicago 1893 mit dem
Ersten Preis (grosse Medaille)



Seelig's Feinste
Kaffee-Essenz
(Stern-Marke)
ist das aromatisirte, billigste
Kaffee-Surrogat.

1/3 Loth Kaffee u. 1 Messerspitze dieser Essenz
ist gleich 1 Loth Kaffee. Seelig's Kaffee-
Essenz giebt dem Getränk den feinsten
Morca-Geschmack und macht den Kaffee voll und kräftig.
Nähtlich in allen besseren Droguen- und Kolonialwaaren-Geschäften
(1/4-Pfd.-Büchsen 30 Pf., 1/2-Pfd.-Büchsen 60 Pf.)

En gros-Lager bei **Goldner & Boissier**
Berlin W., Wöhlertstr. 16. Fernsprecher III, Nr. 2402.

Die Buchdruckerei von M. Schrinner

164 Brunnen-Strasse 164 (zwischen Invaliden- und Anklamerstrasse)
empfehl ich zur Anfertigung von Drucksachen jeder Art.
Zur Beachtung! Gleichzeitig bitte ich alle Parteigenossen darauf zu achten,
das falsche Gerüchte verbreitet werden, ich hätte meine 4 monatliche Reise
schon angetreten und meine Druckerei wäre geschlossen. Da ich dadurch schwer
geschädigt werde, ist es mir erwünscht, wenn jeder Genosse den Verbreitern
solcher Lügen entgegentritt. Meine Druckerei wird während dieser Zeit nicht
geschlossen, weil ich dann auf die Unterfützung der Genossen rechne.
53778 M. Schrinner.

Vereins-Brauerei Rixdorf.

Das Lagerbier der Vereinsbrauerei ist
das malzreichste Berliner Lagerbier, Stamm-
würze 14,26 pCt.

„Berliner Kind'l“

Stammwürze 14,78 pCt., also malzreicher
wie die echten Pilsener Biere.

„Spalter-Bräu“

Stammwürze 15,81 pCt., mithin malzreicher
wie die echten Münchener Biere. 560M

Der Gehalt der Biere ist festgestellt und wird dauernd kon-
rollirt durch den vereidigten Gerichts-Chemiker Herr. Dr. Bischoff.

Zur bevorstehenden Saison

50 Mk. empfehle meine hocharmige
Singer-Familien-Nähmaschine . . . à 50 M.
Wheeler & Wilson mit Verschluss . . . à 55 M.
Medium, hocharmig. à 75 M.
Titania mit Klappschiff und Fußbetrieb. . . à 85 M.
Ringschiffchen-Maschine für Schneider à 100 M.
mit sämtlichen Apparaten unter 5 jähriger
Garantie. Alle Maschinen sind sauber justirt
und mit allen Neuerungen der Zeit aus-
gestattet. 54782
Berl. Nähmaschinen-Fabrik
J. Ruschpler, Ackerstr. 71.

!! Arbeiter !!

Erhaltet Eure Kräfte, sie sind der einzige Reichtum, den Ihr besitzt.
Trinkt daher nur gute, der Gesundheit zuträgliche Branntweine.
Der beste Magenbitter der Welt ist

„Old Jack“

!! Probiret und überzeugt Euch !!
Überall zu haben, wo Plakat vorhanden.
Eingros ausschließlich allein bei der Franch-Cognac-Brandy-Distillery
Berlin N., Oranienburgerstr. 17. Fernsprecher Amt III Nr. 34.

Emil Tiersch, Uhrmacher,

Grosses Lager aller Arten Uhren, Goldwaaren und Ketten
zu soliden Preisen. Reparaturen unter Garantie! 5450L

Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Rum,

echt und Façon, Literflasche 1,10, 1,50, 2,10, bei 5 Pl. 10 Pl. billiger.

Eugen Neumann & Co., Conrad Neumann, 6092M

6a. Belle-Alliance-Platz 6a.
Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 8.
Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Steinzeitliche
kein Handeln,
sondern
streng feste,
sehr billige
Preise.

Zadellose Naah-Anfertigung,
unter Leitung eigener, erler Meister,
aus deutschen und englischen Stoffen.

Alle Preise
sind in
Zahlen an
den Waaren
ausgezeichnet.

Geschäfts-Häuser

BAER SOHN,

Herren- und Knaben-Bekleidung.

1. Geschäfts-Haus: 2. Geschäfts-Haus: 3. Geschäfts-Haus:
24a. Chausseestr. 24a. 8. Brückenstr. 8. 16. Gr. Frankfurterstr. 16.

General-Ausverkauf

aller Winter-Bestände

zu sehr herabgesetzten Preisen.

Bekanntmachung.

Am 17. Februar verlegen wir unser Geschäfts-Haus Brückenstr. 8
nach den tageshellen, neugebauten Räumen Brückenstrasse Nr. 11
(Ecke Rungestrasse). 54802

Achtung! Gr. öffentl. Versammlung Achtung!
sämtlicher Krankenkassen-Mitglieder
 Berlins und Umgegend
 am Sonntag, den 21. Januar 1894, Vormittags 10 Uhr,
 in den Konkordia-Festsälen, Andreasstraße 64.
 Tagesordnung:
 1. Fortsetzung der Debatte vom 10. Dezember 1893 über Zentralisation
 sämtlicher Orts-Krankenkassen Berlins und Umgegend. 2. Wahl resp. Ergänzung
 der Kommission zu den Vorarbeiten. 462/19
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Kommission.

Sozialdemokratischer Agitationsklub für den Osten Berlins.
 Sonntag, den 21. Januar, Abends 6 1/2 Uhr,
 im Lokale „Zum Freischütz“, Fruchtstraße Nr. 36a (oberer Saal):
Große öffentliche
Versammlung für Männer u. Frauen.
 1. Vortrag des Genossen Dr. Pinn über: Die Pharisäer einst und
 jetzt. 2. Diskussion. 1306b
 Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.
 Entree 10 Pf. Der Einberufer.

Achtung! Töpfer! Achtung!
Versammlung
 sämtlicher Mitglieder der Orts-Krankenkasse des Töpfer-
 Gewerbes zu Berlin
 am Montag, den 22. Januar 1894, Abends 5 Uhr,
 im Lokale des Herrn Pyrtok, Gipsstraße 3 (im Garten-Saal).
 Tages-Ordnung: Besprechung von Kassenanangelegenheiten.
 Der Einberufer: Eduard David, Katerstr. 136. 470/9

Berein zur Regelung der gewerbl. Verhältnisse der Töpfer
 und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.
 Am Mittwoch, den 24. Januar, Abends 5 1/2 Uhr, im
 Lokal des Herrn Philipp, Rosenthalerstraße 38:
Außerordentliche General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Bericht des Vorstandes und der Rechtschutz-Kommission.
 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes und Ergänzungswahl der Rechts-
 schutz-Kommission und der Revisoren.
 3. Gewerkschaftliches.
 Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden
 Mitgliedes zu erscheinen.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand. 470/8

Allgemeiner Deutscher Tapezirer-Verein.
 Filiale Berlin.
 Montag, den 22. d. Mts., Abends 8 Uhr, bei Boltz, Alte Jakobstr. 75:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vierteljahresbericht. Bericht des Vorstandes.
 2. Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung. 3. Stellungnahme zur Handlungs-
 weise des Hauptvorstandes. 4. Verschiedenes. 1334b
 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Maurer! Achtung!
 Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins.
Gr. Wiener Maskenball
 am Sonnabend, den 3. Februar, Abends 8 Uhr,
 im Schweizer-Garten, Am Friedrichshain (Königschor).
 Billets à 50 Pf. sind in sämtlichen Zahlstellen der Berliner Maurer,
 sowie bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern und in den mit Plakaten belegten
 Geschäften zu haben. — Da wir infolge vorzüglich getroffener Arrangements
 ein genussreiches, amüsantes Fest versprechen können, ladet alle alten Kämpfer,
 Freunde, Gönner und Kollegen freundlichst ein.
 Der Vorstand. J. A.: G. Blaurod, Oberbergerstr. 18. 476/3

Das vom Parteitag in Köln beschlossene Zentral-Wochenblatt erscheint
 am 1. Februar 1894 unter dem Titel:
Der Sozialdemokrat
 Wochenblatt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
 Redaktion: Max Schippel.
 Abonnements-Preis pro Quartal Mk. 1,20.
 Abonnements werden allerorts bei den bekannten Partei-Expeditoren
 entgegengenommen, alle Einzelbestellungen oder sind, da die Post innerhalb
 eines Quartals auf neuerscheinende Wochenblätter keine Bestellungen ent-
 gegennimmt, vorläufig für die Monate Februar und März an die
 Expedition des „Sozialdemokrat“, Berlin SW., Genthstr. 2
 zu richten. Bis zum 1. April liefert daher die Expedition direkt unter Anruf-
 band an die einzelnen Adressaten pro Februar und März zum Preise von
 Mark 1,— fürs Inland und Mark 1,20 fürs Ausland. Den voraus-
 zahlbaren Abonnementsbetrag bitten wir in Preismarken an die Ex-
 pedition einzusenden.
 Vom 1. April ab sind alle Einzelabonnements direkt bei der Post zu
 bestellen; Einzelkreuzbandsendungen können vom 1. April von der Expedition
 zu erhöhtem Preise besorgt werden.
 Bei Partienbestellung tritt je nach der Zahl der bezogenen Exemplare eine
 Ermäßigung der Bezugsbedingungen ein.
 Zahlreichen Bestellungen sehen entgegen
 Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“
 Berlin SW., Beuth-Strasse 2.

B. Günzel, Lothringerstrasse 53, vis-à-vis der Pferdebahn-Wartehalle
 Spezialität: Porträts der sozialistischen Führer Lassalle
 und Marx in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Brochen, Nadeln, Knöpfen, Stücken,
 Blüten, Bildern u.dgl. en gros, en détail. (Man verlange den Preis-Courant.)

Den Mitgliedern der Kranken-
 kassen mit freier Arztwahl zur
 Nachricht, daß meine Wohnung sich
 nicht, wie in den Verzeichnissen
 steht, Oranienstraße 51, sondern
Oranienstrasse 55
 am Moritzplatz
 befindet. 54918*
Zahnarzt Semmel.
 Spr. 8—6. Sonntags 9—1.

Dann's
 Spezial-
Trauer-Magazin
 Neanderstraße 38
 empfiehlt
 sämtliche Artikel zur Trauer.
 Bitte genau auf Firma zu achten.
Vereins-Abzeichen.



Gravirung von Inschriften etc
Fertige Betten, großer Stand
 Oberbett,
 Unterbett, 2 Kopfkissen, in gerein. neuen
 Federn, u. 12 Mk. an, fertige Inlets
 Bettwäsche, Matratzen jeder Art,
 Stepp-, Schlaf-, Bettdecken u. Polster-
 Bettstellen empfiehlt billiger als
 streng reell bekannte, 1870 begründete
 Spezial-Geschäft von **S. Pollack,**
 Oranienstr. 61, am Moritzplatz.

Teppiche
 mit kleinen Webefeldern
 Sopha-Größe 5, 6, 7, 8—10 M.
 Salon-Größe 12, 15, 20—50 M.
 Portiären 3, 4, 5, 6—10 M.
Bettvorleger
 à Stück 1,00, 1,50, 2,00, 3—5 M.
Läuferstoffe 0,50, 0,60—1,50 M.
Tischdecken 2, 3, 4, 5—10 M.
Steppdecken 4, 5, 6, 7—10 M.
Fabrik A. Michaelis, Berlin,
 Friedrichstr. 7, am Belle-Alliancepl.

Original- 616M
Sing-Piston
 ist das einfachste, eleganteste,
 ff. vernickelt angef. Musik-
 Instr. Ein Kind kann die
 schönsten Melodien spielen.
 Piano u. Instrum. begleiten. Pass. f.
 Salon u. Landpartien für ein u. meh-
 rere Personen. Nach beigel. Anweisung
 in 10 Min. erlernbar. Preis 2 Mark
Wwe. Mertens, Pankow bei Berlin.

Detailverkauf jähmtl. Sorten
Roh-Tabak
Rud. Völcker & Sohn,
 Köpnickstr. 45. (1270b)
37 Als anerkannt reelle und
 billigste Einkaufs-Quelle des
Süd-Ostens für
Gold-, Silber-,
Alfenidewaren (Eig. Fabr.)
 goldene u. silberne Uhren
 empfiehlt sich
H. Gottschalk,
 Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

Großer Ausverkauf
 meines ganzen Winterlagers bis 20. Fe-
 bruar. Verkauft jetzt hochlegante Ja-
 quets 8—12 M., früher 20 M. Seiden-
 plüsch-Jaquets, bisher 60, jetzt 30,—,
 Capes, herrliche Ausführung, jetzt 12,50,
 200 hochlegante Straßen- und Abend-
 räder, alle Farben, jetzt 10, 12, 16 M.,
 Regenmäntel, Modelle fürs Frühjahr,
 10—18 M.
Leipzigerstraße 91, 1 Treppe.

Konversations-Lexikon
 von Meyer und Brochhaus kauft
Lederer, Kurstr. 37. 55082*

Erbsen, Bohnen, Linsen,
 vorzüglich im Kochen,
Esel-Reis, hochfein, à Pfd. 20 Pf.
 Backobst, türkisches Pflaumen-Mus,
 deutsch. Ringäpfel, gebacktes Vogel-
 futter, Ameisen-Eier, beste deutsche
 Waare, empfiehlt 54928*

die Mehl-Handlung
 von **H. Matthées**
 vorm. A. Hensel,
 Nr. 70, Grüner Weg Nr. 70,
 nahe der Koppenstraße.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 23. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale der „Urania“, Wrangelstraße Nr. 9—10:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Paul Singer über: Die
 politische Tätigkeit des Reichstages im vergangenen Jahre. 2. Diskussion.
 3. Diskussion über die Anschaffung einer Vereinsbibliothek. 4. Verschiedenes.
 Neue Mitglieder werden aufgenommen.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand. 377/19

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Versammlung
 Dienstag, den 23. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Grand
 Hotel am Alexanderplatz, Eingang Alte Schützenstraße 14—15.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Brähne über: Die wirth-
 schaftliche und politische Lage. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht des Kassirers.
 4. Neuwahl der Revisoren. 5. Verschiedenes. 879/4
 Die Zahlstellen des Vereins befinden sich bei H. Richter,
 Neue Königstraße 90; Achilles, Greifswalderstraße 210; F. Weber,
 Sandbergerstraße 41; Fr. Krüger, Dirschenstraße 10; E. Wittchow,
 Al. Hamburgerstraße 27.

Achtung! 6. Wahlkreis (Roabit). Achtung!
 Montag, 22. Januar, Ab. 8 Uhr, in Arend's Brauerei,
 Turmstr. 26—27:
Große öffentliche Volksversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Holkenbuhr über: Der
 jetzige Reichstag und die deutsche Sozialdemokratie. 2. Diskussion. 3. Ver-
 schiedenes. 854/1
 Um zahlreiches Erscheinen bittet
 Die Vertrauensperson.

Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter u. verw. Berufsgr.
 (Zahlstelle Berlin).
 Am Montag, den 22. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im
 „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45:
Große Versammlung mit Frauen.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Augenarztes Herrn Dr. Wurm über: Die Erhaltung
 der Sehkraft mit Demonstrationen am künstlichen Auge. 2. Diskussion.
 3. Kassenbericht. 4. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt.
 Zu dieser wichtigen Versammlung ladet die Kollegen dringend ein
 Der Vorstand. 185/5
 Zu dem am Sonntag, den 21. d. M., Mittags 1 Uhr, stattfindenden
 Besuch der Urania sind sämtl. Billets vergriffen. Nächster Besuch Ende Februar.

Oeffentliche
Versammlung für Männer und Frauen
 am Sonntag, den 21. Januar 1894, Nachmittags 6 Uhr, bei Röllig,
 Neue Friedrichstraße.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Schierbad. 2. Diskussion. 1282b
 Zur Dedung der Unkosten Zellerfassung. Ueberschuß erhält die
 Parteikasse. Der Einberufer.
 Nach der Versammlung: Geselliges Beisammensein und Tanz.

Achtung! Holzarbeiter. Achtung!
Lischler, Drechsler, Bürstenmacher etc.
Große öffentliche Versammlung
 am Montag, 22. Januar, Abds. 8 1/2 Uhr, bei Suggenhagen (oberer Saal),
 am Moritzplatz.
 Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung der Vertreter in der Gewerkschaftskommission. 431/19
 2. Diskussion.
 3. Stellungnahme zu dem Zentral-Arbeitsnachweis nach dem Vorschlage
 des Herrn Dr. Freund.
 4. Gewerkschaftliches.
 Bei der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden oben be-
 zeichneten Holzarbeiters, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 Der Vertrauensmann.

Achtung, Schuhmacher!
Oeffentliche Versammlung
 aller in der Schuhindustrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 bei Geesfeldt, Grenadierstr. 33,
 am Montag, den 22. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht und die Lage des Streiks. 2. Diskussion. 3. Wahl eines
 Stellvertreters zur Gewerkschaftskommission und Verschiedenes.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
 Der Einberufer: Daniel Wagner. 463/1

Bereinigung aller in der Schmiederei beschäftigten Personen.
 Zahlstelle Berlin.
 Sonnabend, den 27. Januar 1894:
Gr. Wiener Maskenball
 in den Germania-Prachtsälen, Chausseestr. 103.
 Um 12 Uhr: Demaskierung. Nach der Demaskierung: Kaffeepause.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
 Arbeitslose Mitglieder erhalten freien Eintritt und
 können ihre Billets bis Freitag erhalten bei den Kollegen Dargeloh, Holzmarkt-
 strasse 67, D. 3 Tr.; Lettmann, Invalidenstr. 9, D. 3 Tr.; Kronbägel,
 Stendalerstr. 5, Quergeb. 2 Tr. bei Dredow. 483/1

Elegante Herren- u. Anaben-Garderobe, Arbeitsjachen, Bestellungen nach Maas. Elegante Herren-Anzüge.
 empfiehlt wie bekannt in reellster Ausführung und allerbilligsten Preisen
J. BAER, Berlin N., Gesundbrunnen, Badstrasse 18, Ecke der Stettinerstrasse.
 Ich habe keine Filialen und gehe mit ähnlich lautenden Firmen in keinerlei Beziehung. Bitte daher genau auf Firma zu achten. 489/1